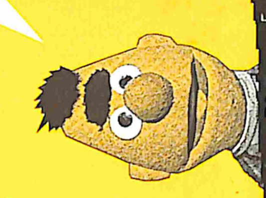

2. Quartal 1998 Nr. 27
ZAG
antirassistische zeitschrift
erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F
6 DM
POW!
Antirassistische Jugendarbeit

Postvertriebsstück A 12057 F – Gebühr bezahlt

ZAG, Yorckstr. 59, D-10965 Berlin
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, A 12057F 13024 BUND 4

ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstraße 59, HH, 10965 Berlin



INHALT

Die ZAG hat stets Interesse an Artikeln aus dem Bereich Antirassismus. Am liebsten sind uns klar strukturierte Artikel mit nicht mehr als 8.000 Zeichen, die auf keinen Fall mit „Seit der Abschaffung des Asylrechts..." beginnen sollten. Texte bitte einmal auf Diskette im MS-DOS- oder Winword-Format und einmal ausgedruckt an untenstehende Adresse senden. Da die Redaktion sich Überarbeitungen und Kürzungen vorbehält, bitte unbedingt eine Kontaktadresse angeben.

Impressum
ZAG – antirassistische Zeitschrift
Herausgeberin
Antirassistische Initiative e.V.
Redaktion
Anke, Claudia, Irmgard, Jürgen, Tobias, Albert, Markus
Redaktionsanschrift
ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
fon 030/785 72 81
fax 030/786 99 84
email: ZAG@VLBERLIN.comlink.de
Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 303 96 01
(ARI: 303 96 00)
BLZ: 100 205 00
Erscheinungsweise: vierteljährlich
V.i.S.d.P.
Peter Finger
Layout
zusammen gestalten
Titelfoto
Albert Zecheru
Druck
Eindruck Berlin

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 15.7.98
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 15.12.97

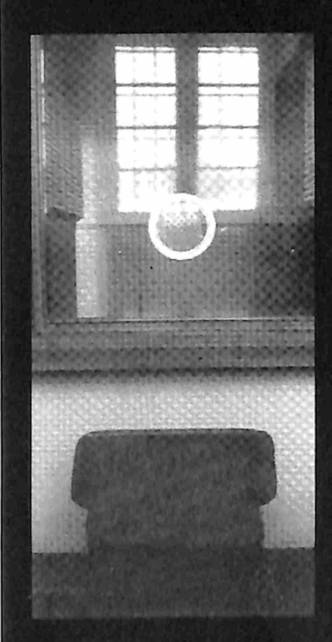
Du stellst Fragen über Fragen ...

Werte Susanne B, deines Zeichens Diplom-Politologin des „Forschungsprojektes im Bereich Frieden, Menschen- und Bürgerrechte und Anti-Rassismus am Wissenschaftszentrum Berlin", die du unserer Redaktion einen höchst wissenschaftlichen Fragebogen zuschicktest. Besonders überzeugt hat uns die Frage 10 nach von uns angewandten Aktionsformen. Da gibt es doch tatsächlich allerlei nette Dinge zum Ankreuzen wie „Diebstahl/Einbruch", „schwere Sachbeschädigung/Anschlag" oder „Handgemenge/Krawalle". Wir wissen ja nicht, in welcher Redaktion die engagierte Jungwissenschaftlerin unter Umständen volontiert hat oder an welchen Universitäten solche Didaktik gelehrt wird, geschweige denn, wer der Auftraggeber dieser Studie ist. Aber wir befürchten trotzdem, daß wir uns nicht die Zeit nehmen können, diesen Fragebogen auszufüllen und damit zu helfen, „die reale Stärke und Verbreitung des Bewegungssektors zu erfassen." Was reale Stärke und Verbreitung von Bewegungen angeht, geraten wir ja ohnehin immer weiter ins Hintertreffen, was sich nicht zuletzt bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt zeigte. Auch wenn man dem Ergebnis durchaus sportlich-kulturelle Aspekte abgewinnen kann: Denn rechts zu sein, erklärte Gerhard Frey, sei im Osten inzwischen Teil der Jugendkultur, fast so wie Skateboad fahren. Und während die „Volksparteien" jetzt wieder versuchen werden, die protestierenden, fehlgeleiteten Schafe wieder einzufangen, indem beispielsweise die leeren „Ausländer raus" Parolen der DVU auch mit konkreten Inhalten und Ausführungsbestimmungen gefüllt werden, und aus dem „Anti-Gewalt-Topf" von Frau Nolte sicherlich noch ein paar Millionen für Skateboards und Tischtennisplatten lockergemacht werden, um die orientierungslosen Jugendlichen heim in die demokratische Gesellschaft zu führen, haben wir uns umgeschaut, ob es nicht noch andere Ansätze „antirassistischer Pädagogik" gibt. Nachzulesen in unserem Schwerpunkt (ab Seite 17). Daß nach 16 Jahren Kohl der Wahlkampf origineller wird, hat wohl niemand ernsthaft erwartet, was die Diskussionen um die innere Sicherheit und den „Ausländer gleich Kriminalität"-Diskurs allerdings kaum appetitlicher macht. Während von konservativer und sozialdemokratischer Seite aus mit der steten Wiederholung des Immergleichen argumentiert wird, wollen die „Linken" in letzter Zeit anscheinend in diesem Bereich Terrain gutmachen, indem sie die Argumente der Gegenseite in alternative Mäntelchen hüllen. Die Grünen plädieren für mehr Polizei auf der Straße und die PDS will „die Ängste der Bürger ernst nehmen". Was es mit diesen und anderen „Alternativen Sicherheitskonzepten" so auf sich hat, werden wir im nächsten Heft gemeinsam mit der AG Polizei und Justiz der Antirassitischen Initiative untersuchen. Aber auch in der Nummer 28 werden wir keinen Leser-Fragebogen haben, der wissen will, ob die Abokosten über Einbruch, Diebstahl oder Erpressung finanziert werden. Und so wird wohl ein weiterer, hoffentlich heißer Sommer vergehen, in dem die wahre Stärke und Verbreitung des Bewegungssektors weiterhin im Dunklen bleiben wird.

Eure ZAG-Redaktion

10. Bitte schätzen Sie, wie oft ihre Gruppe/ Aktionsformen pro Jahr nutzt.

Akrivitäten	Nie	1-3
Unterschriften/Petitionen/Resolutionen/ offene Briefe		
Pressekonferenz		
Flugblätter		
Versammlung/teach in		
nicht-sprachlicher Protest (symbolische Aktion)		
kulturelle Veranstaltungen		
Demonstrationsmarsch		
öffentliche Kundgebung		
Verfahrenseinspruch		
gerichtliche Klage		
Verleumdung		
Boykott		
Störung/Behinderung		
Streik		
Hungerstreik		
Besetzung		
Diebstahl/Einbruch		
leichte Sachbeschädigung		
schwere Sachbeschädigung/Anschlag		
Handgemenge/Krawalle		
Körperverletzung		
Anderes		



From Death Row

Der Staat gegen das Gesetz

von Mumia Abu-Jamal, 11.3.98

Im März gab es einen zweiwöchigen Hungerstreik im Todestrakt des SCI Greene, dem sich auch Mumia angeschlossen hatte. Die Gefangenen protestierten gegen die massive Verschlechterung der Haftbedingungen. So wurden die Besuchs- und Telefonzeiten noch stärker eingeschränkt, ihnen wurden fast alle persönlichen Sachen, insbesondere auch juristische Unterlagen, aus den Zellen geholt und sie durften nur noch anstaltseigene Kleidung – schwarzweiß gestreifte Overalls - tragen. Sie setzten den Hungerstreik aus, als ein Teil der Schikanen zurückgenommen wurde.

„Der Kerkermeister ist auch eine Art Gefangener – ist der Kerkermeister neidisch auf die Träume seines Gefangenen?"
Zitat von Gerard de Nerval (1808–1855)
Fragments de Faust

Von Natur aus sind Gefängnisse Institutionen, die gebaut werden, um den politischen Interessen der Mächtigen zu dienen. Sie sollen nicht die Menschen schützen, sondern den Status Quo bewahren. Und die schon historische Anwendung gegen AfrikanerInnen, Native Americans, ArbeiterInnen und Radikale unterstützt diese Behauptung. Das „Gesetz" ist auch ein Werkzeug, aber es ist politisch und richtet sich gegen Arme, Machtlose und die Unpopulären. Für die Gefängnisverwalter gibt es eine Art Gefangene, die sie über alles hassen: die Knastanwälte. Diese sind für sie äquivalent zu den von ihren Vorfahren verhassten „smart nigger", die es wagten, gegen Sklavenbesitzer zu protestieren. Verärgert durch die Niederlage gegen eine kleine Gruppe dieser Knastanwälte, attackierte der Staat am 5.3. 1998 den Todeszellentrakt von SCI Greene – nicht die Gefangenen, sondern deren Besitz – Bücher, Stifte, Rechtsunterlagen etc. Ende Januar 1998 entschied das U.S. Distriktgericht in Pittsburgh, daß die Besuchsvorschriften für Rechtsbeistände in SCI Greene nicht verfassungsgemäß sind, weil sie überwacht werden. (...) Ein Beamter in SCI Greene gab zu, daß die Kommission der Gefängnisadministration, die mit den Anklagen beschäftigt ist, die Anweisungen für die Maßnahmen gab. In einem bürokratischen Anfall gaben sie Anweisung, daß der gesamte Besitz der Gefangenen eingepackt, verschickt oder zerstört werden soll. Mit einem Schlag beschneidet der Staat Besuchsrechte, Besitzrechte und Unterrichtsprogramme und das als Reaktion auf legale und gerichtliche Aktivitäten von Gefangenen. Was bedeutet es, verfassungsmäßige Rechte zu besitzen, wenn man bei dem Versuch, diese wahrzunehmen, bestraft wird? Es wird deutlich, daß so ein „Recht" kein Recht ist.

Selbstverständlich ist ein Gerichtsverfahren, das dem Staat beweist, daß er die Verfassung mißachtet, nicht leichtfertig und auch keine Schikane. Trotzdem wird in den Medien so getan, als wenn die Knastanwälte den Staat mit leichtfertigen Gerichtsprozessen schikanieren würde. Natürlich schweigen sie, wenn so ein Urteil wie in Pittsburgh gefällt wird und auch die Reaktionen bleiben unerwähnt. Weshalb sollen wir Medienunternehmen unterstützen, die uns nie unterstützen? Wieso sollen wir Zeitungen bestellen, die uns wie Abfall behandeln? In meinem Buch „Live from Death Row" (1995) schrieb ich über die Attacke des Staates auf die Gedanken. Hunderte von Gefangene wurden attakkiert, nur Todeszellengefangene wurden davon noch ausgenommen. Nun wurde diese Attacke nachträglich durchgeführt, weil wir wagten, uns unsere verfassungsmäßigen Rechte zu erstreiten. Wir haben keine Gefängnisrichtlinien verletzt, außer die ungeschriebene: Klage nicht an und wenn doch, dann gewinne ja nicht.

An folgende Adressen können Proteste gerichtet werden:

Governor Tom Ridge
225 Main Capitol Building
Harrisburg, PA 17120
Tel. 001-717-787-25 00
Fax. 001-717-783-44 29

Martin F. Horn, Commissioner
Pennsylvania Department
of Corrections
2520 Lisburn Road
P.O.Box 598
Camp Hill, PA 17001-0598
Tel. 001-717-975-48 59
Fax. 001-717-977-01 32

WWW:
http://www.state.pa.us./PA_Exec/Corrections/overview.html E-Mail: webmaster@state.pa.us

Benjamin Varner, Superintendent
SCI Greene
1030 East Roy Furman Highway
Waynesburg, PA 15370-8020
Tel. 001-412-852-29 02
Fax. 001-412-852-29 09

Aufbegehren gegen ein Kontinuum der Rechtlosigkeit

90 Tage Protest kurdischer Flüchtlinge für ein menschenwürdiges Leben



Seit nunmehr neunzig Tagen protestieren kurdische Flüchtlinge in Kölner Kirchen gegen ihre Abschiebung in die Türkei. Die Zahl der Flüchtlinge, die an der Protestaktion teilnehmen, steigt ständig und ist inzwischen auf über einhundert Menschen angewachsen. Und längst nicht alle, die Zuflucht in einer Kirche suchen und sich am Protest beteiligen wollen, können aufgenommen werden. Die bundesdeutsche Asylpolitik produziert durch die systematische Ausdünnung des Schutzes vor Abschiebung prekäre Lebensverhältnisse und Illegalisierung von Flüchtlingen. So sind es vor allem illegalisierte, also bereits ausreisepflichtige Flüchtlinge und abgelehnte Asylsuchende, denen die Abschiebung angedroht ist oder die mit „Duldungen" ohne Aussicht auf deren Verlängerung ausgestattet sind, die den kollektiven Protest tragen.

Allen ist gemein, daß sie eine erzwungene Rückkehr in die Türkei fürchten und das Leben als Illegalisierte nicht mehr hinnehmen wollen. Unterstützt wird die Protestaktion für ein Bleiberecht kurdischer Flüchtlinge bislang von 22 evangelischen Kirchengemeinden in Köln, Düren, Herzogenrath und Bielefeld, sowie von fünf katholischen Gemeinden in Köln, Aachen und Brühl. Und weitere katholische und evangelische Gemeinden sind bereit, den Protest zu unterstützen und die Flüchtlinge für eine begrenzte Zeit aufzunehmen und ihnen Zuflucht zuzusichern. Die kirchliche Solidarität wird vor allem vom „ökumenischen Netzwerk Asyl in der Kirche in NRW" organisiert. Noch nie haben in der Bundesrepublik so viele Kirchengemeinden zeitgleich und koordiniert Flüchtlinge zum Schutz vor Abschiebung aufgenommen. Zugleich wird die Protestaktion vom Kölner Netzwerk „kein Mensch ist illegal", einem Bündnis Kölner Flüchtlingsinitiativen und Beratungseinrichtungen, unterstützt und begleitet, das auch die Initiative zu diesem Protest ergriff.

„Kein Mensch ist illegal"

Anfang Januar wandten sich drei kurdische Familien, 21 Menschen, an das Kölner Netzwerk „Kein Mensch ist illegal", das sich im Zuge der gleichnamigen, bundesweiten Kampagne gebildet hatte, mit der Bitte um Unterstützung. Asylrechtlich sind die zum Teil schon lange in Deutschland lebenden kurdischen Familien chancenlos geblieben, ein Schutz vor Abschiebung in die Türkei wird ihnen verwehrt, ihnen droht die gewaltsame Ausweisung, der sie sich mit Hilfe der UnterstützerInnen zu widersetzen suchen. Eine öffentliche Protestaktion begann.

Rückgriff auf die Kirchenzuflucht

Für das Netzwerk „Kein Mensch ist illegal", das die Flüchtlinge anfangs privat versteckte, stand von Beginn an fest, daß für die geplante Protestaktion gegen die Abschiebungen und für ein Bleiberecht eine Kirchengemeinde als Zufluchtsmöglichkeit gefunden werden mußte, weil nur Kirchen – so die Einschätzung – als „moralische Instanz" einen minimalen Schutz vor polizeilichem Zugriff bieten können. Im Laufe der Protestaktion versuchten die UnterstützerInnen, den Protest auch in anderen sozialen und politischen Spektren zu verankern und so weitere Unterstützung zu gewinnen (Gewerkschaften, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ASten, Schulen, Intellektuelle, Künstler, Arbeitslose) – bislang allerdings ohne nennenswerte Ergebnisse, wenn von der öffentlichen Unterstützung Gün-

ter Grass' einmal abgesehen wird. Um ihren Protest gegen die Abschiebungen öffentlich zu machen, sind die kurdischen Flüchtlinge notwendig auf Unterstützung angewiesen, können sie sich doch als Illegalisierte aus Furcht vor Abschiebung sozial und politisch nicht öffentlich äußern. Es bedarf eines politisch noch tolerierten oder erstrittenen Schutzraumes, um die soziale Ausschließung, die mit der kriminalisierten Illegalität einhergeht, einzeln und kollektiv aufzubrechen. So stellten in der Folge weitere Kölner Kirchengemeinden Räume für die Protestaktion zur Verfügung und gewährten den Flüchtlingen für die Zeit ihrer Demonstration Zuflucht – kein Kirchenasyl. Öffentlich unterstützten sie die Flüchtlinge in ihren Forderungen nach generellem Schutz vor Abschiebung in die Türkei und Bleiberecht.
Die Protestaktion gewann schnell an Dynamik, immer mehr kurdische Flüchtlinge suchten Schutz und Unterstützung, so daß zeitweilig bis zu hundert von Abschiebung bedrohte Männer, Frauen und Kinder in den Gemeindezentren ausharrten. Allein die Unterbringung der Flüchtlinge wurde zur kräftezehrenden Herausforderung, zumal einige Gemeinden ihre Unterstützung zeitlich begrenzt hatten. Immer wieder müssen Flüchtlinge innerhalb der Kölner Gemeinden umziehen.
Der Rückgriff der Protestaktion auf kirchliche Zuflucht ist aber nicht unproblematisch, bleibt sie doch – bislang jedenfalls – auf den kirchlichen Raum beschränkt und auf die Vermittlungs- und „Klage"funktion der Kirche angewiesen. Die Leitung der rheinischen Landeskirche bspw. akzeptiert zwar die Entscheidung ihrer Gemeinden, am Protest teil- und die Flüchtlinge aufzunehmen, will die Protestaktion aber selbst nicht unterstützen und verhält sich öffentlich eher distanziert. Distanzierung aber ist – gewollt oder ungewollt – ein Angebot an die Politik, die Zufluchtsgewährungen und den Protest ins Leere laufen zu lassen. Zugleich blockiert das zögerliche Verhalten der Kirchenleitung Solidarisierungseffekte unter den Gemeinden, die mögliche Konflikte mit kirchlichen Hierachien und Mehrheitsströmungen scheuen. Eine Protestaktion, die auf die Bereitschaft der Kirchengemeinden, den Illegalisierten Zuflucht zu gewähren, konzeptionell angewiesen ist, muß das faktische Machtgefälle innerhalb der Kirche als Ganzes beachten und versuchen, die kirchenleitenden Gremien für die Unterstützung des Protests zu gewinnen. Anderenfalls kann die Aktion für alle Beteiligten zu einer politischen Sackgasse werden.

Eigeninitiative

Wie begrenzt allerdings der Schutz der Kirchen ist, hat der kurdische Flüchtling Süleyman Yadirgi, erfahren müssen. Beim Versuch, seine noch bestehende Duldung zu verlängern, wurde er – ohne rechtlich zwingende Grundlage – auf Eigeninitiative eines Mitarbeiters der zuständigen Ausländerbehörde unter dem Vorwand, sich seiner Abschiebung entziehen zu wollen, inhaftiert und am 16. März unter lautstarkem Protest nach Istanbul abgeschoben. Dort wurde er aufgrund ungültiger Einreisepapiere erneut inhaftiert. Inzwischen ist er freigelassen und untergetaucht.

Wanderkirchenasyl – Karawane für ein Bleiberecht

Mit den vielen Flüchtlingen, die sich am Protest beteiligen wollten, sichtlich überfordert, dachten die UnterstützerInnen des Netzwerks „kein Mensch ist illegal" über eine Ausdehnung des Protestes auf andere Städte nach. Sie planten, eine „Karawane für ein Bleiberecht" ins Leben zu rufen, verbunden mit der Hoffnung, daß sich dadurch in anderen Städten noch mehr Illegalisierte und solidarische UnterstützerInnen für den Kampf um ein gesichertes Bleiberecht mobilisieren lassen. Über MitarbeiterInnen der Kirchenasylbewegung wurde unterdessen ein Wanderkirchenasyl vorgeschlagen und organisiert, mit dem eine breitere Öffentlichkeit für den kurdischen Protest erzielt werden soll. So begab sich am 7. März eine aus 27 kurdischen Flüchtlingen bestehende Gruppe in ein Wanderkirchenasyl, dessen erste Stationen zwei Wochen lang Düren und anschließend vier Wochen lang Aachen waren. Als weitere Zufluchts- und Proteststätten sind Herzogenrath, Viersen, Mönchengladbach und Düsseldorf vorgesehen. Vom 25. April an wird sich eine weitere Wanderkirchenasylstafette von Bielefeld über Dortmund nach Bochum begeben.
Die Gemeinden in Düren und den vielen anderen Städten haben sich dazu entschlossen, den Protest zu unterstützen und die Flüchtlinge aufzunehmen, damit die Protestaktion fortgesetzt und zugleich Öffentlichkeit für die Forderungen der Flüchtlinge hergestellt werden kann. Die Dürener Gemeinde schreibt zu der Aktion: „Wir wissen, daß das Wanderkirchenasyl eine Politisierung des als humanitäre Intervention zugunsten einzelner gedachten Kirchenasyls darstellt, und um die Gewissenskonflikte, die diese Politisierung innerhalb der Kirchenasylbewegung auszulösen vermag."
Und sie bekennt: „Menschen in Not beizustehen, sie zu schützen, vermeidbare Leiden abzuwenden, verstehen wir als verpflichtende Aufgabe christlicher Gemeinde, die aus dem Glauben an Jesus Christus erwächst und auf dem Respekt vor dem Menschen und seiner Würde beruht. Der kollektive Protest kurdischer Flüchtlinge bedarf auch neuer Formen kirchlich-christlicher Solidarität."
Die spektakuläre Kirchenasylaktion wurde von den Medien aufgegriffen und hat für das Anliegen der kurdischen Flüchtlinge bundesweit Öffentlichkeit herstellen können. Daß sich durch das Wanderkirchenasyl neue Zentren des Protestes bilden, war und ist nicht zu erwarten, sind doch die Gemeinden, die die Zufluchtsuchenden schließlich aufzunehmen hätten, über die begrenzte Zeit der Solidaritätsaktion zu einer länger anhaltenden Auseinandersetzung vorerst nicht bereit. Dennoch trägt das Wanderkirchenasyl entscheidend dazu bei, die Öffentlichkeit für den berechtigten Protest und das Leiden der Flüchtlinge an ihrer Illegalisierung empfänglich, lokale und überregionale Medien auf die Protestaktion aufmerksam zu machen. Diese Aufbereitung der Öffentlichkeit ist für die angestrebte politische Lösung, Bleiberecht und Papiere für alle, unverzichtbar. Doch selbst die Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche, bundesweiter Dach-

verband der Kirchenasylgemeinden und -initiativen, blieb lange Zeit auf kritischer Distanz zum Protestgeschehen, da die Aktionsform, Kirchenasyl zur Unterstützung politischer Forderungen einzusetzen, bislang innerhalb der Kirchenasylbewegung keinen Konsens finden konnte. Inzwischen hat sich aber die Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche doch noch öffentlich mit dem Protest der kurdischen Flüchtlinge solidarisieren können.

Die Moral des Protestes

Die kurdischen Flüchtlinge in den Gemeindehäusern und im Wanderkirchenasyl nehmen ungeheuere Strapazen und – aufgrund der Pressearbeit – große Risiken auf sich, um Öffentlichkeit für ihr Anliegen, ein gesichertes Bleiberecht herzustellen und um politischen Druck auf die Landesregierung auszuüben. In einem Brief an die politischen und kirchlichen Institutionen schreiben sie: „Wir sind Vertriebene und Versehrte eines schmutzigen Krieges, der gegen uns in der Türkei tobt. Dieser Tatsache muß endlich Rechnung getragen werden, damit wir ohne Furcht vor Abschiebung und Repression leben können, damit unsere Kinder eine Zukunft haben." Doch ihr Appell an Moral und Menschlichkeit, nach Anerkennung ihrer existenziell aussichtslosen Situation findet allein in den Kirchengemeinden Widerhall.

Kriegsflüchtlinge

Den kurdischen Flüchtlingen bleibt angesichts drohender Abschiebung keine andere Wahl, als Öffentlichkeit zu suchen, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. „Schlimmer kann es nicht mehr kommen", meint einer ihrer Sprecher, Hasan Calhan. Doch auch in Deutschland holt sie Furcht und Elend ein: Ihr stets ungesichertes Aufenthalltsrecht, ihre Angst vor Abschiebung, ihre Illegalisierung. Ihr statusloser Aufenthalt macht sie zu Menschen ohne Rechtsschutz, d.h., ohne einklagbare Rechte. Ramazan Kalay, ein Flüchtling im „Wanderkirchenasyl", beschreibt die generelle Unsicherheit der Illegalisierten so: „Es ist wie in Kurdistan. Auch dort muß-



Foto: Kölner Netzwerk - Kein Mensch ist illegal

ten wir jeden Morgen überlegen, ob wir es wagen, das Haus zu verlassen. Man mußte immer damit rechnen, daß man abends nicht mehr zurückkehrt."

Konfliktlinien in der Festung Europa

Die kurdischen Flüchtlinge bleiben, so einer ihrer Anwälte, Detlef Hartmann, „auf ein Archipel der Rechtlosigkeit" verwiesen, das zum festen Bestandteil der Festung Europa und seiner Sozialstruktur geworden ist. Susanne Rössler, Pfarrerin der Dürener Gemeinde, benennt die subtilen, demokratisch legitimierten Formen des europäischen Abwehrkampfes und die Konsequenzen, mit denen alle Bürgerinnen und Bürger konfrontiert sind: „Schon die Degradierung des Flüchtlings im Asylverfahren zum Objekt staatlichen Handelns und erst recht die Entrechtung der Menschen ohne Aufenthaltspapiere werden langfristig zur Erosion der Grundlagen des Rechts allgemein und der Grundlagen eines humanen Zusammenlebens führen."

Perspektiven des kurdischen Protestes

Die Flüchtlinge hatten ihre Hoffnung auf mögliche, in Aussicht gestellte Gespräche gesetzt, die im Anschluß an eine Delegationsreise der nordrhein-westfälischen Landeregierung im April dieses Jahres in die Türkei hätten geführt werden sollen. Die Delegation, die die Menschenrechtssituation erneut prüfen wollte, wurde von der türkischen Regierung ausgeladen. Ein neuer Lagebericht zur Menschenrechtssituation in der Türkei wird nicht erstellt werden. Die anfängliche Orientierung und Perspektive des Protestes auf die Ergebnisse der Delgationsreise mußten aufgegeben werden. Eine aktuelle Gesprächsbereitschaft seitens der Politik liegt bislang nicht vor. Welche Perspektiven hatte der Protest an diesem Wendepunkt? Warten auf eine soziale Erhebung der Illegalisierten wie die der „sans papiers" in Frankreich (Ausdehnung des Protestes, Selbstorganisation)? Oder Suche nach politischen und kirchlichen Kanälen, die doch noch in Verhandlungen münden, die eine Landtagsanhörung oder ein öffentliches Hearing zur Menschenrechtssituation in der Türkei anbahnen könnten? Mit der frühen Entscheidung des Kölner Netzwerks „Kein Mensch ist illegal", vorrangig Kirchengemeinden zur Unterstützung des Protestes zu gewinnen, war auch der weitere Weg des Protestes vorgezeichnet, auch wenn damit wohl ein andere soziale Dynamik erhofft wurde. Eine Kampagne, die versucht, den Protest der illegalisierten kurdischen Flüchtlinge in Kirchen zu organisieren, kann nicht mehr erreichen wollen, als auf die politischen und kirchlichen Institutionen einzuwirken. Sie mußte einen Weg aus der politischen Isolierung der Protestaktion suchen, wollte sie nicht fahrlässig den Protest in den Gemeindehäusern in einen Wartesaal verwandeln, in dem die Flüchtlinge ihrer zeitlich unbestimmten aber gewissen Abschiebung harren. Inzwischen unterstützen mehrere Superintendenten[1] die Planung für ein öffentliche Hearings zur Menschenrechtssituation (Rückkehrgefährdung, Fluchtalternativen, Überlebensbedingungen) unter kirchlicher Trägerschaft. Es wird voraussichtlich am 7. Jui in der Landeshauptstadt Düsseldorf stattfinden. Ziel des Hearings ist es, eine politische Lösung anzubahnen. Dem diente auch eine medienwirksame, von der Initiative „Kein Mensch ist illegal" organisierte Dampferfahrt auf dem Rhein am 24. April, an der die illlegalisierten Flüchtlinge, Prominente und UnterstützerInnen teinahmen und die vom Zentrum des Protestes in Köln nach Düsseldorf ging, wo eine Abordnung der Flüchtlinge und UnterstützerInnen der Landesregierung Unterschriftenlisten übergab.

Der Protest der kurdischen Flüchtlinge hat bisher eine breite kirchliche Solidarität erfahren und Öffentlichkeit herstellen können. Er richtet sich notwendig gezielt auf eine politische Lösung des Konflikts. Insofern ist das geplante Hearing ein wichtiger und richtiger Schritt, um in die politischen Institutionen vorzustoßen. Hierzu ist die kirchliche Trägerschaft des Hearings und die Unterstützung der Gemeinden unabdingbar. Die Kampagne „Kein Mensch ist illegal" hätte darüber hinaus den Heerscharen Überflüssiger und Rechtloser in der Neuordnung Europas sowohl Stimme zu verleihen, als auch Aktionsformen zu entwikkeln, die sich nicht an politischen Organisations- und Kampagnenmustern und am Pragmatismus des Politischen orientieren, sondern den sozialen Krieg gegen die Überflüssigen und die Barbarei des Kapitals thematisieren. Denn der kurdische Protest verkörpert eine Moralität, die noch menschengerechte und menschenwürdige Lebensbedingungen einfordert und sich deren Unterwerfung unter die gesteigerten kapitalistischen Verwertungszwänge widersetzt.

Dirk Vogelskamp

1 Pfarrer mit kirchenleitender Funktion für einen Kirchenkreis

Bewegung in die antirassistische Sache

Das Projekt Karawane



Natürlich sind die Rückschläge noch lange nicht vorbei – und doch kommt nun wieder etwas Bewegung in die antirassistische Sache. Zum einen hat die Kampagne „kein mensch ist illegal" Dynamik bekommen und Anschub für vielfältige Aktionen gegeben, z. B. das Kirchenasyl in Köln, Versuche, Abschiebungen zu verhindern, etc. Nun läßt das Projekt KARAWANE auf einen heißen antirassistisohen Sommer hoffen. Die Idee des Projekts geht zurück auf eine Initiative organisierter MigrantInnen im Internationalen Menschenrechtsverein Bremen. Die Hetze, die von der hier herrschenden Politik gegen möglicherweise über Italien nach Deutschland flüchtende KurdInnen damals betrieben wurde, legte nahe, daß der deutsche Wahlkampf insgesamt rassistische Züge annehmen würde und diese Vermutung wird tagtäglich bestätigt. Die von Rassismus Betroffenen wollen nun nicht mehr nur Objekt in diesem Klima der Hetze sein. Die KARAWANE will ganz bewußt in der heißen Phase des Wahlkampfs ein Zeichen setzen: Auch die wegen ihrer Nationalität und Herkunft Ausgegrenzten haben eine Stimme – nicht um wählen zu gehen, aber um auf sich aufmerksam zu machen und zu verdeutlichen: Wir überlassen das Feld nicht den Faschisten und den Bürokraten der Abschiebemaschinerie. Die KARAWANE will es daher nicht bei einer einzelnen Demo belassen, sondern Kontinuität gewährleisten, indem sie – der Name sagt es schon – von Stadt zu Stadt zieht. In jeder Stadt kommen neue Menschen hinzu und lösen die Ankommenden ab, und in jeder Stadt werden dezentral unterschiedlichste Aktionen organisiert und Forderungen öffentlich gemacht. Ein zentrales Manifest ist in Arbeit, aber vor Ort soll jede KARAWANE-Aktionsgruppe ihre Inhalte und Arbeitsformen selbst bestimmen. In Berlin wird die KARAWANE ca. drei Tage Station machen – voraussichtlich vom 20.–23. August. Für den ersten Tag ist eine laute Demonstration vor dem Abschiebeknast in Köpenick geplant. In Berlin sollen durch öffentliche Aktionen die Polizeirazzien thematisiert werden. Auf der Weiterfahrt nach Dresden machen wir nach Möglichkeit einen Abstecher an die polnische Grenze, um die östliche Mauer der Festung Westeuropa zu besichtigen und die dortige Normalität zu stören, die schon ungezählte Menschenleben gekostet hat. Achtet auf weitere Ankündigungen! Und nehmt an den offenen Vorbereitungstreffen teil, die jeden zweiten Dienstag im Monat um 19 Uhr in den Räumen der Antirassistischen Initiative Berlin (Yorckstr. 59, HH, 3. Etage) stattfinden. Vor allem Flüchtlinge und MigrantInnen sind willkommen.

Die nächsten Termine sind der 16. und 30. Juni.



Informationen sind auch unter der Telefonnummer (030) 786 59 17 erhältlich.

Spendenkonto: 3039600 bei der Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Stichwort „KARAWANE".

Scheinehe ...

„ein allgemeines Mißbrauchsverbot kennt das deutsche Eherecht nicht!“

Die Macht der Wörter: Über Scheinasylanten und Scheinehen

Jeder Immigrant ist ein Krimineller. Er versucht, soziale Leistungen zu erschleichen, ohne Arbeitserlaubnis zu arbeiten, doppelt oder dreifach Sozialhilfe abzukassieren oder durch eine Scheinehe mit einer Deutschen/einem Deutschen eine Aufenthaltsgenehmigung zu ergattern. Dieses Bild „des Immigranten“ dominiert in der Gesellschaft und wird durch pseudointellektuelle Debatten oder scheinneutrale mediale Berichterstattungen immer wieder aufgefrischt. So berichtete beispielsweise „Der Spiegel“ kürzlich über „betrügerische ausländische Männer“, die „arme deutsche SozialhilfeempfängerInnen“ durch hohe Geldsummen verlocken wollen, sie zu heiraten.
Mehr noch sorgen behördliche Eingriffe dafür, daß solche Vorstellungen am Leben erhalten bleiben. Ein Begriff wird konstruiert, um später einen politisch motivierten Angriff gegen ImmigrantInnen auch juristisch zu legitimieren – zum Beispiel durch eine entsprechende Gesetzesinitiative. Beispiele für diese Art der Begriffskonstruktion sind „Scheinasylant“, „Asylmißbrauch“, die besonders im Vorfeld der Abschaffung des Art. 16 GG Hochkonjunktur hatten.

(K)ein Thema für die Linke?

Ähnlich funktioniert auch der Begriff „Scheinehe“, über den in der Linken nur in einem bestimmten Zusammenhang diskutiert worden ist: Scheinehe als Akt des Widerstands gegen eine menschenverachtende Ausländer- und Flüchtlingspolitik. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Ehe als Institution für viele an und für sich kritikwürdig ist. Inwieweit dies eine so beschränkte Sicht auf ein Problem rechtfertigt, daß das Leben Tausender hier lebender ImmigrantInnen betrifft, ist eine andere Frage. Ich gehe davon aus, daß die Forderung nach gleichen Rechten für alle grundsätzlich alle Lebensbereiche umfassen muß – nicht nur die, die mit der eigenen Lebensplanung übereinstimmen. Genauso müssen sämtliche Formen von Lebensgemeinschaften rechtlich gleichbehandelt werden, auch gleichgeschlechtliche.

„Mißbrauch der Ehe?“

Die Institution der Ehe hat eine lange Tradition, wobei früher Zweckehen die Regel waren, während die Liebesheirat eine moderne Erfindung der bürgerlichen Romantik ist, die allerdings mehr durch das idealisierende kollektive Bewußtsein geistert denn tatsächlich existiert. Jahrhundertelang, nämlich während der gesamten Zeit des europäischen Feudalismus, kam niemand auf die Idee, daß Zweckehen nicht der Standard sind. Durch eine vertragliche Verbindung zwischen zwei Menschen kommt eine Ehe zustande. Der Bundesrepublikanische Staat verpflichtet sich „Ehe und Familie“ „unter den besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“ zu stellen (Art. 6 GG). Daß diese verfassungsrechtliche Garantie „nicht nur eine Institutsgarantie enthält, sondern auch subjektive Rechte gewährt“, und „diese Rechte auch Ausländern zustehen, weil es sich um Menschenrechte handelt“ (Otto Kimminich: JZ, 15/16, 1985, S.742) wird oft von eifrigen Standesbeamten und Beamten der Ausländerbehörde ignoriert. „Allgemein läßt sich fragen, was unter einem Mißbrauch der Ehe verstanden werden kann. Mißbraucht jemand die Ehe, wenn er „des Geldes wegen“ heiratet und sich scheiden lassen will, wenn sein Partner verarmt? Mißbraucht jemand die Ehe, der seine Adoptivtochter heiratet, um sie besser zu versor-

gen?" Das EheG 1938 hat „den ‚Mißbrauch' der Ehe nur zum Erwerb der Staatsangehörigkeit zu verhindern gesucht. Aus diesen Gesetzen ergibt sich aber gerade, daß unser Eherecht kein allgemeines Mißbrauchsverbot kennt." (H-M. Pawlowski: Überlegungen zur sogenannten Scheinehe, FamRZ 1991, Heft 5, S. 503)

Zweierlei Maß: Zweckehe – Scheinehe

Es gibt offenbar viele Gründe zum Heiraten. So heiraten Leute, um Steuern zu sparen, einen Job in einer christlichen Einrichtung zu erhalten, besseren Zugang zum Wohnungsmarkt zu erreichen, ein Anrecht auf die Rente des Lebensgefährten/der Lebensgefährtin nach deren/dessen Tod zu erwirken, gesellschaftlichen Normen gerecht zu werden, sich ein „von"-im Namen zu sichern und bestimmt noch aus vielen anderen Gründen, die jedenfalls alle über den bestimmten Zweck der „Gründung der ehelichen Lebensgemeinschaft" hinausgehen. Niemand käme auf die Idee, diese durch vielfältige Zwecke motivierten Ehen als „Scheinehe" zu bezeichnen und deswegen die Beteiligten zu verfolgen oder sogar das Aufgebot der Ehewilligen abzulehnen. Nur die Ehe, die es dem Ehepartner zusätzlich ermöglicht, sich einen Aufenthaltstitel zu sichern, wird hierzulande in verstärktem Maße diskriminiert und kriminalisiert und soll neuerdings, wenn die Meinung der CDU/CSU Gesetzescharakter hätte, sogar von vornherein ausgeschlossen werden. Willkür und rassistische Denkweise motiviert einige Standesbeamte, unterstützt durch manche gerichtliche Entscheidungen, mit haarsträubenden Argumenten Aufgebote abzulehnen.

Ablehnung des Aufgebots

So wollte beispielsweise eine 59jährige Frau, die ihren Lebensunterhalt aus einer Witwenrente, geringen Mieteinnahmen und Arbeitslosenhilfe bestreitet, einen 37-jährigen indischen Staatsangehörigen heiraten, der nach Ablehnung seines Asylgesuchs und anschließender Ausweisung aus Deutschland in Indien lebte. Der Standesbeamte zeigte Zweifel „an einem ernsthaften Eheschließungswillen", weil er feststellte daß die Frau „kein Englisch" spreche und der Herr „kaum Deutsch". Eine Verständigung sei „deshalb nur sehr schwer möglich". Die „erheblichen Altersunterschiede" und „die Zugehörigkeit der Verlobten zu völlig unterschiedlichen Kulturkreisen" waren Grund genug für den Standesbeamten, die Ehewilligen der Scheinehe zu verdächtigen und das Aufgebot abzulehnen. Er ersuchte, das Amtsgericht um eine Entscheidung. Das AmtsG stellte nach einer persönlichen Anhörung der Frau fest, daß „nur eine Scheinehe beabsichtigt" sei. Die Ablehnungsentscheidung des Standesbeamten wurde dadurch bestätigt. Die Frau legte beim Kieler Landgericht Beschwerde gegen die Entscheidung ein. Die Argumentationslinie des Beschlusses vom Landgericht ist aufschlußreich:

„Die Eheschließungsfreiheit und das daraus erwachsende Recht zur Abwehr staatlicher Behinderungen gelten sowohl für Deutsche wie für Ausländer."... „Auch nach deutschem Recht ist der Standesbeamte nicht berechtigt, die angestrebte Amtshandlung abzulehnen. Die Verlobten mögen beabsichtigen, nur eine sog. Scheinehe zu führen. Darunter wird eine Eheschließung verstanden, mit der ausländische Verlobte nur den Erwerb einer Aufenthaltserlaubnis erstreben." Das Gericht machte deutlich, daß „das deutsche Zivilrecht jedoch keine Handhabe bietet, sog. Scheinehen zu verhindern." „Erklären die Verlobten nach einem aufklärenden Gespräch ohne Vorbehalt, miteinander die Ehe eingehen zu wollen, so ist der Standesbeamte nicht berechtigt, weitere Ermittlungen anzustellen und seine Mitwirkung bei der Eheschließung zu verweigern, auch wenn er der Überzeugung ist, daß die Verlobten oder nur einer von ihnen eine dauernde Gemeinschaft nicht will und die Ehe nur zu dem Zwecke schließt, eine Aufenthaltserlaubnis zu erlangen."

Legitimation von Ehe

Hier stellt sich die Frage, was für den bürgerlichen Staat „eine legitime Grundlage" für eine Ehe bedeutet. Während der Staat gleichgeschlecht-



liche Beziehungen von vornherein als nicht „ehewürdig“ aus der Institution der Ehe ausschließt und somit eine ganze Gruppe von Personen ausgrenzt, stellt sich die Frage der Gewährens dieses Privilegs in bezug auf zwei Menschen unterschiedlicher „Paßfarbe“ anders. Sie wird individualisiert, d.h. es geht vordergründig vor allem darum, ob die zukünftigen Ehepartner tatsächlich zusammenleben wollen. Genau so wird dies auch in der Öffentlichkeit dargestellt: Es wird davon ausgegangen, daß die Ausländer das deutsche Eheschließungsrecht mißbrauchen wollen (vgl. „Asylmißbrauch“, „Sozialhilfemißbrauch“ usw.). Aber eigentlich sollte es jederman einleuchten, daß „dem deutschen Eherecht“ „ein allgemeines Ehehindernis des Mißbrauchs“ fremd sein muß. Denn „wer mißbräuchliche Ehen ausschließen will“, der muß „den rechten Gebrauch der Ehe, also ein Ehemodell aufstellen“, um sagen zu können, warum eine bestimmte Absicht für die Eheschließung mißbräuchlich ist. Wie schwierig ein solches Unterfangen wäre, zeigen so unterschiedliche Erscheinungsformen wie die reine Versorgungsehe, die Ehe im Angesicht des Todes oder die Ehe mit einem Strafgefangenen, der zu lebenslanger Haft verurteilt worden ist. Die Motive für die Eheschließung und die mit ihr verfolgten Zwecke müssen deshalb für die Eheschließung außer Betracht bleiben.“ (alle Zitate: LG Kiel, 3. ZK, Beschluß v. 19. 02. 1990; zitiert aus: FamRZ 1990, Heft 7, S. 742-744)

Kollektive Verdächtigung heiratswilliger ImmigrantInnen

Tatsächlich kommt es aber zu einer kollektiven Verdächtigung sämtlicher heiratswilligen ImmigrantInnen. Die Ehepartner müssen die Legitimität der Ehe nachweisen und Fragen zu höchst privaten Dingen beantworten, die keine Behörde etwas angehen. Wenn es um die ausländischen Heiratswilligen oder Eheleute geht, haben fast alle Verwaltungsbeamten und Polizeibeamten das Recht, in deren intimste Sphären einzudringen. Wo bleibt hier der im bundesrepublikanischen Grundgesetz verankerte Schutz der Menschenwürde und die freie Entfaltung der Persönlichkeit im Schlafzimmer?: (GG Art. 1 Abs. 1 u. Art. 2 Abs. 1) Dies ist schon ein Lauschangriff – wenn auch ohne Elektronik.

Eheschließung als Hindernislauf

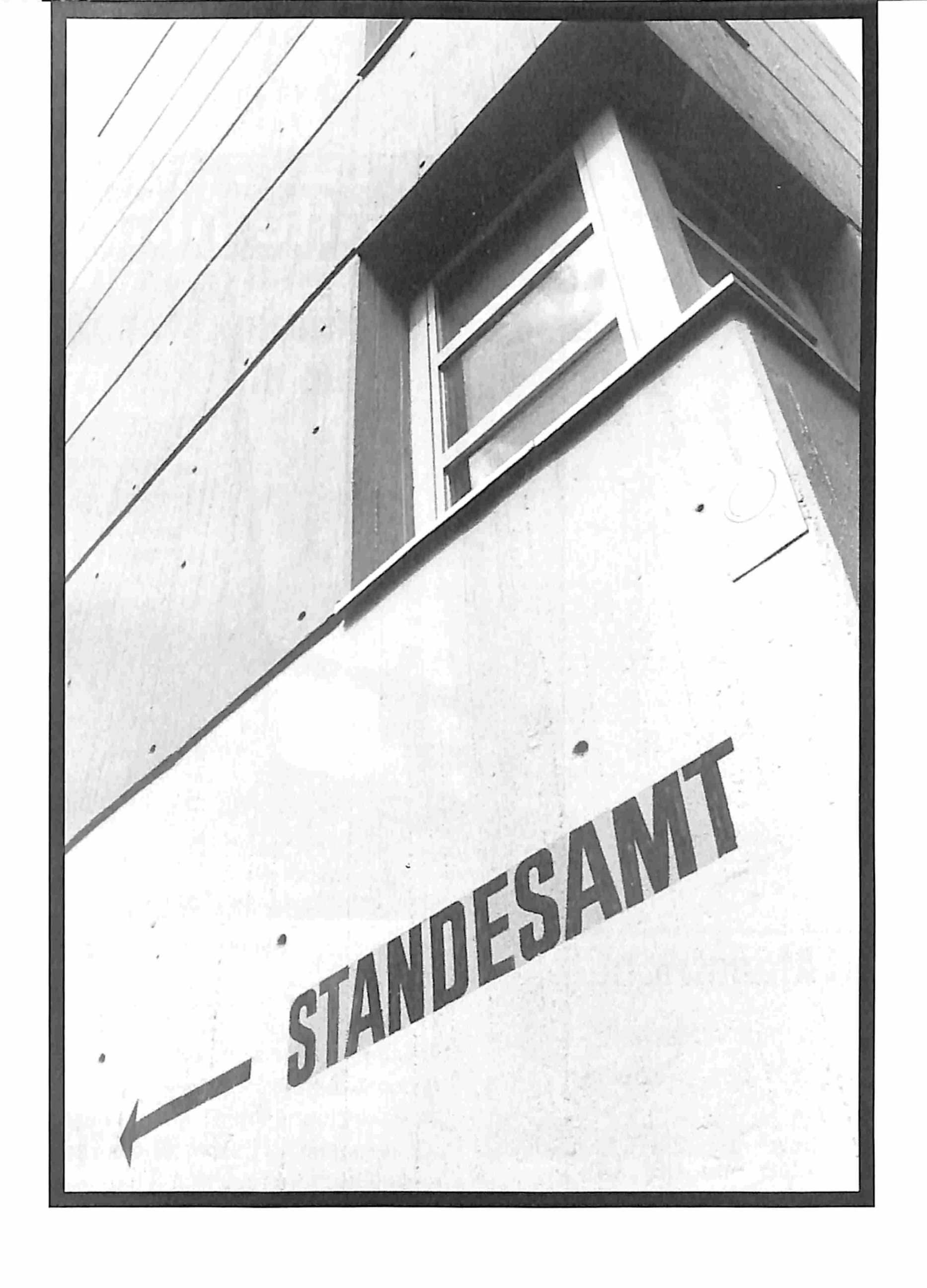
Eine Ehe einzugehen ist für eine AusländerIn immer eine nervenaufreibende Angelegenheit. Die Standesämter haben Hürden aufgebaut, die kaum zu überwinden sind. Es werden Dokumente verlangt, die nur schwer beschafft werden können, wie z. B. die Beglaubigung von Dokumenten durch die deutsche Vertretung im Heimatland. Für viele heiratswillige AusländerInnen, die aus ländlichen Gegenden oder aus kleineren Städten kommen, bedeutet dies einen riesigen finanziellen und zeitlichen Aufwand. Die hiesigen Behörden tun all das eben um die Menschen von ihrer Heiratsabsicht abzuschrecken. Wenn die Dokumente alle zusammengestellt sind, kann (theoretisch) das Aufgebot bestellt werden. In der Regel werden ausländische „Heiratswillige“ mit ihren deutschen Partnern zur Ausländerbehörde bestellt. Jede(r) von ihnen wird getrennt von den Beamten verhört. Sie müssen Fragen von der Beschreibung der gemeinsamen Wohnung über den Tagesablauf und die Familienverhältnisse des Partners bis hin zur Farbe von dessen Zahnbürste beantworten. Sie dürfen dabei weder eine/n Vertraute/n noch eine/n DolmetscherIn oder eine/n AnwältIn mitnehmen – das alles ist sowieso nur ein „informelles“ und „vertrauliches Gespräch“ mit den Beamten. Niemand wird gezwungen, dieses „Gespräch“ mitzumachen. Doch bei dessen Verweigerung bekommen die „Abtrünnigen“ nur für eine kurze Zeit (einen oder drei Monate) eine Aufenthaltsgenehmigung, obwohl ihnen eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis zusteht. Die Ausländerbehörde prüft dann, ob die eheliche Lebensgemeinschaft tatsächlich existiert. Die Betroffenen haben wegen ihrer kurzen Aufenthaltsgenehmigung große Probleme in ihrem Arbeitsleben, auf dem Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt usw.

Gesetzesinitiative und vorauseilender Gehorsam

Diese und ähnliche illegale Praktiken der Behörde, die durch die Rechtssprechung gestützt werden, werden nicht als Nötigung eingestuft! Ganz im Gegenteil! So heißt es in einem Urteil des hessischen Verwaltungsgerichtshofs: „Die Ausländerbehörden trifft im Rahmen des Familiennachzugs eine besondere Prüfungsverpflichtung hinsichtlich des Bestehens einer familiären Lebensgemeinschaft, weil an der Verhinderung von ‚Scheinehen‘ zur Erlangung aufenthaltsrechtlicher Vorteile ein besonders gewichtiges öffentliches Interesse besteht.“ (Hessischer Verw.GH 12. Senat, 14. 06. 1996) In die gleiche Richtung zielt auch eine Gesetzesinitiative der CDU. Asylsuchende sollen demnach – bis zum Ende des Asylverfahrens – nicht heiraten dürfen. Es ist nicht allzulange her, daß bestimmte deutsche BürgerInnen bestimmte andere deutsche BürgerInnen nicht heiraten durften ... Entsprechend wird mit Betroffenen auf den Standesämtern umgegangen – wobei die Beamten sich sicher sein können, im Sinne der Regierung zu handeln. Vor diesem Hintergrund ist auch die Weigerung des Standesamt Wedding in Berlin zu sehen, das es vor Kurzem ablehnte, das Aufgebot eines kurdischen Asylsuchenden und seiner deutschen Verlobten zu bestellen. Die Begründung des Standesamtes lautete: Da der Kurde keine Aufenthaltsgenehmigung habe, versuche er durch Scheinheirat eine solche zu erwerben. Die rassistische Gesetzesinitiative der CDU im Bundestag hat dieser Standesbeamte schon in die Tat umgesetzt!

Schutz der Ehe nur für Deutsche

Aber nicht nur das Schließen einer Ehe wird ImmigrantInnen erschwert. Nach der Eheschließung endet der Druck keinesfalls. Auch bereits bestehende Ehen genießen nicht denselben Schutz wie die Deutscher. Während einerseits immer wieder betont wird, daß die eheliche Lebensgemeinschaft für das Bestehen der Ehe zentral ist, wird andererseits konsequent zu verhindern versucht, daß in Deutschland lebende Personen ihre



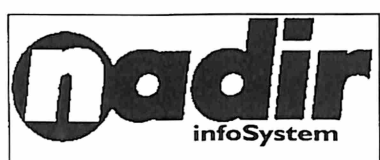
im Ausland lebenden nichtdeutschen Ehepartner zu sich holen. Gemäß § 3 AuslG bedürfen Ausländer (Ehegatten sowohl hier lebenden Ausländern als auch hier lebender Deutscher – BB) bereits für die Einreise eine Aufenthaltsgenehmigung (Einreisevisum). Dieses wird von den deutschen Botschaften und Konsulaten im Ausland häufig nur widerstrebend erteilt. Auch wenn die Ehe mit einem Deutschen bereits geschlossen ist... Die ersten Jahre nach der Einreise stehen binationale Paare unter permanentem Scheineheverdacht. Da persönliche Motivationen und Gefühle einer behördlichen Überprüfung nur schwer zugänglich sind, kommt es in den staatlich anerkannten Ehe- und Familienberatungsstellen der iaf (Verband binationaler Familien und Partnerschaften) zu vielen Beschwerden binationaler Paare, die sich durch die stattfindenden Scheinehekontrollen in ihren Persönlichkeitsrechten verletzt fühlen" (Elisabeth Mach-Hour: Deutsch-ausländische Familie im Spannungsfeld zwischen Ausländerrecht und Familienrecht, FamRZ 1998, Heft 3, S. 139). Und vor jeder weiteren Verlängerung einer Aufenthaltsgenehmigung wird eine Scheineheüberprüfung durchgeführt.

Alle Beratungsstellen, AnwältInnen oder Anwaltsvereine wissen von den behördlichen Schikanen und gesetzlichen Diskriminierungen, haben aber leider noch keine koordinierten Versuche unternommen, dagegen anzugehen. In der Öffentlichkeit sollte ein Bewußtsein dafür geschaffen werden, daß die Behörden mit perfiden Methoden ausländische Heiratswillige schikanieren und kriminalisieren; daß die rassistisch orientierten Gesetzgebungen Öl in dieses Feuer gießen; daß die Entfernung zwischen anständigen Bürgern am Schreibtisch und den mit Baseballschlägern um sich schlagenden Faschisten nicht sehr weit ist. Die AusländerInnen mögen die ersten Opfer von Kürzungen der Sozialleistungen sein oder sie mögen auch die ersten sein, denen die demokratischen Bürgerrechte verwehrt bleiben, aber sie sind sicherlich nicht die letzten.

Biplab Basu



Fotos: Albert Zecheru



infoSystem

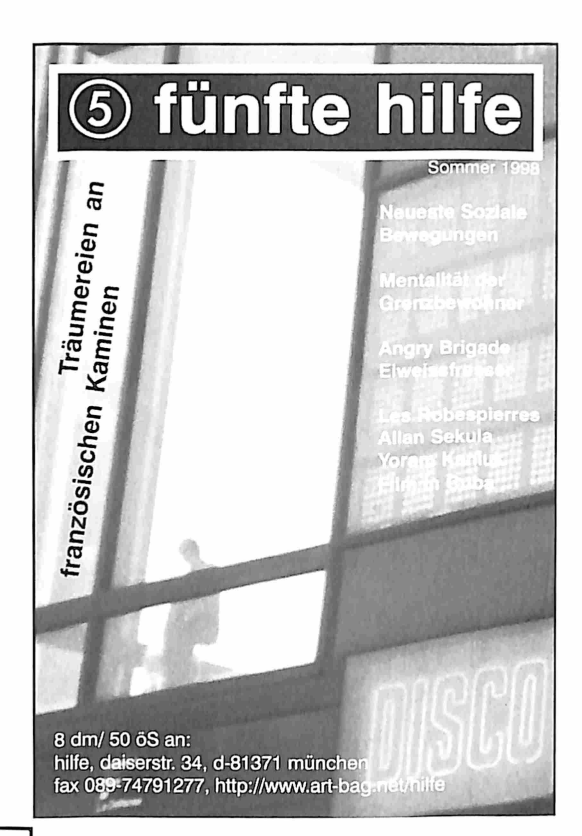
... ermöglicht ***eMail, newsgroups- und worldwidewebzugang***
für Kommunikation und Vernetzung
+
betreibt im ***worldwideweb*** ein ***informationssystem*** zu ***linker politik*** und ***sozialen bewegungen***

http://www.nadir.org/

KONTAKT **nadir-Café,**
jeden 1. Mittwoch in der B5 ab 19⁰⁰

web http://www.nadir.org/
eMail nadir@mail.nadir.org
Post Brigittenstraße 5, 20359 HH
fon 040 / 431 89 037 fr. 17⁰⁰ - 19⁰⁰
fax 040 / 431 89 038

Unser Konto für die allzeit willkommenen Spenden:
Postbank HH, (200 100 20), Kto-Nr. 797 156-207



Die Linke und Maastricht

Eine Analyse der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion und des sozialen Widerstandes in Europa

Eine Broschüre der Antifa AG der Uni Hannover.

Ein Heft kostet 2 DM; 1,50 DM Porto pro Lieferung; bitte Betrag in Briefmarken oder Bargeld der Bestellung beilegen.
Zu bestellen bei:

Antifa AG der Uni Hannover
c/o AStA der Uni Hannover
Welfengarten 1
30167 Hannover

• ANZEIGEN •

Bundesweite Demo in Düsseldorf

Um noch vor der Sommerloch eine weitere, unübersehbare Aktion für die Flüchtlinge des Wanderkirchenasysls auf den Weg zu bringen, soll am 13. Juni 1998 eine nicht auf Nordrhein-Westfalen beschränke Demonstration stattfinden. Die Demonstration soll ein Schritt sein, daß weitere Städte auch außerhalb von Nordrhien-Westfalen möglichst schnell und praktisch den Kampf der Flüchtlinge unterstützen. Über die Demonstration hinaus ist es weiterhin nötig, den aktionsbereiten Flüchtlingen Möglichkeiten zuschaffen, in Kirchen unterzukommen und damit die Aktion auszuweiten und weiter zu verstärken. Plakate und Flugblätter können beim Flüchtlingsplenum Aaachen c/o Rotes Büro, Tel. 0241/ 515-24 76, Fax 515-24 78 bestellt werden. Spenden für das Wanderkirchenasyl un die Demonstration an:

Allerweltshaus, Stichwort „kein Mensch ist illegal"
Bank für Sozialwirtschaft · Konto-Nr. 707 44 00 · BLZ 370 205 00

Spiel ohne Grenzen

Aufruf zum antirassistischen Aktionscamp an der deutsch-polnisch-tschechischen Grenze vom 24. Juli bis 2. August 1998



Foto: Albert Zecheru

Rave an der Grenze

Maßnahmen gegen rassistische Stimmungsmache

Irritationen im grenznahen Raum

Regatta auf der Neiße

Ein breites Bündnis aus antirassistischen und antifaschistischen Gruppen organisiert im Sommer ein einwöchiges Aktionscamp im Landkreis Görlitz. Das Camp ist einer der diesjährigen Höhepunkte der Kampagne „Kein Mensch ist illegal". Vorbereitet wird das Camp von Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet sowie Vor-Ort-Gruppen. Teilnehmen werden aber auch Gäste aus Tschechien, Polen und anderen europäischen Ländern.

Warum an die Grenze?

An der deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenze sind derzeit etwa 10 000 Polizisten stationiert, deren Aufgabe es ist, ein menschenverachtendes Grenzregime durchzusetzen. Mobile Kontrollen und an den Haaren herbeigezogene Bedrohungsszenarien machen das Schleierfahndungskonzept aus, das heute die sogenannte Grenzsicherung bestimmt. Als gälte es einen Krieg zu führen, reden ScharfmacherInnen von „offenen Flanken" angesichts einer „verbrecherisch organisierten Wanderbewegung". Vermutlich wird sich diese Hetze im laufe des Bundestagswahlkampfes 1998 noch weiter verschärfen. Gleichzeitig wird jede Form von selbstorganisierter Einreise, deren Aufwand natürlich mit der Aufrüstung der Grenze wächst, als „Schleppperkriminalität" diffamiert; Eine Heuchelei, die sich selbst in linken und humanitär engagierten Kreisen zu verfangen scheint. Mit der Verschärfung der Asyl- und Ausländergesetze 1997 werden bislang selbstverständliche Formen von Menschlichkeit und Zivilcourage unter drastische Strafen gestellt. Insbesondere die aktuelle Prozeßflut gegen TaxifahrerInnen aus Zittau soll ein Exempel statuieren und offenbar von jeder Form der Unterstützung der MigrantInnen abschrekken.

Spiel ohne Grenzen

Ziel des Sommercamps ist, das Grenzregime am Rande der EU- und Schengenstaaten mit vielfältigen Aktivitäten, wenn nicht ins Wanken, so zumindest zur Sprache zu bringen. Vorbereitet werden derzeit:

- Veranstaltungen und öffentlichkeitswirksame Interventionen
- spontane Aktionen, die nicht zuletzt die Aufmerksamkeit der Grenzschutzeinheiten auf sich ziehen und den reibungslosen Ablauf der Kontrollen tangieren
- inhaltliche Auseinandersetzung und Erfahrungsaustausch in Workshops und Arbeitsgruppen
- ein umfangreiches Programm mit Raves, Parties und Konzerten

Kontakt

Sommercamp, c/o Forschungsstelle Flucht und Migration
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Tel. 030/ 693 56 70
Fax 693 83 18
Email grenze@ibu.de
http://www.contrastorg/borders

Spendenkonto:

Forschungsstelle Flucht und Migration, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Konto-Nr. 61 00 24 264, Stichwort „Spiel ohne Grenzen"

Zweisprachiges, bretonisch-französisches Ortsschild in der Bretagne
Foto: Irmgard Geyer



Zum Ende des laufenden Schuljahres hat der Berliner Regierende Bürgermeister Diepgen die Einführung einer „Ausländer-Quote" in Schulklassen gefordert: „Einen Anteil von mehr als 25 Prozent ausländischer Kinder in einer Klasse" hält er für „problematisch". Selbstredend wird er in dieser Forderung von allen Seiten, nicht zuletzt vom Berliner CDU-Fraktionsvorsitzenden Landowski, heftig unterstützt. Diese Forderung ist übrigens nicht neu: Bereits im Berliner Schulgesetz von 1980 war eine solche Quote festgelegt, wobei der Anteil von Ausländern höchstens 30 Prozent betragen sollte. Die damalige Schulsenatorin, Hanna Renate Laurien, begründete dies damit, daß es „nicht dazu kommen dürfe, daß sich deutsche Schüler in ihrer Klasse nicht mehr heimisch fühlen." Im Jahr 2050 werden wir dann bei einer Nullquote angelangt sein... Da kommt es nur gelegen, daß die Berliner Bezirke Kreuzberg und Friedrichshain fusionieren sollen, die sich in ihrer Bevölkerungsstruktur deutlich unterscheiden. Landowsky hält es nämlich für durchaus zumutbar, „daß ein Schulbus ausländische Kinder von Kreuzberg über die Oberbaumbrücke in Schulen nach Friedrichshain bringt." Wohlgemerkt geht der Schülertransport nur in eine Richtung – es ist leicht, sich auszumalen, wie Friedrichshainer Eltern auf einen Transport ihrer Kinder in umgekehrter Richtung reagieren würden. Daß die nach Friedrichshain verpflanzten

„Neue" Konzepte zur Integration von ausländischen Kindern?

Kinder ausländischer Herkunft nichts zu lachen haben werden, liegt auf der Hand. Außerdem schlägt man so zwei Fliegen mit einer Klappe: Man löst das Problem des Schülermangels im Osten und „schafft" die Ausländer-Quote im Westen. Einmal ganz abgesehen davon, daß die gesetzliche Regelung, die vorsieht, Kinder in ihrem eigenen Kiez zu beschulen, einen durchaus sinnvollen Hintergrund hat (kurze Schulwege, die Schule kann auf kieztypische Probleme besser reagieren, Identifikation von Kindern mit der Schule etc.) zeigen sich in diesem Vorstoß einige grundlegende Argumentationsmuster deutscher Ausländerpolitik: Die deutsche Gesellschaft versteht sich nach wie vor nicht als Einwanderungsgesellschaft. Entsprechend wird die deutsche Schule definiert und die Schulsprache ebenfalls: Deutsch. Niemand denkt auch nur im Traum daran, Geld und Zeit dafür aufzuwenden, Konzepte für eine interkulturelle und multilinguale Schule (weiter)zuentwickeln. Es ist auch kein Zufall, daß niemand über die Projekte zweisprachiger türkisch-deutscher Alphabetisierung und Erziehung, das sog. Spreewald- bzw. Kreuzberger Modell spricht. Nein – Schulbusse sind die Lösung des Problems!!! Und in Kreuzberg wie in Friedrichshain wird konzeptlos weiter unterrichtet – zum Nachteil sowohl der deutschen als auch der nicht-deutschen SchülerInnen. Die „ausländischen" Kinder, die übrigens oft deutsche Pässe haben, werden zum Problem erklärt. Und es gibt ja auch handfeste Probleme für LehrerInnen, die in vielsprachigen Klassen mit Kindern unterschiedlicher Herkunft in Schulen arbeiten, die dafür kein Konzept haben. Dabei sind andere Wege möglich: Schulen, in denen Kinder nicht der europäischen Tradition gemäß einsprachig, sondern mehrsprachig erzogen werden, wo LehrerInnen unterschiedlicher Herkunft zu gleichen Grundbedingungen eingestellt werden und zusammenarbeiten (und nicht nur türkische Putzfrauen abends über die Korridore huschen), wo Unterrichtsmaterial entwickelt und benutzt wird, das eine eurozentristische Perspektive überwindet und dies allen SchülerInnen vermittelt, wo unterschiedliche Kulturen tatsächlich gleichberechtigt sind und dynamisch miteinander interagieren. Man muß eine solche – im besten Sinne antirassitische Schule – aber wollen....

Irmgard Geyer(ZAG)

Antirassistische Jugendarbeit

Wie soll sich eine antirassistische Pädagogik in einer Gesellschaft entwickeln, die ihren eigenen Rassismus stets leugnet oder bestenfalls als individuelles Vorurteilsproblem einiger orientierungsloser Jugendlicher betrachtet? In einem Land, in dem seit Jahren unzählige Millionen in dubiose Jugendprojekte geflossen sind, die meist den Tätern rassistischer Gewalt zugute kommen und nicht den Opfern, während die Zahl der rassistischen Übergriffe im letzten Jahr die höchste seit Bestehen der BRD ist. Mit Jugendclubs, Tischtennis und Folklore allein scheint diesem Phänomen also nicht beizukommen zu sein. Rassismus ist in dieser Gesellschaft institutionell und strukturell verankert, Diskriminierung kein bedauerliche Entgleisung sondern gewollte Normalität, rassistische Straßengewalt hat letzlich denselben ideologischen Hintergrund wie das Ausländergesetz. Eine sich antirassistisch verstehende Jugendarbeit müße deshalb nicht erst im Freizeitbereich beginnen oder als soziale Feuerwehrpolitik auf der Straße, sondern an den strukturellen Wurzeln des Rassismus ansetzen. Wir stellen in diesem Schwerpunkt überwiegend Berliner Projekte vor, die im Bereich der Jugendarbeit mit deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen tätig sind.



Jugend, Rassismus, Pädagogik

oder warum Folklore nicht gegen das Ausländergesetz hilft

Rassismus in Deutschland ist nach offizieller Lesart ein individuelles Problem einiger fehlgeleiteter Jugendlicher, die überwiegend im Osten lokalisiert werden. Dies zeigte sich zuletzt in den Interpretationen des DVU-Wahlerfolgs bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt: Da größtenteils Jung- und Erstwähler für die Rechtsradikalen votierten, sei es nun dringend geboten, diese aufzuklären, zu therapieren, denn sie seien für die Demokratie noch nicht verloren. Was sie ja auch tatsächlich nicht sind. Sie haben nur noch nicht gemerkt, daß diese Demokratie schon lange einen Großteil der ausländerfeindlichen DVU-Parolen in die Tat umsetzt. Und zwar subtil, systematisch und gründlich. Da ist es zwar ehrenwert, wenn die deutschen Ausländerbeauftragten dafür plädieren, das Thema „Ausländer“ nicht zum Wahlkampfthema zu machen. Deren Aufklärungsmodelle gehen aber auch von dem hierzulande üblichen individuellen Rassismusbegriff aus. Es geht um mehr Austausch, Erziehung zur Toleranz, multi-kulturelle Begegnung. Dementsprechend sehen die meisten Ansätze „antirassistischer“ Jugendarbeit aus.

Außer Multi-Kulti nichts gewesen?

Dabei wird vergessen oder bewußt ausgeklammert, daß individuelle, rassistische Vorurteile per se keine Macht über Nicht-Weiße verleihen. Diese Macht speist sich vielmehr aus rassistischen Gesetzen, konstitutionellen Konventionen, juristischen Präzedenzfällen und institutionellen Praktiken. Nicht das rassistische Vorurteil an und für sich ist das Kernproblem, sondern das Ausagieren dessen in rassistischen Aktionen und die Institutionalisierung des rassistischen Vorurteils in den Machtstrukturen. Innerhalb des Multi-Kulti-Konzeptes wir die „kulturellen Differenz“ betont, ohne daß dabei die Dominanz der eigenen Kultur in Frage gestellt würde. Es geht nicht um das Erkennen und Bekämpfen des Rassismus als Unterdrückungsform, sondern um die Anerkennung unterschiedlicher Kulturen, die sich dabei angeblich gleichberechtigt gegenüberstehen. Leider wird dabei vergessen, daß es durchaus möglich ist, kulturelle Leistungen anzuerkennen und dennoch Menschen, die aus der entsprechenden Kultur kommen, rassistisch zu diskriminieren. Das Hören von Weltmusik und Bejubeln afrikanischer Stürmer in der Bundesliga hindert noch lange nicht daran, Schwarze als minderwertig zu betrachten oder „deutsche Arbeitsplätze für Deutsche“ zu fordern. Dagegen hilft auch die individuelle Begegnung in Multi-Kulti-Projekten wenig. Es mag durchaus sein, daß bei einigen dadurch rassistische Vorurteile abgebaut werden. Menschen, die man kennt, haut man zudem auch nicht so schnell einfach eine aufs Maul. Hier ließe sich dann einwenden, daß so zumindest das Problem der rassistischen Straßengewalt eingedämmt werden könnte. Wenn die Begegnung allerdings nicht in einen politisch-gesellschaftlichen Rahmen gestellt wird, dann läßt es sich auch ganz gut mit der althergebrachten Die-Ausnahme-bestätigt-die-Regel weiterleben. Denn der „Ali ist ja ganz nett, aber die ganzen anderen Türken...“. Sämtliche Multi-Kulti-Ansätze ändern nichts an den konkreten Lebensbedingungen und materiellen Konditionen, in denen viele MigrantInnen leben müssen. Außerdem gibt es keinerlei Statistiken oder Beweise, daß Multi-Kulti-Ansätze zu einem Rückgang rassistischer Übergriffe geführt hatten. Selbst die offiziellen Zahlen in Deutschland steigen seit Jahren kontinuierlich an, trotz statistischer Schönrechnereien.

Zwischen antirassistischer Arbeit und Reproduktion von Rassismus

Die in unserem Schwerpunkt vorgestellten Berliner Projekte haben verschiedene Intentionen und Ansätze. Deren InitiatorInnen und MitarbeiterInnen geht es größtenteils tatsächlich darum, Mißstände zu ändern und Rassismus etwas entgegenzusetzen. Sie arbeiten in dem Widerspruch, die Vorurteile in Einzelfällen tatsächlich nachhaltig abzubauen, andererseits nicht grundlegend etwas an den rassistischen Strukturen dieser Gesellschaft ändern zu können. Ein Schritt zur Veränderung der rassistischen Strukturen wäre, diese klar zu benennen. Wenn deutsche und türkische Jugendliche oder Kinder von Asylbewerbern sich in einem Jugendklub begegnen, dann tun sie dies niemals gleichberechtigt. Antirassistische Arbeit mit Jugendlichen kann nicht sein, von MigrantInnen Assimilation zu verlangen, während sich die Deutschen ein bißchen Folklore angucken und ansonsten alles so bleibt, wie es ist. Der aus Teilen der Antifa geäußerte Vorwurf der Systemimmanenz gegenüber Versuchen, antirassistische Jugendarbeit zu machen, stimmt natürlich. Doch ja! Aber systemimmanent ist – je nachdem, wie weit der Begriff gefaßt wird – ohnehin alles, was nicht direkt zur Revolution führt. Dieser Vorwurf liefert letztendlich nur eine Begründung zur Tatenlosigkeit (die Antifa-Aktionen sind so gesehen doch auch lediglich der Nachweis dafür, wie tolerant, demokratisch und liberal unser System ist). Er läßt sich im Kern auf die geschichtlich nicht begründbare Verarmungstheorie zurückführen, wonach die Revolution durch die Verarmung der untersten Klasse erfolgt und deshalb alles, was dieser entgegenwirkt, als kontrarevolutionär wäre und bekämpft werden müßte. Die hat allerdings schon immer ihre Anhänger gehabt. Antirassitische Pädagogik müßte den Hegemonialanspuch der deutschen Kultur hinterfragen. Das fängt bei zweisprachiger Erziehung an, geht über Stellenbesetzungen bis zum Ausländergesetz. Toleranz und Gleichberechtigung sind nicht nur individuell moralische Kategorien. Sie bedürfen einer konkreten gesellschaftlichen und ökonomischen Basis.

ZAG-Redaktion



Out on the streets ...

Straßensozialarbeit in Berlin, Gangway e.V.

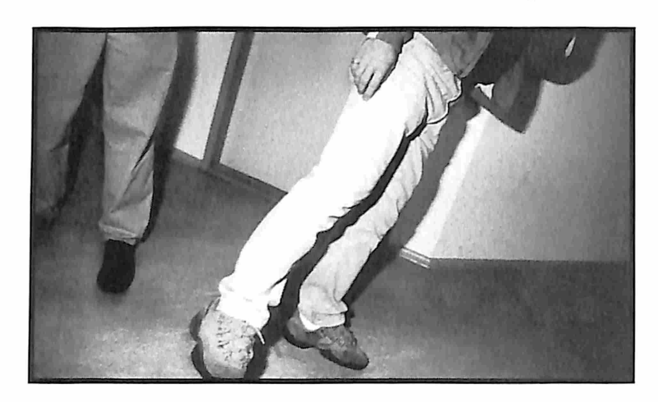
Gangway e.V. ist ein Verein, der Straßensozialarbeit in Berlin betreibt. Er wurde 1990 -damals noch ausschließlich im Westteil Berlins- mit Unterstützung des rot-grünen Berliner Senats ins Leben gerufen, als sogenannte Jugendbanden in die Schlagzeilen gerieten. Es handelte sich vor allem um Jugendgruppen nicht-deutscher Herkunft in den Bezirken Wedding, Neukölln, Kreuzberg, Tiergarten und Reinickendorf. Diese Jugendlichen konnten mit der herkömmlichen Jugendsozialarbeit nicht erreicht werden, weil sie entweder nicht in die Jugendfreizeitheime gingen oder nicht mehr dort hingehen durften. Sie hatten entweder Hausverbot oder die Konzeption der Jugendfreizeitheime war so verändert worden, daß sie nicht mehr angesprochen wurden. 1992 wurde das Projekt auch auf den Ostteil Berlins mit einer zum Teil völlig anderen Zielgruppe ausgedehnt. In Bezirken wie Lichtenberg, Hohenschönhausen, Marzahn gibt es ausgesprochen wenig türkische oder arabische Jugendliche. Gangway arbeitet eng mit vielen anderen Jugend- und Ausbildungsprojekten zusammen, um Jugendliche weitervermitteln zu können. Die Mitarbeiter haben gegenüber staatlichen Ermittlungsstellen ein Schweigegebot bis hin zur Beugehaft. Zwei Mitarbeiter von Gangway bezogen jeweils in einem Interview Stellung. Im ersten Interview beantwortete DIETER BOTH, der Koordinator, im zweiten KEMAL ÖZBAŞI, Sozialarbeiter in Berlin Friedrichshain – einem Ostbezirk, Fragen zum Sinn ihrer Arbeit.

ZAG: Versteht ihr eure Arbeit auch als politische Arbeit oder wie ist der bei der Antifa in Verruf gekommene Begriff „akzeptierende Sozialarbeit" zu verstehen?

Dieter Both: Also ich denke Jugendsozialarbeit ist immer politische Arbeit. Aber keine ideologische, das ist hier ganz wichtig zu differenzieren. Den Begriff „akzeptierend" halte ich für völlig irreführend und auch für dumm. Denn wir akzeptieren nicht die Taten die Jugendliche begehen, aber wir versuchen die Jugendlichen mit all ihren Facetten zu akzeptieren. Das bedeutet, daß kein Jugendlicher wegen eines Aufnähers „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein" der Türe verwiesen wird, wenn er aber auf einer Fahrt eine Fahne aus dem Bus hängen will, geht das zu weit, das machen wir nicht mit, wir stehen nicht unter dieser Fahne. Einen Jugendlichen zu akzeptieren bedeutet, daß wir zuerst einmal eine Gesprächsebene brauchen und daß wir durchaus von Einstellungen und Grundhaltungen erfahren, die man als rechts einstufen muß, die mich aber nicht überraschen. Denn diese Jugendlichen sind Kinder unserer Gesellschaft, unserer Erwachsenenwelt. Wenn in Rostock-Lichtenhagen ein Heim für Asylsuchende brennt und ein Jugendlicher den Arm hebt und „Sieg-Heil" brüllt wird er bestraft dafür. Schlimmer finde ich die Erwachsenen, die dahinter stehen, klatschen und „So ein Tag, so wunderschön wie heute" grölen. Denn das sind die Eltern dieser Kinder.

Wo liegen nach eurem politischen Verständnis die Ursachen rechter und rassistischer Einstellungen? Ist das, wie man aus der Berichterstattung der Presse den Eindruck bekommt, vor allem ein Problem bei Jugendlichen?

Auch wenn ich jetzt mißverstanden werden kann: Mir ist ein Jugendlicher mit 12–14 Jahren, der auf mich zukommt und ohne daß er mich weiter kennt, sagt „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein" oder „Ausländer raus" lieber, als die mit Worthülsen um sich werfende Politik, die nichts anderes sagt. Diese Politik spricht von Rückkehrhilfe, von Familienzusammenführung in den Heimatländern. Sie spricht in der Debatte um Ausbildungs- und Ar-



beitsplätze davon, daß wir in erster Linie an Deutsche zu denken haben. Diese Leute sind schwerer zu greifen. Die Jugendlichen verstehen sich häufig als Übersetzer der verlogenen Sprache der Erwachsenenwelt, insbesondere der Politiker. Wenn von Rückkehrhilfe gesprochen wird, heißt das nichts anderes als: „Ausländer raus". Das ist der alltägliche Rassismus, den die Jugendlichen sehr wohl verstehen und den sie aufgreifen. Aber bei den Jugendlichen können wir noch ansetzen, denn die bekennen noch Farbe und suchen uns auch als Gesprächspartner. Sie wissen, daß wir eine andere Position haben, aber daß wir nicht sofort mit Strafanzeige drohen, sondern uns mit ihnen und ihren Positionen auseinandersetzen.

Welche soziale Herkunft bzw. Zugehörigkeit haben die Jugendlichen, die ihr ansprecht?

Es gibt keine klare Zuschreibung mehr, wobei ich einen deutlichen Unterschied zwischen West- und Ostberlin mache. In den östlichen Bezirken haben wir es mit Kindern und Jugendlichen aus den unterschiedlichsten sozialen Gruppen zu tun. Kinder berufstätiger Eltern, die nicht unter die Rubrik „Verlierer der Einheit" fallen, gehören genauso dazu, wie Kinder linientreuer DDR-Bürger, die jetzt wenn überhaupt in einer ABM-Stelle stecken, oder Kinder von Arbeitslosen. Die Bandbreite der Jugendlichen selbst reicht von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluß bis hin zu Abiturienten, hauptsächlich zwischen 14–18 Jahre alt. Natürlich brechen wir den Kontakt nicht ab und so sind manche in den Ostbezirken 23–25 Jahre. Im Westteil ist das anders, da wir dort überwiegend mit Migranten arbeiten, auch vielen Jugendlichen die hier geboren sind, aber keine deutsche Staatsbürgerschaft haben. Sie sind überrepräsentativ von Arbeitslosigkeit betroffen und zwar nicht nur sie, sondern auch ihre Eltern und das ganze familiäre Umfeld. Sie haben, wenn überhaupt, dann häufig schlechte Schulabschlüsse, also schlechte Chancen. Im Westteil sind es auch wesentlich mehr vorbestrafte Jugendliche. Dadurch, daß wir im Westteil schon seit 8 Jahren arbeiten, gibt es dort auch Jugendliche, die schon Mitte zwanzig sind, der Schwerpunkt liegt aber auch dort bei der Altergruppe der 14–18jährigen. Weil wir darauf achten, daß in unseren Teams mindestens eine Frau ist, ist auch das Geschlechterverhältnis der Jugendlichen mit denen wir arbeiten sehr ausgewogen.

Gibt es bei euch auch besondere Angebote, wie z.B. Mädchengruppen?

Wir machen auch spezielle Angebote für Frauen, nicht als Mädchengruppe nach dem Motto „wir reden über deine Probleme", sondern z.B. im sportlichen Bereich. Unsere Kolleginnen legen darauf besonderen Wert, da Mädchen sich oft nicht so gut durchsetzen können. Deshalb machen wir auch Kurse unter dem Schlagwort „Selbstbehauptungstraining", die auch mit Selbstverteidigung gekoppelt sind, es in allererster Linie aber um Selbstbehauptung geht. Die werden dann beispielsweise in Kooperation mit einem Frauenprojekt aus Kreuzberg durchgeführt, unabhängig davon ob die Mädchen aus Marzahn oder Lichtenberg kommen.

Versucht ihr auch durch speziell antirassistische Projekte, die Einstellungen der Jugendlichen zu beeinflussen?



Wir machen garantiert keine Ausschreibung für ein antirassistisches Jugendprojekt in Lichtenberg, die Teilnehmerzahl wäre jetzt schon klar. Aber was wir z.B. machen ist ein Stadtspiel mit Jugendlichen aus Prenzlauer Berg und Jugendlichen aus Neukölln. Dieses Stadtspiel findet dann in Kreuzberg statt. Das würde ich als antirassistische Arbeit verstehen, denn da begegnen sich die Jugendlichen aus Neukölln, die sich in fast allen Punkten sehr stark von denen aus Prenzlauer Berg unterscheiden, die man mit dem Stereotyp „rechts" bezeichnen würde. Beide Gruppen müssen Aufgaben in Kreuzberg erledigen und das ganze endet mit einer Fete an der auch Kreuzberger Jugendliche teilnehmen. Wir stimmen alle drei Gruppen im Vorfeld aufeinander ein. Das ist kein Experiment mit Menschen, sondern die sind neugierig aufeinander. So etwas ist eine ganz niedrigschwellige Form von antirassistischer Arbeit.

Welche Möglichkeiten nutzt ihr, um antirassistische Jugendarbeit zu machen?

Die Organisation von Begegnungen. Dazu zählen auch Fahrten ins Ausland. Dabei lernen sich die unterschiedlichen Kulturen kennen und es können langfristig Vorurteile abgebaut werden. Wenn wir, wie letztes Jahr, internationale Jugendbegegnungen machen, bei denen Berliner Jugendliche mit österreichischen, ungarischen, polnischen und italienischen Jugendlichen in der Türkei zusammentreffen, setzt das immens viel Potential frei. Es ist für

uns sehr wichtig Begegnungen zu ermöglichen, um Vorurteile und Feindbilder abbauen zu können.

Macht ihr auch antirassistische Arbeit innerhalb der Angebote für Mädchen oder sind rassistische Einstellungen ein vor allem männliches Problem?

Wenn von Jugendgewalt geredet wird, sind das zu 90% Jungen. Mädchen die in dieser Weise auffällig werden, sind die absolute Minderheit. Aber sie haben in der Gruppe eine enorm wichtige Funktion. Von dem Klischee der Frau, die nach der Schlacht ihrem tapferen Krieger die Wunden pflegt, bis zu den Mädchen, die ihre Jungs auffordern „aktiv" zu werden. Diese Mädchen sind für unsere Kolleginnen und auch für unsere Kollegen ganz wichtige Ansprechpartner, weil wir bei ihnen schon versuchen eine Verhaltensänderung dauerhaft durchzusetzen.

Heißt das, daß sich die antirassistische Arbeit in den Mädchengruppen auf Verhaltensänderung erstreckt?

Wir können natürlich nicht per Flugblatt eine Diskussionsveranstaltung ankündigen, das wäre Quatsch. Aber wenn wir 10 Tage mit einer Mädchengruppe eine Kanutour durch die Mecklenburgische Seenplatte anbieten, dann gibt es dabei für die Kolleginnen sehr viele Möglichkeiten mit den Mädchen über ausländerfeindliche und rassistische Grundgedanken, Ideen und Einstellungen zu diskutieren und vielleicht etwas anzuregen, was dauerhaft in einer Bewußtseinsänderung mündet. Die gesellschaftliche Hierarchie leistet meistens den rassistischen Einstellungen dadurch Vorschub, daß Angehörige von Minderheiten – speziell diejenigen, die als „Fremde" ausgegrenzt werden, untergeordnete Arbeiten und Tätigkeiten verrichten. Wie sieht das in eurem Projekt aus?

Zuerst einmal gibt es in unserem Projekt so gut wie keinen Wasserkopf, dieser besteht nämlich nur aus der Geschäftsführerin und mir. Zur Zeit arbeiten wir mit 13 Teams mit jeweils 3-4 Mitarbeitern in 13 Bezirken, die alle völlig gleichrangig sind. Wir haben eine absolute Ausgewogenheit und Gleichbehandlung von deutschen und nicht-deutschen Kollegen bei uns. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Ebenso wird die Außenvertretung



nicht von uns in der Zentrale, sondern von den Teams selbst übernommen.

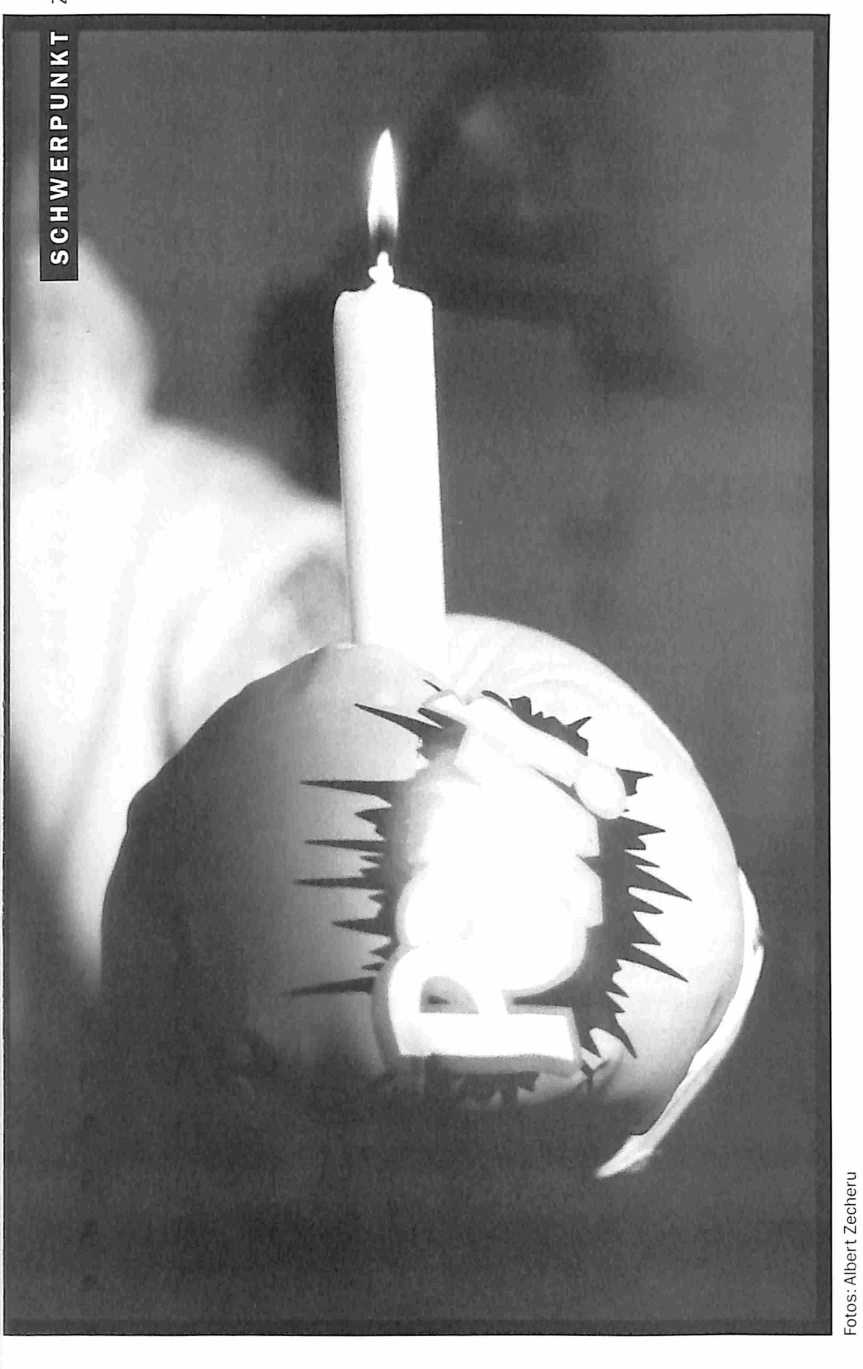
Mit Lichterketten ist nichts zu machen

ZAG: Welchen Unterschied stellst du zwischen der Arbeit in den Westbezirken Berlins und der Arbeit in einem Ostbezirk fest?

Kemal Özbaşı: In den Westbezirken arbeiten die Teams immer noch vorwiegend mit jungen Migranten aus der Türkei und den arabischen Staaten, während die Kollegen in den östlichen Bezirken überwiegend mit deutschen Jugendlichen zusammenarbeiten. Hier in Friedrichshain ist das etwas anders, deshalb bin ich auch bei Gangway der einzige Mitarbeiter mit türkischem Hintergrund, der in einem Ostbezirk arbeitet. Wir haben den Standard mindestens zu dritt in einem Team zu arbeiten. Es ist auf jedenfall ein Mann bzw. eine Frau im Team und einer spricht die Sprache der Jugendlichen, die überwiegend angesprochen werden. Hier wurde die Arbeit mit türkischsprachigen Jugendlichen plötzlich Schwerpunkt des Teams. Das hängt natürlich mit der Entwicklung der Stadt zusammen. Friedrichshain ist ein zentraler Bezirk in dem es noch genügend Wohnraum gibt. Er grenzt direkt an Kreuzberg und ist deshalb ein beliebter Zuzugsort für Migranten, die in anderen Bezirken die Mieten nicht bezahlen können. Hier prallen dann Welten aufeinander. Wir haben es hier mit Jugendlichen türkischer und auch kurdischer Ethnizität zu tun, die seit etwa 3 bis 4 Jahren in Deutschland sind. Sie sind tagtäglich mit Ablehnung konfrontiert. Die geringen Erfahrungen in den Ostbezirken im Zusammenleben mit anderen Ethnizitäten spielen dabei eine große Rolle.

Was ist für dich die Motivation in einem Ostbezirk als Straßensozialarbeiter zu arbeiten?

Für mich war das ein neuer interessanter Bereich, ich hatte mich wie sicherlich viele Immigranten dem Osten gegenüber verschlossen. Bei der Wiedervereinigung fühlte ich mich, wie viele Immigranten, ausgegrenzt, Durch die bald folgenden Anschläge -Mölln, Solingen-, war die Situation sehr angespannt. Jemandem wie mich, der sich lange Zeit dazugehörig gefühlt hatte – ich bin hier groß geworden – hat diese Wiedervereinigung sehr deutlich gemacht, daß ich nicht dazu gehöre. Durch persönliche Kontakte zu Ostberlinern änderte sich meine Haltung, der Schritt in einen östlichen Stadtteil zu gehen, war mit sehr vielen positiven Erfahrungen verbunden. In Friedrichshain steigt die Zahl der nicht-deutschen Bevölkerung stetig, sie liegt zur Zeit bei 8%. Gegenüber Kreuzberg ist das verschwindend wenig, aber hier war und ist niemand, auch nicht im Jugendbereich, darauf vorbereitet. Wenn dann die Jugendlichen, die auch aus anderen Bezirken kamen, in eine Einrichtung gingen, konnten sie dort auch Eindruck gegenüber den Kollegen und Kolleginnen schinden. Das war bis letztes Jahr auch immer wieder Anlaß für Konflikte, auch gewalttätige Konflikte, zwischen deutschen und nicht-deutschen Jugendlichen.



Fotos: Albert Zecheru

Die Jugendclubs waren in der DDR die Wohnzimmer der deutschen Jugendlichen. Mit der Wiedervereinigung hat sich das alles verändert und jetzt kamen auch noch die türkischen und kurdischen Jugendlichen, mit denen man überhaupt nicht gerechnet hatte. Die Konflikte beruhen hauptsächlich darauf, daß man sich nicht kennt und daß die Bereitschaft, den anderen zu nehmen wie er ist und ihn verstehen zu wollen, gering ist und die Sprachbarrieren sehr hoch sind. Mein Arbeitsfeld in den letzten Monaten war deshalb auch vor allem die Vermittlung zwischen türkischen, kurdischen und deutschen Jugendlichen.

Das hört sich ähnlich wie multikulturelle Ansätze an, die den Rassismus als ein Verständigungsproblem sehen und der Meinung sind, daß er verschwindet, wenn gesehen wird, daß die Immigranten eine wunderschöne Kultur und Folklore haben.

Nein, nein! Es gibt in Deutschland – und so empfinde ich das auch persönlich – ein Agreement der politischen Parteien und der Gesellschaft, daß Deutschland „deutsch" ist. Man kann auch überall sehen, daß die deutsche Staatsbürgerschaft, die man irgendwie erwerben kann, am alltäglichen Rassismus nichts ändert. Da muß sich in vielen Köpfen, vieles ändern. Am einfachsten sehe ich das bei den Jugendlichen, mit denen ich zu tun habe. Die Politik muß Signale setzen, sie muß sich dazu bekennen, daß Deutschland eine Gesellschaft ist, die aus vielen kulturellen Einflüssen zustande kommt. Es müssen Türen geöffnet werden und die kann ich nicht öffnen, die müssen von den Leuten geöffnet werden, die die Politik dieser Gesellschaft machen und sie müssen auf allen gesellschaftlichen Ebenen geöffnet werden. Momentan ist man in Deutschland dazu nicht bereit. Ich habe auch den Eindruck, daß die deutsche Politik dazu gezwungen werden muß.

Wie wurdest du von den Kollegen in den anderen Projekten aufgenommen?

Ich wurde herzlich aufgenommen. Natürlich bin ich von außen gekommen und hatte dadurch die normalen Anfangsschwierigkeiten. Ich denke, wenn an meiner Stelle ein typischer Westdeutscher gekommen wäre, wäre er mit ähnlichen Problemen konfrontiert worden.

Wurdest du für Schwierigkeiten, die es in Jugendklubs mit türkischen Jugendlichen gab, in einer Art Sippenhaft auf Grund deines türkischen Hintergrunds mitverantwortlich gemacht?

Ich vermittle auch zwischen türkischen Jugendlichen und deutschen Kolleginnen und Kollegen. Am Anfang wurde ich auch angesprochen, wenn aber eine Annäherung zwischen den Jugendlichen und den Sozialarbeitern der Einrichtungen stattgefunden hatte, konnte ich mich auch zurückziehen.
Ich mußte schon darauf achten, nicht mit dem Etikett versehen zu sein, daß ich nur für die türkischen Jugendlichen verantwortlich bin.

Gibt es Probleme unter den Mitarbeitern mit der Sichtweise, daß zum Beispiel bei Schwierigkeiten mit einem türkischen Jugendlichen, „die Türken" dafür verantwortlich gemacht werden?

Zu Anfang gab es bei einem Konflikt, der sich ausgebreitet hatte – aus einer Situation der Ohnmacht heraus – kurzfristig solche Überlegungen. Das wäre aber auch nicht gegangen, wir konnten das auch sehr schnell begreiflich machen.

Ein Kritikpunkt an der „akzeptierenden" Sozialarbeit ist, daß Sozialarbeiter rechte Jugendliche betreuen, mit ihnen ein Freizeitprogramm machen, Tischtennis spielen und so den Rahmen für die Rechten liefern, ihre Infrastruktur auszubauen. Entspricht das den Tatsachen?

Akzeptierende Sozialarbeit heißt nicht, daß wir versuchen, rechtsorientierte deutsche Jugendlichen zu akzeptieren, das heißt, daß ich genauso versuche akzeptierend zu arbeiten, wenn ich mit türkischen Jugendlichen arbeite. Diese Jugendlichen sind innerhalb der rechten Schwemme in Deutschland, das schwächste Glied und ziehen dadurch natürlich sehr leicht die Kritik auf sich. Es sollte auf jeden Fall skandalisiert werden, was in Deutschland passiert und vor allem auf der politischen Ebene passiert. Die rechten Jugendlichen mit denen wir arbeiten, sind diese Jugendlichen, soweit ich das einschätzen kann, nicht in der Form organisiert, daß sie sich am Wochenende zusammentun und konkrete Überfälle planen. Ihre Werte formulieren sie schon so, daß ihnen „deutsch sein" oder „nicht überfremdet werden" sehr wichtig sind. Das sind die einzigen Werte an die sie sich zur Zeit klammern. Ich merke aber, wenn ich da als jemand von der anderen Seite, nämlich als Sozialarbeiter, zuhöre, daß da was zu machen ist. Das geht letztendlich nur über engen Kontakt zu diesen Jugendlichen, mit dem Oberlehrerfinger erreiche ich höchstens eine Polarisierung der Situation. Daß ich den Jugendlichen akzeptiere, heißt nicht, daß ich ihm nicht widerspreche oder wo ich das kann, seine Behauptungen widerlege. Ich habe aber keine Erfahrungen mit Skinheads, die regelmäßig auf Ausländerhetze gehen, da weiß ich auch nicht, ob ich dort akzeptiert würde.

Habt ihr Kontakte zu organisierten rechten Jugendlichen?

Die Jugendlichen hier in Friedrichshain haben natürlich ihre Kommunikationsstrukturen, sie sprechen ihre Freizeit ab. Die Situation ist aber nicht so wie in Lichtenberg oder Marzahn, wo die Jugendlichen viel offensiver ihre Rechtsorientierung in der Öffentlichkeit zeigen.

Was sind deine Erfahrungen mit rechtsorientierten nicht-deutschen Jugendlichen?

Oft ist das so, daß Auseinandersetzungen oder Koalitionen verschiedener Gruppen politisiert oder auch ethnitisiert werden, von ihnen selbst, aber auch von außen. Oft stecken aber viel banalere Dinge, wie z.B. Geld, das jemand einem anderen schuldet oder die Konkurrenz um eine Frau, hinter den Konflikten. Wir haben es hier aber auch mit einer Gruppe türkischer Jugendlicher zu tun, die hier geboren sind und zweisprachig halbsprachig sind, also weder deutsch noch türkisch besonders gut können und sich rechts bzw. türkisch-national bekennen. Interessant wäre, nach welcher Identität sie streben würden, wenn man sie in die Türkei verpflanzen würde. Das Türkischsein hat hier sicherlich damit zu tun, daß sie sich abgrenzen möchten, daß sie sich benachteiligt fühlen, daß sie ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und wo auch immer recht realistisch einschätzen können – und die sehen nicht gut aus. Wir haben auch eine Gruppe kurdischer Jugendlicher für die der ethnische Konflikt in der Türkei kein Thema war. Sie wurden erst hier damit konfrontiert und bekennen sich jetzt auch kurdisch. Im Umgang mit diesen Jugendlichen muß man auch in der Wortwahl sehr vorsichtig sein, weil das schnell als Angriff auf die Persönlichkeit gewertet wird, mit den entsprechenden Konsequenzen. Für die kurdischen Jugendlichen, die erst seit 3-4 Jahren in Deutschland sind, ist der Druck die Wertvorstellungen der Eltern zu erfüllen unheimlich stark, sie sehen aber, daß das nicht geht oder daß es auch nicht das ist, was sie wollen.

Wie versucht ihr Einfluß auf rechtsorientierte Jugendliche zu nehmen?

Jugendliche sagen im Gegensatz zu Erwachsenen ihre Meinung frei heraus, sie verpacken ihre Ressentiments nicht rhetorisch geschickt, wie viele Erwachsene, so daß ich sie nicht greifen kann. Wenn Jugendliche sie aber genau benennen, dann habe ich die Möglichkeit sie anhand von vielen Beispielen, die das genaue Gegenteil ihrer Behauptung zeigen, zu widerlegen. Oft kann ich auch schon durch meine Person beweisen, daß ich nicht herumspinne, das sind natürlich Sachen die ziehen. Aber genauso zieht es natürlich auch, wenn in den Zeitungen von der TAZ bis zur Bild Pressemitteilungen veröffentlicht werden, daß bosnische Sozialbetrüger, in Deutschland wird auch immer gleich die Staatszugehörigkeit dazugeschrieben – das ist in anderen Ländern nicht so – 300.000 DM erschlichen haben. Das wird in den Köpfen der Jugendlichen natürlich dazu verarbeitet: „Als ich gestern beim Sozialamt war, da hab' ich Bosnier gesehen, die haben Tausender bekommen, solche Batzen, das ist doch unfair!" Ich sehe es natürlich auch als meine Aufgabe an, da dagegen zu halten. Das ist nicht einfach. Es ist nicht einfach gegen Vorurteile anzureden, ich habe oft das Gefühl, daß ich mir den Mund fusselig rede und daß ich nichts bewirke. Aber um so erfreulicher ist es, wenn ich das Gefühl habe, einen Aha-Effekt bei dem Jugendlichen bewirkt zu haben. Wichtig ist auch eine Perspektive. Das heißt nicht, daß jemand mit guten Chancen nicht rechtes Gedankengut verbreiten kann. Sie ist aber wichtig, um sich selbst akzeptieren zu können, denn dann fällt es auch leichter andere akzeptieren zu können. Besonders wichtig ist, daß die politische Seite skandalisiert werden muß. Wenn wie in Bayern versucht wird die Sippenhaft einzuführen, sind alle angefragt dagegen Zeichen zu setzen. Ich denke nicht, daß das mit Lichterketten zu machen ist.

Interview: Tobias Faßmeyer (ZAG)

Gangway e.V.
Rosenthaler Str. 13
10119 Berlin
030 / 283 02 30





Foto: Albert Zecheru

In erster Linie sind es Freizeitangebote

Wir führten ein Interview mit Ulrich Becker, Projektleiter für die Geschäftsstellen des Kulturrings in Berlin e.V., in Kreuzberg, Mitte und Lichtenberg. Der Verein ist der Landesverband des Kulturbund e.V., welcher zu DDR- Zeiten weitestgehend bekannt war für kulturelle Arbeit. Der Kulturring in Berlin e.V. gründete sich im März 1994 und ist ein Zusammenschluß kulturell interessierter Einzelpersonen, Gruppen und Vereine. „Die Förderung der Soziokultur, der kulturellen Jugendbildung und des Engagements der Mitglieder und der Bürger für Kultur, Kunst, Wissenschaft, Natur und Heimat" ist ein wesentliches Ziel des Vereins.

Bei dem Gespräch dabei war der derzeitige Projektmanager Rainer Grodnick. Er leitet das Projekt „Kunst-Kontakte", den Nachfolger des Projekts „interkulturelle Jugendarbeit", das von 1995-1997 in Berlin Kreuzberg stattfand.

ZAG: Was genau verstehen sie unter „kultureller Jugendbildung"? Was meinen sie mit dem Begriff Bildung in dem Zu-

sammenhang?

Becker: Wir versuchen den Jugendlichen nicht nur irgendein Angebot zu machen, so daß sie kommen können, das konsumieren und wieder nach Hause gehen. Sie sollen den Prozeß in den sie eingebunden sind auch verstehen und was mitnehmen für ihre Entwicklung.

Welche Teilprojekte bieten sie den Jugendlichen in Kreuzberg an?

Becker: Die Projekte sind abhängig von den Mitteln, die wir bewilligt bekommen. Dadurch verändert sich der Charakter der Projekte immer dann, wenn die Mitarbeiter wechseln. Und zwar dadurch, daß wir mit den Kenntnissen und Fähigkeiten der jeweiligen Mitarbeiter arbeiten müssen. Im letzten Projekt hatten wir z. B. einen professionellen Fotografen, dieses Mal ist leider keiner dabei. Hier in Kreuzberg ist es genauso. Es gab in Kreuzberg in dem Projekt „interkulturelle Jugendarbeit" (1995 - 1997) eine ganze Reihe von interessanten Teilprojekten. Dann sind unsere Mitarbeiter vom Arbeitsamt nicht verlängert worden. Die Politik war damals so, daß die Mitarbeiter nur zwei Jahre beschäftigt sein durften. Es wurde ein neues Projekt beantragt, welches nun Grodnick als Projektmanager leitet. In diesem Projekt sind mehrere der Gruppen, die 1995 aufgebaut wurden fortgeführt worden, aber leider nicht alle. Das was wir weiterführen konnten, sind Musikgruppen – also Jugendbands, z.B. an der Hector-Petersen- Oberschule und der Kiez- Oberschule. Die laufen jetzt im dritten Jahr.

Aus welchem Milieu kommen die Jugendlichen? An welche Schulen gehen sie?

Grodnick: Das ist bunt gemischt. Vom Gymnasium bis zur Grundschule ist alles dabei. Was die Milieus angeht, die sind auf das gesamte Projekt bezogen sehr heterogen, in einzelnen Gruppen aber erstaunlich homogen. Z.B sind in einer Tanzgruppe nur türkische Mädchen und ein arabisches. In den Musikgruppen dagegen finden sich Jugendliche deutscher, afrikanischer und türkischer Herkunft.

Ist das Musikteilprojekt das, was am meisten Erfolg zeigt?

Grodnick: Kommt darauf an, was man unter Erfolg versteht. Jedenfalls kann man sagen, daß die Musikbands die einzigen sind, die aus dem Vorgängerprojekt stammen und zur Zeit kontinuierlich weitergeführt werden. Das hängt zum einen mit der Motivation der Jugendlichen zusammen, die bei Pop- und Rockmusik sehr hoch ist, zum anderen damit, daß wir auch in dem neuen Projekt wieder einen sehr guten Musiker haben, der die Bands betreut.

Becker: Weil sie nach Erfolg fragen: die Musikprojekte sind die ersten die belegt sind. Vielleicht träumen die Jugendlichen davon mal groß rauszukommen. Auch hatte die „Ausstellung der Selbstporträts" einen der größten Erfolge. Die Jugendlichen haben sich gegenseitig fotografiert, mit der Videokamera gefilmt und aus ihrem Leben erzählt, wie sie nach Deutschland gekommen sind, was ihre erste Erfahrung hier war, wie sie jetzt hier leben und wie sie ihr Herkunftsland sehen. Dabei waren kurdische Jugendliche, Rumänen, Türken, Vietnamesen und Jugendliche aus anderen Ländern. Deutsche, die diese Ausstellung gesehen haben, reagierten mit Abneigung, was die Abschiebung anging. Die Austellung wurde in der Werkstatt der Kulturen, im Rathaus Kreuzberg und im Büro der Ausländerbeauftragten in der Potsdamer Straße gezeigt. Wir wollen die Austellung auch in östlichen Randbezirken zeigen, an Schulen in Hellersdorf und Marzahn, was bisher aber noch nicht geklappt hat.

Ist eine Arbeit mit Jugendlichen im künstlerischen Bereich sinnvoll im Kampf gegen Rassismus?

Grodnick: Das kann man unbedingt bejahen. Unsere Arbeit findet in einem relativ intimen Rahmen statt, indem sich die Jugendlichen freiwillig, aus Interesse an einer Sache zusammenfinden. Dieses gemeinsame Interesse und das gemeinsame Arbeiten sind die Basis, daß sich Freundschaften bilden und bestehende Vorurteile abgebaut werden können. Ergänzend über die Schule hinaus klappt das gut, weil die Jugendlichen bei uns nicht, wie in Schulen in eine Gruppe gezwungen werden.

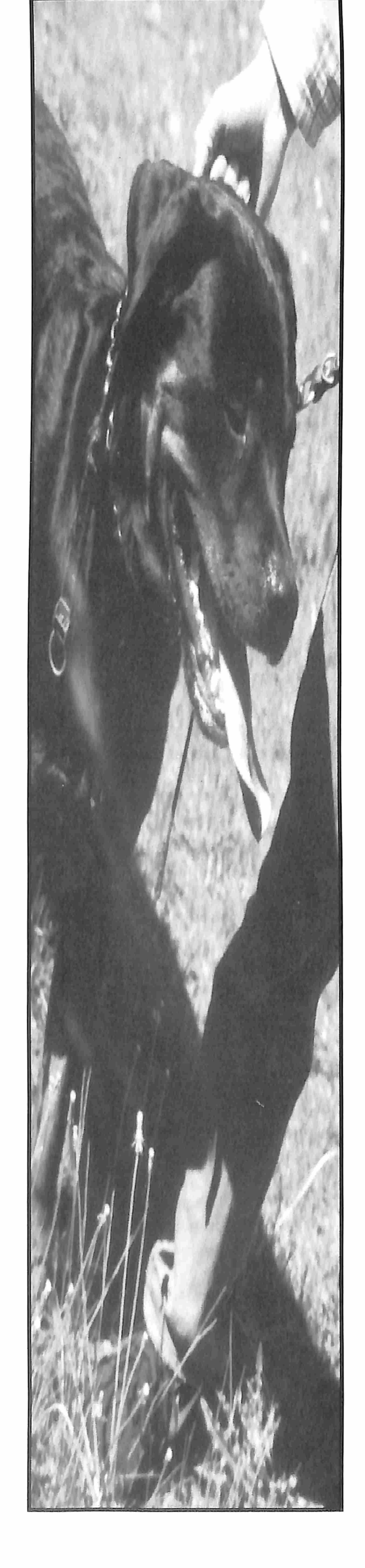
Hat sich ein kontinuierlicher Austausch zwischen Jugendlichen verschiedener Herkunftsländer durch das davorgehende Projekt entwickeln können?

Grodnick: Ja. Das kann ich für die Musikgruppen bestätigen, die sich dadurch, das sie schon länger bestehen, auch durch größere Intensität auszeichnen.
Becker: Das ist ein langwieriger Prozeß. Man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie andere Kulturen so schnell verstehen. Meiner Meinung nach ist der Freizeit und Kulturbereich fast der einzige Bereich, der übrig geblieben ist, wo man das versuchen kann. Wenn man den Bereich der Politik, der Wirtschaft oder der Arbeit anguckt, kann man sehen, wie dort Feindbilder aufgebaut werden, nach dem Motto: Der nimmt mir die Arbeit weg, oder so ähnlich.Da bleibt nur noch der Freizeitbereich, wo man gemeinsamen Interessen nachkommen kann, wenn man ein Ziel hat. Durch die gemeinsame Tätigkeit kann. Das ist das Ziel der Arbeit hier im Kulturring.

Also geht es darum den Jugendlichen ein Freizeitangebot anzubieten, oder gibt es auch noch einen politischen Anspruch?

Becker: Es geht um Beides würde ich sagen. Aber wir haben nicht ein politisches Ziel, dem wir alles unterordnen würden, was wir ins Leben rufen. Trotzdem haben wir ein Ziel, nämlich Toleranz und Verständnis zwischen den Kulturen die in Deutschland leben herbeizuführen. In erster Linie jedoch sind es Freizeitangebote.

Anke Kopek (ZAG)



Liz Fekete

Sollen sie doch Kuchen essen

Mit dem Anwachsen des Rechtsextremismus in Europa wächst bei SozialarbeiterInnen und PolitikerInnen das Interesse an Lösungen, wobei der Jugendarbeit eine besondere Bedeutung zukommt. Hier lassen sich zwei große Tendenzen unterscheiden: Besonders in Ostdeutschland werden rechtsextreme Jugendliche als wirtschaftliche Opfer einer zu raschen Entwicklung gesehen. Dem soll durch das Bereitstellen von Resourcen für die benachteiligten Jugendlichen, besonders Jugendklubs und Freizeitmöglichkeiten, entgegengewirkt werden. Andere halten Identitätsprobleme für den Ursprung rassistischen Verhaltens. Dementsprechend werden Antirassistisches Training für Neonazis angeboten (z.B. in Ostdeutschland) oder Versuche unternommen, eine positive Männlichkeit und einen positiven Nationalismus aufzubauen, so z.B. in Schweden.[1]
Im folgenden Artikel befaßt sich Liz Fekete mit einem wichtigen britischen Vertreter dieser Position, der auch vielen ZAG-LeserInnen durch Titel wie z.B. „Verbotene Spiele" bekannt sein dürfte: Phil Cohen.

In Großbritannien gab es unter den Akademikern die Tendenz, in die Arena der Sozialarbeit abzusteigen und dort Jugendlichen einen Aktionsrahmen anzubieten, dessen Basis nicht die Idee der ökonomischen Bedürftigkeit sondern die der kulturellen Entfremdung bildete. In der Arbeit des Centre of New Ethnicities Research hat dieser Ansatz seinen absoluten Höhepunkt erreicht. Dabei wird der Rassismus der weißen Arbeiterklasse in bezug zur Identitätskrise der weißen Arbeiterjugend gesetzt und zu deren Unfähigkeit, sich den komplexen Herausforderungen der postmodernen Zeiten anzupassen. Das läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Zur Hölle mit dem Brot, laßt sie Kuchen essen. Phil Cohen bezeichnet sich selbst als einen Antirassisten, allerdings einen, der allen althergebrachten Denkweisen kritisch gegenüber steht. Er ist zugleich ein Pionier im Entwickeln neuer Ansätze im Umgang mit dem Rassismus weißer Jugendlicher der Arbeiterklasse, wobei diesen eine (rekonstruierte) weiße Identität angeboten werden soll. Was denkt Cohen nun aber wirklich über die weißen Jugendlichen der Arbeiterklasse, für die er sich so engagiert? Und wie sieht er die Geschichte der Arbeiter und der Kultur der Arbeiterklasse? Wenn er tatsächlich daran interessiert ist, den Kindern der weißen Arbeiterklasse ein Gefühl von Identität zu vermitteln, dann wäre es ein naheliegender Ausgangspunkt, sich mit der reichen Tradition von Kämpfen der Arbeiterklasse im East End von London auseinanderzusetzen, zumal Cohen dort den größten Teil seiner Feldstudien durchgeführt hat. Schließlich ist dies eine Gegend, die einige der zerstörerischsten Auswirkungen der Industrialisierung erfahren hat – Armut, Umweltverschmutzung, schlechte hygienische Bedingungen, Kindersterblichkeit und eine geringe Lebenserwartung. Aber es ist auch eine Gegend, wo die Arbeiter dafür gekämpft haben, diese Bedingungen zu ändern,von den ersten großen Streiks der Hafenarbeiter für die Docker's tanner[2] über die Gründung von einigen der stärksten Zweige der Independent Labour Party und der Social Democratic Federation bis hin zur Wahl von Keir Hardie in West Ham, dem ersten Abgeordneten der Arbeiterklasse im britischen Parlament. Wenn Cohen zunächst diese positiven Aspekte der Geschichte eingeführt hätte, hätte er eine bessere Ausgangsbasis dafür gehabt zu diskutieren, wie Hurrapatriotismus, gegen ImmigrantInnen gerichtete Themen und Rassismus in der Arbeiterbewegung Fuß fassen und ihre besten Traditionen korrumpieren konnten. Aber in Cohens Schriften finden die Kämpfe der Arbeiterklasse kaum Erwähnung. Vielmehr wird die Arbeitergeschichte paternalistisch als die „cholerischste und zersplittertste aller Bestien“[3] beschrieben. Und Northside primary school, die Schule, wo Cohen den Großteil seiner Studien durchgeführt hat, wird dafür verhöhnt, absichtlich zu versuchen, ein „imaginäres Gefühl für die Gemeinschaft der Arbeiterklasse“[4] aufrecht zu erhalten.

Eine negative Geschichte der Arbeiter

Cohen beschreibt politische Zusammenschlüsse der Arbeiterklasse als eine von Grund auf negative Sache – ein Nebenprodukt der psychologischen und emotionalen Schwächen, die zu Beginn des Industriezeitalters in der Psyche der Arbeiterklasse verankert wurden. Die manuelle Arbeit war so erniedrigend und das häusliche Leben so entmannend (aber Moment mal – haben nicht auch Frauen und Kinder in den Fabriken gearbeitet und andere körperlich anstrengende Arbeiten ausgeführt?), daß die Männer sich von ihren eigenen Körpern entfremdeten. Die Entfremdung ihrerseits rief ein kompensatorisches Verlangen nach einer „imaginierten Gemeinschaft der Arbeiterschaft“ hervor, einer projezierten Körperschaft, in die die Männer ihre verlagerten Gefühle investieren und „Erlösung“ „von den Mühen der Arbeit“ finden konnten. Daher spricht Cohen von den zwei Körpern der Arbeiter: dem „sterblichen“ und dem „erhabenen“. Der sterbliche ist eine so erniedrigende Realität, daß nur in der „imaginierten Gemeinschaft der Arbeiterschaft“[5] Sublimierung möglich ist. Jemand sollte Cohen mal stecken, daß körperliche Arbeit an und für sich nicht erniedrigend ist, die Bedingungen, die mit der Ausbeutung von Arbeit verknüpft sind, hingegen sehr wohl. Und es sind gerade diese Bedingungen und diese Ausbeutung, die die Menschen der Arbeiterklasse durch den Zusammenschluß in Gewerkschaften zu überwinden versuchten. Aber Wörter wie „Ausbeutung“ fehlen in Cohens Vokabular (dem würde zu sehr der Geruch der Linken alten Stils anhängen, die Cohen so verachtet.) Aber auch Gewerkschaften finden bei Cohen keine Erwähnung. Aber diese verbergen sich wohl hinter seiner „imaginierten Gemeinschaft der Arbeiterschaft“, die durch das Erfinden einer Reihe von Bräuchen, Ritualen und Traditionen ins Leben gerufen wird, in die der einzelne eingeweiht wird, wobei zugleich die Reihen gegenüber allen, die versuchen, in diesen Habitus der Arbeit einzutreten, geschlossen werden.

Geschichte ist out

Die Arbeitergeschichte ist nicht das einzige, wovon Cohen sich befreien will. Er möchte auch die Geschichte des britischen Rassismus aus ihrem Zusammenhang reißen, indem er sie losgelöst von der des Kolonialismus betrachtet – denn weiße Jugendliche würden so einen Ansatz als „ein Überschütten mit historischer Schuld“ betrachten, also als „ein machtvolles Mittel, das es den Angehörigen der ethnischen Minderheiten ermöglicht, die Angehörigen der gesellschaftlichen Mehrheit politisch unter Druck zu setzen“[6]. In ähnlicher Weise benutzt er die Ansichten weißer Jugendlicher, um disziplinarische Maßnahmen gegen rassistisches Verhalten zu kritisieren, denn weiße Jugendliche kommen dazu, Anti-Rassismus als Teil der „zivilisierenden Mission“ der Schulen zu verachten. Dabei streicht er die Opfer des Rassismus ganz und gar aus seiner Gleichung – und – um seine eigene Metaphorik zu benutzen – entkräftet/entmannt die Anti-Rassisten. Cohen wird deutlicher, wenn es darum geht, Versuche zu attackieren, Rassismus mit der europäischen Geschichte in Verbindung zu bringen,, die er als von ideologischen Imperativen getrieben ansieht. (Er spricht in diesem Zusammenhang abschätzig von einer „Teleologie[7] der Unterdrückten“, die „den Spielraum für die pädagogische Anwendung drastisch einengt.“ [8]) Einer von Cohens Tricks besteht im

Aufrichten imaginärer Drachen, die er anschließend mutig erlegen kann. Antirassismus in reduktionistischen Begriffen zu beschreiben ist ein solcher Trick. So greift er ein „einfältiges Modell europäischer Hegemonie" an, das die Geschichte des Rassismus reduziert auf eine „Geschichte, in der weiße Europäer schwarze Nicht-Europäer aufgrund ihrer Hautfarbe unterdrücken: Weiße sind an und für sich rassistisch und ein schwarzer Europäer ist schon dem Begriff nach ein Widerspruch."[9] Dabei ist das gar nicht das, was Anti-Rassismus beabsichtigt – es geht hingegen darum zu versuchen, europäische Geschichte aus anderen Perspektiven und nicht nur der europäischen allein darzustellen.

Die Dekonstruktion der Männlichkeit ist „in"

Wohin führt uns Cohens Ansatz? Als LehrerInnen, JugendarbeiterInnen und AntirassistInnen werden wir vor Methoden gewarnt, in denen Rassismus mit Geschichte in Verbindung gebracht wird. Und wenn es um die Geschichte der Arbeiter geht, stellt Cohen diese so dar, daß die Kämpfe der Arbeiterklasse bestenfalls als die schwächlichen Versuche der Arbeiter, ihre eigene Unterwerfung zu verleugnen, gesehen werden. Wo sollen wir jetzt also anfangen? Die Antwort ist ganz offensichtlich: Mit der Konstruktion von Männlichkeit. Cohen argumentiert, daß die Arbeiterbewegung immer ein maskulines Projekt war. Der erhabene Körper der Arbeit war für die

"OH LOOK DEAR, THAT'S INTERESTING, IT'S THE HIDDEN ARMATURE OF THE PHALLOCENTRIC BODY POLITIC, STIFFENING IT'S RESOLVE AGAINST OUTSIDE INTERFERENCE, ERECTING DEFENCES AGAINST THE FORCES OF DECADENCE WITHIN.."

(sinngemäß): „KAMELTREIBER RAUS"
Oh, sieh mal mein Lieber, das ist interessant, das ist der versteckte Anker einer phalluszentristischen (Staats)körperpolitik, die ihren Willen gegen Beeinflussung von außen versteift und Schutz gegen dekadente Kräfte aufrichtet!

Männer der Arbeiterklasse wie ein zweiter Mutterschoß, den die Arbeiter vor von außen einwirkenden Kräften schützen mußten. Jedes Eindringen von außen wurde als einen Angriff auf den mütterlichen Körper gesehen. Nationalismus der weißen Arbeiterklasse steht auch in Verbindung mit der Konstruktion von Männlichkeit. Und hier kommen Cohens Schriften zu neuen possenhaften/phallischen Höhepunkten. Die Arbeiter sahen sich schließlich als Rückgrat der Nation, schreibt er, aber sie maskulinisierten die Nation, so daß die Arbeiter selbst zum „versteckten Anker einer phallozentrischen (Staats)Körperpolitik wurden, indem sie ihren Willen gegen Beeinflussung von außen versteiften und einen Schutz gegen dekadente Kräfte im Inneren aufrichteten."[10] (Diese Fußnote zu lesen lohnt sich, da das Original vor Doppeldeutigkeiten stotzt, IG)

Die Männlichkeit in der Krise

Doch wir leben in postmodernen Zeiten. Und wir bewegen uns jetzt von der Konstruktion der Männlichkeit der weißen Arbeiterklasse zu ihrer Krise. Der Habitus der Arbeit ist nunmehr rationalisiert worden und die post-fordistischen Arbeitsweisen nehmen den Körper nicht mehr in einem Prozeß offensichtlicher Erniedrigung in Anspruch. Die Jugendarbeitslosigkeit bringt die althergebrachte Praxis einer Lehrzeit, wie sie Arbeiter traditionellerweise durchliefen, zum Verschwinden. Alles, was der weißen Arbeiterklasse übrig bleibt, sind der Lokalpatriotismus und der weiße, männliche Territorialismus. Territorialismus war schon immer maskulin, aber was Männer verteidigen, wenn sie ihr Territorium verteidigen, ist – wir können es unschwer erraten – der Körper ihrer Mutter. Folglich „werden die derzeitigen Erfahrungen der Männlichkeit der Arbeiterklasse allzu leicht durch eine Kultur des Rassismus artikuliert".[11] (Laß es die Schwarzen nicht mit deiner Mutter treiben, oder wie?) Dies alles hat in Gefühlen von Verlassenheit, Exil, Verlust seinen Ursprung, in denen „das Muster unserer ersten Beziehungen zur Mutterbrust"[12] widerhallt (Gluckgluck! oder sollten wir lieber sagen: Rülps!)

Therapie für weiße Jungen

Dies führt uns zur Frage der Lösungen. Nachdem er uns auf diese qualvolle gedankliche Reise mitgenommen hat, weiß Cohen tatsächlich herzlich wenig darüber zu sagen, was er uns anzubieten hat. Da die weißen Jugendlichen der Arbeiterklasse ganz klar immer noch im Kindergarten der menschlichen Entwicklung stecken, ist Anti-Rassimus out. Aber Psychoanalyse ist in. Cohen ist der außerordentliche Psychotherapeut, der Freuds Begriff des Familienromans[12a] und „Lacansche und post-Kleinsche[13] Perspektiven" integriert. Sein Angriff auf den Anti-Rassismus hat, dementsprechend, zuvorderst das Ziel, sein eigenes Projekt voranzutreiben, nämlich die Kombination aus psychoanalytischer Theorie und (concern) Anliegen der Geschichte der Arbeiter. Er stellt demzufolge fest, daß sein Interesse dem latenten Rassismus gilt, weniger dem manifesten, daß er das Unbewußte erforschen möchte, um den Einfluß des Rassismus auf die Imagination des Kindes in den Griff zu bekommen. Natürlich ist die weiße Arbeiterklasse intellektuell und emotional zu verkümmert, als daß sie selbst die Mechanismen ihres eigenen Unterbewußten verstehen könnten. Was sie brauchen ist ein akademischer Seelenklempner, der entschlüsselt, was vergraben war und seit Generationen auf mysteriöse Weise immer weiter gegeben wurde.

Die neuen Missionare

Cohen ist nicht tatsächlich am Rassismus interessiert, sondern an Identität, und sein Interesse an der Identität der weißen Arbeiterklasse besteht darin, sie nach seinem Bilde, seiner Vorstellung umzuformen – denn, so wie die Dinge liegen, ist diese Identität angesichts der modernen Zeiten, wo überall um uns herum „neue Ethnizitäten" hervorschießen, eine viel zu simplizistische. Cohens Therapie stützt sich darauf, „einen Dialog zwischen den zwei Körpern der Arbeiterklasse" anzuregen, dem erhabenen und dem sterblichen, jedoch „außerhalb der Fixierung im Rassendualismus".[14] Nach Cohen besteht das Problem der Jungs der weißen Arbeiterklasse darin, daß sie die schöne neue postmoderne Welt noch nicht geentert haben, wo das protestantische Arbeitsethos durch das Lustprinzip der Konsumgesellschaft und das globale Patchwork der Stile ersetzt worden ist. Weiße Jungen haben es noch nicht gelernt, „Identitäten auszuhandeln".[15] So bleibt es also Cohen überlassen, sie in das gelobte Land zu führen. Denn wenn er auch nicht gerade der neue Messias ist, so sind Cohen und seine Anhänger doch durch und durch moderne Missionare, nur daß der Dschungel diesmal nicht der schwarze Dschungel Afrikas, sondern der weiße in Londons East End ist.

Übersetzung: Irmgard Geyer

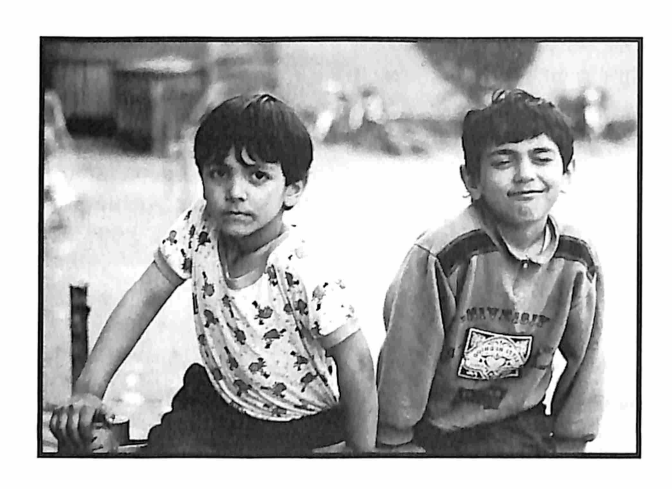
1 Mats Deland: „The cultural Racism of Sweden". In: „Europe: the wages of Racism", Liz Fekete (Hg.) (Race & Class, Vol 39, 1/1997)
2 Britischer Slang: „sixpence", was einem Groschen nahe kommt.
3 Phil Cohen: „Beyond the community romance". In: „Soundings." 5/1997, S. 47.
4 Phil Cohen:„Laboring under Whiteness". In: „Displacing Whiteness: essays in social and cultural criticism." Ruth Frankenberg (Hg.), Duke University Press. 1997, S. 259.
5 ebd. S. 250-51.
6 Phil Cohen: „Monstrous Images, Perverse Reasons. Cultural studies in anti-racist education. Centre for Multicultural Education Working Paper Nr.1, S. 26.
7 Lehre, daß die Entwicklung von vornherein zweckmäßig und zielgerichtet angelegt sei.
8 „Monstrous Images", op.cit. S. 26.
9 „Laboring under Whiteness", op. cit. S. 245.
10 „Laboring under Whiteness", op.cit. S. 248. Das originale Zitat strotzt vor sexuellen Anspielungen:„the hidden armature of a phallocentric body politic, stiffening its resolve against outside interference, erecting defences against forces of decadence within".
11 „Monstrous Images", op.cit.S. 11.
12 „Beyond the community romance", op.cit. S. 46.
12a Danach haben 6-10-jährige Kinder die Vorstelllung, daß ihre Eltern nicht die eigenen Eltern seien, sondern sie adoptiert oder gestohlen hätten.
13 Melanie Klein ist Psychoanalytikerin Freudscher Schule.
14 „Laboring under Whiteness", op.cit. S. 275.
15 „Monstrous Images", op.cit.S. 16.



Fotos: Albert Zecheru

Centre of New Ethnicities Research

Das Zentrum wurde 1992 als Anhängsel der University of East London gegründet. Es publiziert Monographien, Unterrichtseinheiten auf Video, Arbeitspapiere, Forschungsberichte und Unterrichtsmaterialien und organisiert Konferenzen und Seminare, die ein Teil der Antwort der Universität auf „die intellektuellen Entwicklungen im Bereich von Rasse und Ethnizität" sind. Neben den festen MitarbeiterInnen rühmt sich das Institut seiner zahlreichen, assoziierten, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, nicht nur in GB, sondern überall in Europa, den USA und in Australien. Der Leiter des Zentrums, Phil Cohen, hat Forschungsprojekte zum Thema Kulturen des Rassismus bei Jugendlichen in Vierteln der Arbeiterklasse durchgeführt und z.T. auch Feldstudien in Schulen im Londoner East End betrieben.



Ik ben anders heel gewoon

Antirassismus-Projekte mit Jugendlichen in den Niederlanden

Die politischen Positionen der Antirassismus-Arbeit in Holland treten kaum in den Vordergrund. Wahrscheinlich weil diese Arbeit im allgemeinen gesellschaftlich akzeptiert ist. Das Wort Rassismus wird in Holland wenig benutzt, hauptsächlich wenn die Diskriminierung von Allochtonen[1] gemeint ist. Man spricht zum Beispiel von Rassismus, wenn die extreme Rechte agiert. Rassismus ist ein Wort, das Holländer nicht ertragen. Die Fassade, daß wir alle tolerant sind, ist uns sehr wichtig. Diskriminierung wird aber trotzdem als allgemeines Problem angesehen. So wie die Probleme beim Zusammenleben von verschiedenen Kulturen.

Der Rassismusbegriff in den Niederlanden

Ganz pragmatisch wird im allgemeinen an der Diskriminierungsbekämpfung gearbeitet. Die Diskussion, ob Weiße bereits wegen ihre kolonialen Geschichte immer rassistisch vorgeprägt sind, spielt dagegen kaum eine Rolle. Aufgrund dieses Pragmatismus und der speziellen niederländischen Konsenskultur stellt man sich aber ziemlich schnell außerhalb der gesellschaftliche Debatte, wenn man beispielsweise sagt, daß die Flüchtlingspolitik rassistisch ist. den Migranten kommt in der niederländischen Anti-Rassismus-Arbeit meiner Einschätzung nach keine besondere Rolle zu. Diskriminierung wird zwar hauptsächlich als Problem zwischen Schwarz und Weiß gesehen, aber auch andere Arten von Diskriminierung werden erkannt und bekämpft. Ich kann nur sagen, daß Migranten in der Antirassismus-Arbeit zahlenmäßig gut vertreten sind. Sogar der Migrantenchef des Innenministeriums ist ein Schwarzer. Seit kurzem ist interkulturelle Bildung ein Pflichtfach an allen holländischen Grundschulen. Darüberhinaus gibt es alle Arten von Projekten, die sich weniger offensichtlich mit dem Problem Diskriminierung und Jugendliche beschäftigen. Die Befreiung von den Deutschen zum Beispiel, wird hauptsächlich mit Popfestivals gefeiert, zu denen jeweils mehrere zehntausend Jugendliche kommen. Darüber hinaus gibt es noch zahlreiche andere Projekte. Viele Schulen, Jugendzentren und Jugendorganisationen sind im antirassistischen Bereich tätig. Auf die Antirassismus-Arbeit wird ein ziemlich großer Stellenwert gelegt. Die institutionalisierten Initiativen werden von allen Parteien unterstützt, wobei sich die meisten linken und auch einige liberale Politiker auf diese Art in erster Linie profilieren wollen. So gibt es immer Parteiführer und Minister bei der alljährlichen, landesweiten Antirassismusdemonstration am 21. März, an denen eben auch der oftmals als rassistisch bezeichnete Führer der Rechtsliberalen teilnimmt.

Projekte

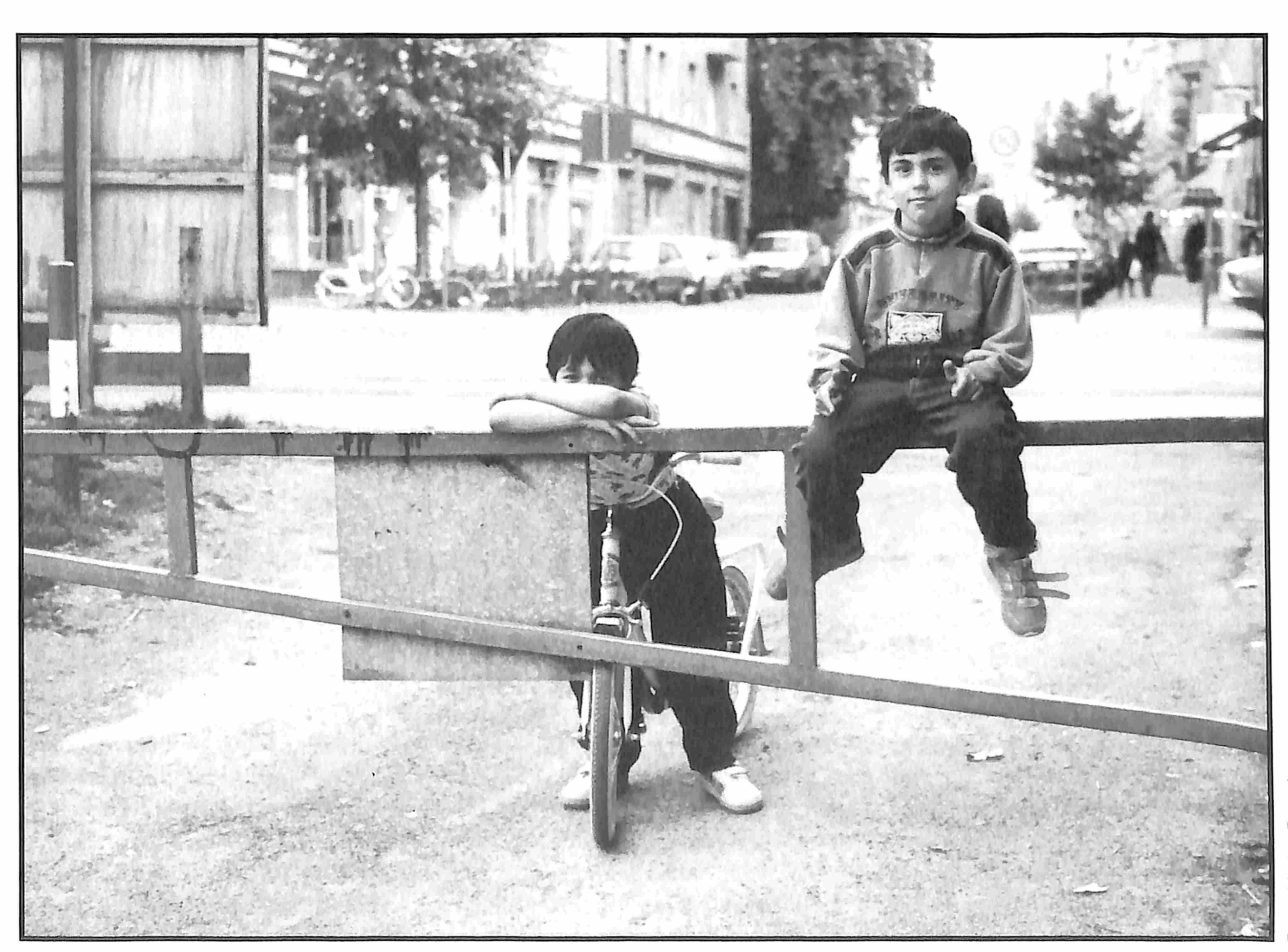
„Schule ohne Rassismus“ (SOR) ist hauptsächlich auf Sekundarschulen (12 – 18 Jahre) ausgerichtet. Die Idee ist, daß die Schüler selbst Aktionen gegen Rassismus machen. Nach einigen solchen Aktionen sammeln sie

Unterschriften. Wenn mehr als 70% der Schüler und des Personals die Ausgangspunkte des SOR unterstützen wird der Ehrenname und das Schild „Schule ohne Rassismus“ verliehen. Danach sollen die Schüler die Beschäftigung mit dem Thema möglichst fortsetzen und wenigstens einmal im Jahr eine Aktion machen, um das Schild zu behalten. Ich habe das Projekt selbst unterstützt und war zufrieden damit. Die Hauptsache ist, daß die Schüler selber was machen und nicht nur in den `Bürgerschaftskunde´-Stunden zuhören, wie das meistens mit gesellschaftlichen Fragen passiert. Weil Schüler selbst das Projekt tragen, wird das Klima an einer Schule wesentlich verändert. Eine Kritik auf SOR, die ich öfters höre, ist, daß das Projekt zu wenig politisch sei, daß es nur gegen den bösen Rassismus und für Multikultur sei. Teilweise stimmt diese Kritik. Aber die Schüler die mitmachen, werden, wenn es sich um Antirassismus handelt, schätzungsweise zu 90 Prozent nur von diesem Projekt erreicht. Für radikalere Inhalte sind sie ohnehin noch nicht empfänglich. Aber so etwas kann durchaus wachsen. Ich selber habe mich sehr gefreut, wenn einige „unpolitische“ Jugendliche zu der Überzeugung kommen, daß unsere Asylpolitik „ja auch Rassismus“ sei. SOR wird unterstützt von einer Europakoordination in Holland und hat auch Stützpunkte in anderen Ländern. Für Deutschland ist das die Aktion Courage. Aber die Unterstützung ist meistens nicht besonders groß, da die Büromitarbeiter in Holland meist nur wenig Zeit haben. Übrigens ist die offizielle Meinung der Europakoordination, daß die Schüler sie von selber erreichen müssen. Ich bin der Meinung, daß es nicht schadet, die Schüler über das Projekt zu informieren. Auf diese Weise kommen mehr Schulen zu den Projekt und das immer noch, ohne daß wir Druck ausüben. Wovon ich wirklich begeistert bin, ist ein Projekt für die Grundschulen (4 – 12 Jahre). Der Name des Projektes „Ik ben anders heel gewoon“ ist nicht direkt übersetzbar und bedeutet in etwa, daß Anderssein ganz Normal ist. Das Projekt besteht aus Hunderten von Lektionen, einige Spielen, Musik, und vielen anderen Dingen. Das ganze Material ist dafür geeignet, es als Lektion für den normalen Unterricht zu benutzen. Das Material ist in drei Gruppen eingeteilt. Für die Kinder die noch nicht gut lesen können, für das mittlere Alter und für die Ältesten. Bei den Jüngsten fängt es an mit anderer Haarfarbe, Brillen und einfachen Sachen, die anders sind. Da lernen sie daß Alle anders sind. Bei den 11/12-jährigen wird dann auch erklärt, was Diskriminierung und Rassismus ist. Außerdem lernen die SchülerInnen, was sie dagegen machen können. `Ik ben anders heel gewoon´ ist auch von den Schulen sehr positiv aufgenommen worden.

Boudewijn Kaptein (RADAR, Rotterdam)

1 zugewanderte Minderheiten

Europakoordination Schule ohne Rassismus in Holland: home.pi.net/~migranti Aktion Courage – Koordination Schule ohne Rassismus in Deutschland: members.aol.com/akcourage/Schule-Ohne-Rassismus/Uebersicht.htm



Fotos: Mathis Beutel

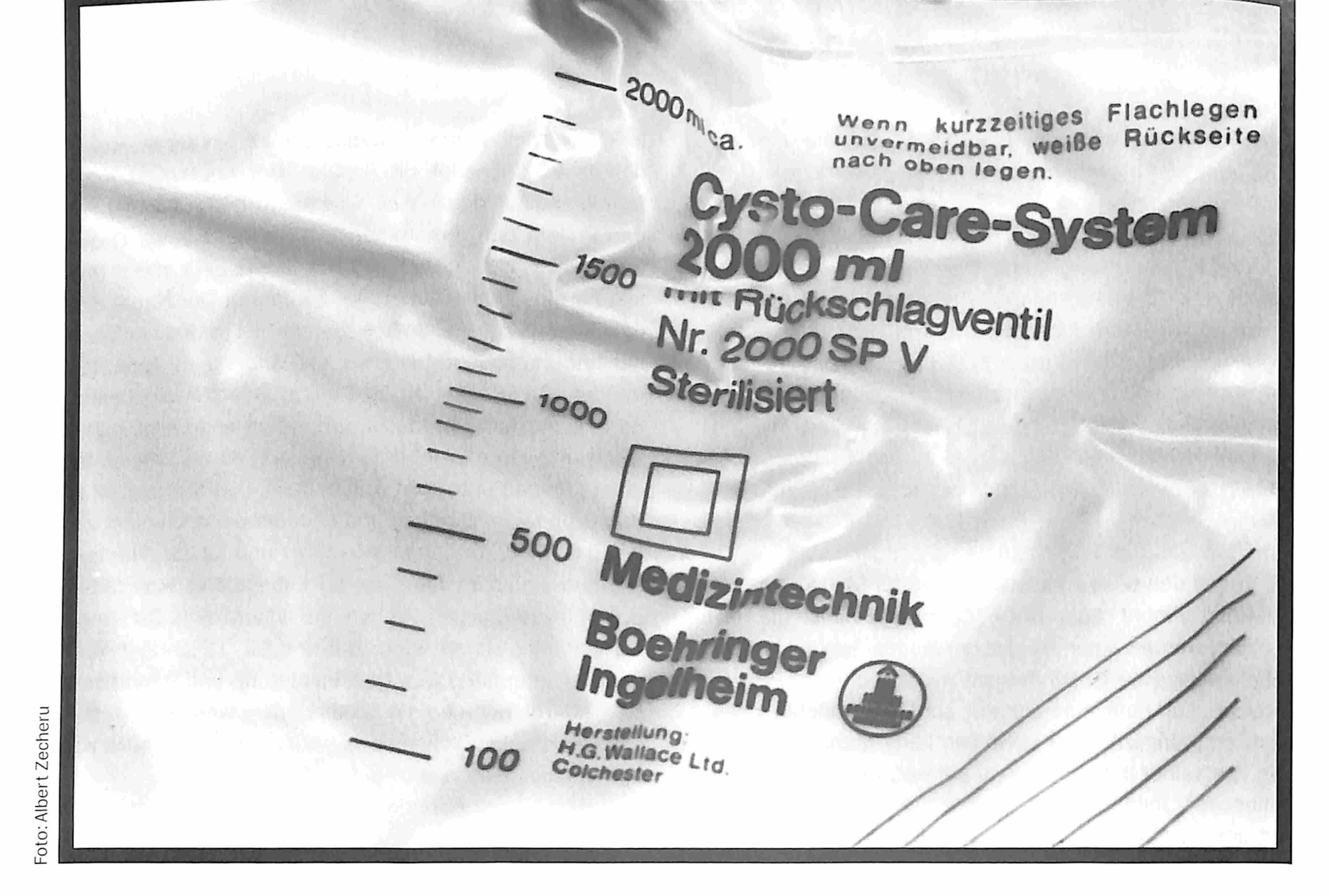


Foto: Albert Zecheru

Öffentlich oder nicht

Zum Umgang mit dem offensiv öffentlichen Arbeiten in antirassistischen Unterstützungsgruppen

Das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin antwortet auf den Artikel in der ZAG Nr. 25

Der damalige Artikel erweckt den Eindruck, als würde das Büro uneingeschränkt einen offensiven und öffentlichen Umgang mit seiner Arbeit propagieren und das als einzige Strategie vertreten. Das entspricht jedoch nicht unserem Selbstverständnis und unserer Praxis. In der Flüchtlingsunterstützungsszene gibt es dazu sehr unterschiedliche Positionen: Die MarburgerInnen, die mit ihrem Zufluchtsmodell ganz offensiv in die Öffentlichkeit gegangen sind (s. Antirassistischer Rundbrief Nr. 28, Jan. 97). Andere, die so heimlich damit umgehen, daß nur wenige von ihrer wichtigen Arbeit erfahren, und die ihre Position auch nicht öffentlich zur Diskussion stellen ... Wir möchten deshalb eine Auseinandersetzung über den Umgang mit dem „Offen" innerhalb antirassistischer Gruppen anregen und hoffen auf Antworten. Innerhalb der Entstehungsgeschichte des Büros nahm das Problem des „Öffentlich vs. Nicht-Öffentlich" oder „Was soll wie öffentlich sein?", einen breiten Raum ein. Die Diskussionen darum waren oft zäh, aber für unser Selbstverständnis sehr wichtig. Bis dato gab es kein ähnliches Projekt, das wir uns als Beispiel hätten nehmen können. Es existierten zu der Zeit in nur ein oder zwei anderen, kleineren Städten UnterstützerInnengruppen, die jedoch eher informell eine Gesundheitsversorgung anboten. Die Situation in Berlin ist nicht zu vergleichen mit anderen Städten. Als Großstadt erleichtert sie es illegalisierten Flüchtlingen, sich unauffälliger zu bewegen. Sie ist somit Anziehungspunkt für viele rechtlose Flüchtlinge und liegt in relativer Nähe zu den Grenzen. Es war vorauszusehen, daß die Zahl Illegalisierter steigen und nicht alle Kontakt finden würden zu der UnterstützerInnenszene. An ihnen würde eine Mund-zu-Mund-Propaganda vorbeigehen. Das sprach für ein öffentliches Werben für das Büro bei Beratungsstellen und an Treffpunkten von Flüchtlingen. Gegen eine öffentliche Bekanntmachung des Büros und einen allgemein zugänglichen Beratungsraum spricht die Gefährdung sowohl der Flüchtlinge als auch der UnterstützerInnen und deren Strukturen. Die „Gefährdung" ist ein komplexes Problem: Sie hat schon immer entweder zu gar keinen – weil mann/frau sich einig war – oder zu erhitzten Debatten geführt. Früher, in den 80ern, war die autonome Szene sich meistens einig und agierte hauptsächlich im Verborgenen. Das gab ihr den Hauch von „ganz subversiv". Sie hat sich selbst ihren Mythos geschaffen und manche hängen ihm immer noch nach. Ende der 80er dann, als das vermeintlich heimliche Treffen einiger Frauen im Hinterzimmer einer Hamburger Kneipe zum anschlagsrelevanten Thema Bevölkerungspolitik und Gen- & Reproduktionstechnologien, zur Be-

gründung für Observationen, Razzien und §129a Verfahren herangezogen wurde, sahen dann manche in dem „ganz öffentlich" einen Schutz vor Repressionen. Allerdings – und hier kommen wir zu dem entscheidenden Unterschied – ging es bei den Gefährdeten um mit den allgemeinen Bürgerrechten ausgestattete AkteurInnen. Damals bot oder jetzt – im Fall des Büros für medizinische Flüchtlingshilfe – bietet uns weniger Heimlichtuerei u. U. den Schutz einer humanistisch liberalen demokratischen Öffentlichkeit. Und – wir können das Risiko für uns bewußt eingehen. Illegalisierte haben diese Wahl nicht. Jeder Aufenthalt im öffentlichen Raum birgt das Risiko, „entdeckt" zu werden und im Abschiebeknast zu enden. So auch ein Besuch unseres Büros, das sein Angebot speziell an sie richtet und bekannt dafür ist. Der von UnterstützerInnen geäußerte (und berechtigte) Hinweis auf die Gefährdung von Flüchtlingen, kann aber auch ein moralisches Totschlagargument sein, das uns im Stillstand verharren läßt und uns von aktivem Handeln abhält. Und es entmündigt die Flüchtlinge: Wollen wir für sie entscheiden, was für sie zumutbar oder besser ist? Trauen wir ihnen nicht zu, selbst für sich zu entscheiden und die potentiellen Risiken einzuschätzen? Das Problem der Gefährdung durch Öffentlich-Sein ist nicht leicht zu lösen und bedarf gegebenenfalls immer einer neuen Überprüfung, spätestens dann, wenn sich die Verhältnisse weiter zuspitzen sollten. So oder so bleibt es ein Dilemma, einerseits Flüchtlinge erreichen zu wollen, die nicht über spezielle informelle Beziehungen verfügen, sie aber andererseits auch durch einen öffentlich bekannten und zugänglichen Ort gefährden zu können. Wir haben eine Lösung gesucht, die beides zu berücksichtigen versucht: maximale Sicherheit und maximale Öffentlichkeit – soweit es möglich ist. Für unser Büro haben wir einen Ort gewählt, den viele unterschiedliche Menschen aufsuchen und der es MigrantInnen ermöglicht, sich unauffällig zu bewegen. Außerdem bietet der Mehringhof von seiner Geschichte her eine Struktur, die ein solidarisches Eingreifen bei Gefährdung erwarten läßt. Aber wir wollen nicht sagen, daß unser Konzept von Öffentlichkeit Allgemeingültigkeit hat. Was andere Gruppen für sich in anderen Städten beschließen, kann etwas ganz anderes sein. Orientieren sollten sie sich immer daran, was es generell in ihrer Stadt an Solidaritätsstrukturen gibt, wie ihr Projekt in andere eingebettet ist oder welches politische Kräfteverhältnis besteht. Und es wird immer spezielle Formen von Unterstützungsarbeit geben, die im Verborgenen bleiben müssen, d.h. öffentlich arbeitende Gruppen sollen und können verborgene Strukturen nicht ersetzen. Grundsätzlich glauben wir auch nicht, daß mehr Öffentlichkeit mehr Schutz vor Kriminalisierung oder Ausweisung bietet. Vielmehr meinen wir, daß sowas immer abhängig ist von dem politischen Kalkül derjenigen, die gerade das Sagen haben. Ein humanistisches Projekt, das ihnen nicht sonderlich auf die Füße tritt, ansonsten aber eine Versorgung anbietet, die sie erfüllen müßten, wenn sie sich nicht dem Vorwurf der Menschenrechtsverachtung aussetzen wollten, warum sollten sie das beenden? Barbara John, Berliner Ausländerbeauftragte und Vorreiterin der erneut angestrebten Einschränkung des Asylbewerberleistungsgesetz, beruft sich auf uns, wenn es um die fehlende/mangelnde Gesundheitsversorgung von Illegalisierten geht und lädt uns zum Kaffee (da gehen wir natürlich nicht hin). Ist Barbara John unser Schutz oder sind es die Bezirks- und Sozialämter, die uns „ihre" illegalisierten Flüchtlinge schicken, wenn sie nicht mehr weiter wissen?

Öffentlichmachung unserer Arbeit erfüllt noch einen anderen Zweck als das Erreichen von Flüchtlingen: Es zerrt das Problem der Existenz von „heimlichen Menschen", denen per Gesetz ihre Existenzberechtigung abgesprochen wird, ins Licht der Öffentlichkeit. Selbst SozialarbeiterInnen staatlich finanzierter Stellen beklagen sich darüber, daß sie quasi nicht über das Problem Illegalisierter reden dürfen, daß ihnen mit der Androhung von Mittelstreichung ein Maulkorb angelegt wird. Dabei ist es unübersehbar: Die Zahl Illegalisierter steigt mit jeder rechtlichen Verschärfung. Wir schließen uns hier den MarburgerInnen an und wollen ein öffentliches Bekennen zur Unterstützungsarbeit von Illegalen. Wir hoffen so auf eine Mitarbeit von noch Zögernden, auf einen Schneeballeffekt, der ansteckt.

Erschöpft sich jedoch eine Öffentlichkeitsarbeit nur noch darin, daß wir uns mit unserem Projekt vorstellen, uns nicht in andere Zusammenhänge stellen oder wie mit der Charité-Aktion „Täter" zur Verantwortung ziehen, so erfüllen wir unser gesetztes Ziel nicht. Weder die hohe Zahl der Vermittlungen von Flüchtlingen – im letzten Jahr (600) – noch unser Bekanntheitsgrad sind für uns Parameter unseres Erfolges. Unser formuliertes Ziel war bzw. ist, daß wir uns mit unserer Arbeit selbst überflüssig machen. Die Einhaltung von Grundrechten (Menschenrechten) ist dabei Grundstock und Ausgangsvoraussetzung. Dazu bedarf es der öffentlichen Thematisierung der Illegalität/Illegalisierung und dem Aufgreifen dieser Problematik durch entsprechende Organisationen (z.B. der Ärztekammer, Kirchen etc. im Fall der medizinischen Versorgung) oder der selbstverständlichen Verankerung in der Bevölkerung. Die Kampagne „kein Mensch ist illegal" sehen wir dabei ebenso als einen praktischen Schritt in diese Richtung wie der Versuch, mit Teilen der Berliner Ärztekammer zusammenzuarbeiten. Utopische Visionen sind's angesichts der derzeitigen Entwicklung, die nur durch eine massive und offensive Gegenöffentlichkeit Stück für Stück erstritten werden kann.

Und zum Schluß die harte Realität: Auf Grund veränderter Situationen und Lebensrealitäten mangelt es uns im Moment an MitarbeiterInnen. Um unser praktisches Unterstützungsangebot aufrecht erhalten zu können, brauchen wir dringend noch Gruppen aus dem antirassistischen oder auch medizinisch-politischen Bereich. Wir bitten um Anruf unter 694 67 46 AB.

Die Einen und die Anderen

Gespräch mit Jean-Christophe Rufin über die globalen Veränderungen nach dem Fall des Berliner Limes

Jean-Christophe Rufin wurde 1952 in Bourges (Cher) geboren. Er ist Arzt (Neurologie und Psychiatrie) und Politologe und arbeitete u.a. als Vizepräsident der Organisation „Ärzte ohne Grenzen". Zahlreiche Veröffentlichungen zur Beziehung zwischen dem „Norden" und den Ländern des „Südens" stammen aus seiner Feder; auf dtsch. erschienen: „Das Reich und die neuen Barbaren" Volk und Welt Verlag, Berlin 1991. Im folgenden Interview stehen die Veränderungen in den „Nord-Süd-Beziehungen" seit dem Fall der Berliner Mauer im Mittelpunkt. Das Interview führte Christoph Burgmer

ZAG: Sie haben sich theoretisch als Politikwissenschaftler, aber auch als Romancier kritisch mit der Beziehung zwischen dem Westen und den Ländern des Südens auseinandergesetzt. Bevor wir über die veränderten Bedingungen zwischen „dem Süden" und „dem Westen" und deren ideologische Begründungen sprechen, möchte ich Sie bitten, kurz zu beschreiben, wie sich, aus der Anschauung eines Arztes, der jahrelang in Ländern und Gesellschaften außerhalb des Westens gearbeitet hat und zwar vor und nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Verschwinden der Sowjetunion, die politische, ökonomische und gesellschaftliche Realität dort verändert hat?

Rufin: Was mich erstaunt ist die Veränderung, die in den vergangenen sechs, sieben Jahren eingetreten ist. Bei allen Unterschieden zwischen den verschiedenen Ländern ging es in der Zeit des Kalten Krieges immer um politische Ziele, kein Gebiet wurde sich selbst überlassen. Wenn die Amerikaner Einfluß in einer Region hatten, versuchten die Sowjets, sie ihnen streitig zu machen. Es gab also einen Wettstreit, der bis in die rückständigsten und abgelegensten Gebiete reichte. Die große Veränderung besteht darin, das Regionen entstanden sind, die niemanden mehr interessieren, was auch für Regionen mit weißen Gesellschaften gilt, wie Südafrika. Ja selbst die immer noch vom Westen beeinflußten bzw. kontrollierten Gebiete sind nur noch einfache Handelsniederlassungen, weil man hier Geschäfte macht, wo es etwas zu kaufen, zu verkaufen oder einfach etwas auszubeuten gibt. Es vollzieht sich also eine weltweite Ausdifferenzierung. Das kann sogar innerhalb eines einzigen Landes der Fall sein, wie zum Beispiel in Angola. Heute gibt es einen für den Westen nutzbaren Teil Angolas, die Küstenregion, in der Erdöl gefördert wird, während das restliche Angola bedeutungslos geworden ist und man sich aus ihm zurückgezogen hat. Das wirklich Neue sind diese blinden Flecken im System der internationalen Beziehungen, die insbesondere im Süden entstanden sind.

Sie haben für „Ärzte ohne Grenzen" gearbeitet. Wie haben sich Arbeit und Zielsetzung von internationalen Hilfsorganisationen dieser neuen Situation angepaßt?

Auch die humanitären Hilfsorganisationen erlebten in den Jahren nach dem Ende des Ost-West Konfliktes, wie sich ihre Rolle grundlegend verändert hat. In den 70er und 80er Jahren bildeten die Hilfsorganisationen bei Konflikten weltweit eine Vorhut (in der Spitze des Zuges). Das galt auch für äußerst unterentwickelte Regionen, wie zum Beispiel Afghanistan oder Mosambik. Diese Regionen hatten im Bewußtsein der Menschen im Westen eine Bedeutung, man war sich ihrer Geschichte bewußt. Auch die Medien billigtem dem, was im Dschungel von Kambodscha, in Afghanistan oder El Salvador passierte, internationale Bedeutung zu. Heute ist genau das Gegenteil der Fall. Die humanitären Hilfsorganisationen finden sich in der Nachhut wieder (im letzten Waggon des Zuges wieder). Sie bemühen sich um Regionen, die den Westen und seine politische Öffentlichkeit nicht mehr interessieren. Noch einmal zurück zum Beispiel Angola: In den Flugzeugen nach Luanda sitzen

zwei unterschiedliche Gruppen von Passagieren. Die Einen wollen von Luanda aus in den kommerziell interessanten Teil Angolas. Es sind Geschäftsleute und Mitarbeiter großer Ölkonzerne wie Elf oder Chevron. Zusätzlich transportiert das Flugzeug aber noch „die Anderen", die in jene Teile des Landes unterwegs sind, in denen Bürgerkrieg herrscht oder die von Minen verseucht sind. Nur in wenigen abgelegenen Regionen, wie zum Beispiel in Zaire, führt man noch aufsehenerregende Rettungsaktionen durch. In Zaire liegt es daran, weil dort eine Macht wie Frankreich traditionell Interessen ökonomischer oder hegemonialer Art hat. Wer kümmert sich dagegen noch darum, was in Afghanistan, dem Kaukasus oder Mosambik passiert? Niemand! Die humanitären Hilfsorganisationen erfahren also die gleiche Entwertung in der öffentlichen Wahrnehmung, wie die Länder selbst.

Welche Funktion haben die UNO und ihre Unterorganisationen, wie das Internationale Flüchtlingshilfswerk UNHCR, in dieser neuen Situation und wie arbeiten die verschiedenen Nichtregierungsorganisationen mit der UNO zusammen?

Zwischen 1989 und 1994/95 wurde die UNO sehr stark aufgewertet, also zwischen dem Einsatz für die Unabhängigkeit Namibias und dem Ende der humanitären Hilfe für Bosnien bzw. dem Blauhelmeinsatz in Ruanda. In diesen fünf Jahren stand sie im Rampenlicht und hat, so schien es, die Verantwortung für die Welt übernommen, als könne sie plötzlich ein Instrument der Versöhnung zwischen Ost und West, ein Instrument gemeinsamen Handelns und übereinstimmender Interessen und nicht mehr des Konfliktes zwischen den Supermächten sein. Das war eine Phase voller Illusionen und Utopien. Heute, zwei, drei Jahre später, zieht man Bilanz. Die Zahl der internationalen Einsätze ist gesunken, weil sie teuer sind und zu einer finanziellen Krise der Vereinten Nationen geführt haben. Die Dominanz der UNO in der internationalen Politik ist inzwischen fragwürdig, weil die UNO heute wieder genauso gespalten ist, wie die Welt selbst. Der Einsatz im Golfkrieg kam nur zustande, weil diese Region wegen des Öls eine Bedeutung hat. Die Intervention in Haiti geschah nur deshalb, weil die USA aufgrund der geographischen Nähe die Gefahr „illegaler" Einwanderung sahen. Nur wegen solch besonderer Interessen der westlichen Staaten hat die UNO immer noch die Möglichkeit zur Intervention. Aber in vielen anderen Fällen kann die UNO nicht mehr eingreifen. Das sind diese oben beschriebenen blinden Flecken im System internationaler Beziehungen. Damit ist die UNO nur ein Reflex der geostrategischen Interessen der Mächte, die sie finanzieren. Und keine dieser Mächte ist daran interessiert, Einsätze in weit entfernten Regionen zu bezahlen, die keinerlei geostrategische Bedeutung haben.

Demgegenüber wird die UNO in der westlichen Öffentlichkeit immer sehr stark in den Vordergrund geschoben, jedenfalls ist das in der deutschen Öffentlichkeit der Fall, wenn es darum geht, sich international als engagiert und den Menschenrechten verpflichtet zu präsentieren. Das scheint mir ein Widerspruch zu sein.

Die UNO wird zweifellos von einem grundlegenden inneren Widerspruch gekennzeichnet. Er besteht zwischen den auf weltweite Verantwortung gerichteten Zielen und den politischen Mitteln zu ihrer Durchsetzung, die im wesentlichen von den Industrienationen bestimmt werden, weil sie diejenigen sind, die Finanzmittel und Kontingente für die internationalen Einsätze zur Verfügung stellen. Aus diesem inneren Widerspruch heraus sind verschiedene Handlungsweisen zu beobachten gewesen. In den Jahren 1990 bis 95 stand die, ich nenne es so, universalistische Option im Vordergrund, heute hat sich die Realpolitik durchgesetzt. Wobei sich die UNO gerade heute selbst nicht immer im klaren darüber ist, daß sie für die Hegemonialmächte ein Werkzeug darstellt, das mit Hilfe von Blauhelmeinsätzen die alte interventionistische Politik ermöglicht. Als Nigeria in Liberia intervenierte, geschah dies zu-

Wobei sich die UNO gerade heute selbst nicht immer im klaren darüber ist, daß sie für die Hegemonialmächte ein Werkzeug darstellt, das mit Hilfe von Blauhelmeinsätzen die alte interventionistische Politik ermöglicht.

nächst unter panafrikanischer Flagge und später dann unter der Flagge der Vereinten Nationen.

Man kann in der ideologischen Neuorientierung des Westens von zwei Extremen sprechen: Von Fukuyama wurde 1989 großspurig das „Ende der Geschichte" verkündet. Heute, neun Jahre später, nachdem man festgestellt hat, daß dieses „Ende der Geschichte" nicht eingetreten ist, spricht man von einem „Krieg der Zivilisationen", von einem „Kampf der Kulturen" wie Samuel Huntington das genannt hat.[2] Wie hat sich der Westen nach dem Zerfall der Sowjetuion die Welt ideologisch neu eingerichtet?

Man muß klarstellen, daß die beiden Ideologien von Amerikanern für Amerikaner produziert wurden. Es handelt sich um Symbole, um ideologische Verpackungen, hinter denen sich die grundlegenden Ziele der amerikanischen Diplomatie in einer bestimmten Phase verbergen. Die Fukuyama-Phase, die ab Anfang der 90er Jahre bestimmend war, korrespondiert mit der ersten Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer. Sie beansprucht alleinige Geltung für die ganze Welt: Das „Ende der Geschichte" ist das Ende des historischen Antagonismus, es bleibt nur eine Welt und eine Geschichte. Alles entwickelt sich widerspruchsfrei, sowohl die neoliberale Ökonomie als auch die internationale Politik unter Führung der UNO. Außerdem standen die Ansichten von Fukuyama im Zusammenhang mit dem Wahlkampf Clintons, einem Wahlkampf, der auf Illusionen beruhte. So wurde zum Beispiel die Auffassung vertreten, daß das Ausland keine besondere Rolle mehr spiele, daß die eigenen Interessen nicht mehr durch Interventionen gesichert werden müßten und daß es keine internationalen Kampfschauplätze mehr geben werde. Mit Huntington dagegen kehrte man zur Auseinandersetzung, zur Drohung mit der Option des Krieges zurück. Seine These vom „Zusammenprall der Zivilisationen" bildete die Grundlage für die Rechtfertigung interventionistischer Politik. Dem entspricht auch die tatsächliche Entwicklung der Clinton Regierung, die zuerst keine Außenpolitik mehr betreiben wollte, dies aber dann mehr als andere Regierungen vor ihr tat. Dies alles ist Ausdruck einer Desorientierung. Der Westen hatte schließlich zunächst gesiegt und sich in der Vorstellung gefallen, daß die hochentwickelten Länder ohne Feindbild leben können. Nach und nach hat man jedoch ein großes Bedürfnis nach einem solchen Feindbild festgestellt. Ich glaube, daß man Huntington nur so verstehen kann, denn er hat seinen Zivilisationsbegriff niemals genauer bestimmt, weder die räumliche Ausdehnung noch die innere Entwicklungsdynamik. Das bleibt alles sehr vage. Es ist einfach eine Behauptung, daß es noch Bedrohung gibt und daß wir uns ihrer bewußt werden müssen.

Der Westen hatte schließlich zunächst gesiegt und sich in der Vorstellung gefallen, daß die hochentwickelten Länder ohne Feindbild leben können.

Ihre Analyse der aktuellen Situation führt zu dem Ergebnis, der alte Ost-West Konflikt sei durch einen Nord-Süd Konflikt ersetzt worden. Können Sie die Unterschiede dieser beiden Konflikte genauer charakterisieren?

Die Vorstellung Fukuyamas von der einen Welt oder die Huntingtons von den verschiedenen Zivilisationstypen, zwischen denen keine Brücken bestehen, die aufeinanderprallen wie Nomaden, sind gleichermaßen unfähig, die Wirklichkeit zu beschreiben. Denn man kann sehr wohl unterschiedliche Formen des Umgangs unterscheiden. Das wird ganz deutlich an der Migrationspolitik. Die Einwanderungsmöglichkeiten in die USA sind sehr begrenzt, wenn man aus den Ländern des Südens kommt. In Frankreich ist das weniger eingeschränkt. Viele Menschen aus osteuropäischen Ländern, wie Polen oder Ungarn, brauchen kein Visum. Es gibt also einen Unterschied in der Behandlung der „Anderen", der weder in der Theorie Fukuyamas, noch der Huntingtons auftaucht. Dennoch existiert so etwas wie der Norden, in dem Sinne, daß es Länder gibt, die sich demographisch und wirtschaftlich einander annähern. Das gilt für Japan, Nordamerika und Europa, aber auch für Osteuropa. Hier hat man den Übergang zur Marktwirtschaft vollzogen und die parlamentarische Demokra-

tie adaptiert. Im Norden gibt es also eine Tendenz zur Vereinheitlichung. Man ist bereit, große Anstrengungen zu unternehmen, und wenn es, wie im Fall der Slowakei und der Tschechischen Republik, zu einem Konflikt kommt, versucht man mit allen Mitteln, diesen Konflikt friedlich zu regeln. Man hat auch alles versucht, um Rußland innerhalb dieses Lagers zu halten. Dagegen hat man die gleichen Anstrengungen nicht unternommen, was Zaire oder selbst Brasilien betrifft. Die Wahrnehmung eines „Südens" und eines „Nordens" ist insbesondere in den Ländern des Südens sehr stark. Ich war während des Falls der Berliner Mauer in Brasilien. Zu dieser Zeit dachte man in den Schwellenländern, daß man mit dem Ende des Kalten Krieges in das Lager der sogenannten „Ersten Welt" eintreten könne. Als dann tatsächlich die Sowjetunion zusammenbrach, hat man sehr schnell feststellen müssen, daß dies eine Illusion war. So in der Türkei und in Marokko, wo man schon lange davon träumte, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Heute weiß man sehr genau, daß man hinter Tschechien, Ungarn, Polen zurückstehen muß. Es gibt also einen Nord-Süd Gegensatz. Zwar ist er sehr schwierig zu bestimmen, weil er nicht so einfach und monolithisch ist wie der Ost-West Gegensatz, aber nichtsdestotrotz ist er Wirklichkeit.

In ihrem Buch „Das Reich und die neuen Barbaren" haben Sie den Nord-Süd Konflikt mit dem Römischen Imperium und dessen Errichtung des Limes gegen die Barbaren verglichen. Was hat das römische Bild der Barbaren gemeinsam mit der westlichen Vorstellung von den Menschen des Südens?

Natürlich ist das nur ein Vergleich, den man nicht wörtlich nehmen sollte. Ich will damit andeuten, daß dieser Nord-Süd-Antagonismus sich nicht zwischen zwei gleichartigen Blöcken abspielt, wie dies während des Ost-West-Gegensatzes lange Zeit der Fall war. Zwar kann man den Norden noch als Block betrachten, weil er wirtschaftlich und politisch einheitlich ist, der Süden aber wird von einer Vielzahl ganz unterschiedlicher Bedingungen gekennzeichnet. Was die Länder des Südens verbindet ist die Tatsache, daß sie nicht zum Norden gehören. Das erinnert an die großen Imperien der Antike. Das römische oder das chinesische Imperium hatten ihre eigene Identität und der Rest der Welt, das waren einfach „die Anderen". Das ist übrigens die Definition von Barbaren oder Metöken, daß sie nicht zur Polis oder zum Imperium gehören. Dieser Gegensatz läßt sich in der gegenwärtigen internationalen Konstellation wiederfinden. Die Menschen agieren nach diesem Muster genauso wie die Politik danach agiert. Es gibt Länder, für die man bereit ist, Anstrengungen auch finanzieller Art zu unternehmen und es gibt die Länder jenseits der Grenze, jenseits eines Limes, denen gegenüber man sich zuerst wachsam verhält. Es gibt keine Kriegssituation, auch keinen kalten Krieg, es gibt keinen Stacheldrahtzaun, und dennoch gibt es die Vorstellung einer Bedrohung, die Angst auslöst. Denn man spürt den Druck, der von diesen Ländern ausgeht. Das entspricht den Verhältnissen während des römischen Reiches. Auch die Römer hatten Angst vor einer äußeren Bedrohung.

Welche ideologische Funktion hat eine solche vereinfachte Wahrnehmung des „Südens" für den „Westen" selbst?

Die Verteidungshaltung des Nordens gegenüber dem Süden wird an der Rolle der Länder deutlich, die im Grenzbereich zwischen den beiden Hemisphären liegen. Europa reicht heute bis Südspanien, bis Süditalien, weil beide Regionen zur europäischen Union gehören. Wenn man aber die Straße von Gibraltar oder das Mittelmeer überquert, befindet man sich in einer Konfliktzone, einer Gefahrenzone. Ich vergleiche das mit dem römischen Limes, der die Außengrenze des römischen Imperiums bildete. Jenseits und diesseits des Limes gibt es ein unterschiedliches Bevölkerungswachstum. Letztlich bildet der demographische Druck die Grenze. Das ist der Grund für die Ängste des Nordens. Das Problem ist die Eindämmung dieses demographischen Drucks. So war die aufwendige US-Intervention in Haiti weniger durch den Willen zur Wiederherstellung der Demokratie motiviert. Vor allem sollte der Flüchtlingsstrom von Haiti nach Florida unterbrochen werden. Es geht bei diesen Interventionen also vor allem darum, den instabilen Zustand der Länder im Grenzbereich zu beenden. Das hat in Haiti zu einer Militärintervention geführt, kann aber anderswo auch mit anderen Mitteln erreicht werden. Am Beispiel Marokko wird das deutlich. Marokko liegt auch an der Grenze der beiden Hemisphären. Was in Marokko geschieht, ist somit vor allem für die Länder des Nordens von Bedeutung. Die marokkanische Regierung wird unterstützt, unabhängig von der Einhaltung der Menschenrechte. Nicht einmal als möglicher Absatzmarkt ist Marokko interessant. Was den Norden an Marokko interessiert, ist ein stabiles Regime, ohne das Risiko des Zusammenbruchs staatlicher Ordnung. Das gilt auch für Kuba. Warum sonst hat der Druck auf Fidel Castro nachgelassen, als er drohte, die Gefängnisse zu öffnen und die Flüchtlinge nach den USA ausreisen zu lassen? Ja, ihm wurde sogar finanzielle Hilfe zuteil. Niemand in den Vereinigten Staaten hatte und hat ein Interesse daran, daß sein Regime zusammenbricht, wenn dadurch Flüchtlingswellen ausgelöst werden. In Algerien war die französische Entscheidung für eine der beiden Seiten keineswegs durch die Frage der Menschenrechte bestimmt, sondern durch die Überlegung, daß das bestehende Regime besser in der Lage sei, die Bevölkerung des Landes in Schach zu halten, einen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung zu verhindern und damit eineinhalb Millionen potentielle Flüchtlinge von Frankreich fernzuhalten. Es gibt also eine Tendenz in den Ländern des Nordens, in der Grenzzone des Limes autoritäre Regime an der Macht zu halten. Stabilität ist das vorherrschende Ziel, ein wichtigeres als die Demokratisierung. Das gilt für die Türkei, für den Maghreb, für Mexiko und die karibischen Staaten. Und wenn es nicht gelingt, die Stabilität dieser Regime aufrechtzuerhalten, dann greift man ein.

Vor 1989 gab es Solidaritätsbewegungen mit Nicaragua, mit verschiedenen anderen Ländern, nach 1989 ist das marginalisiert. Es existiert praktisch überhaupt keine Öffentlichkeit mehr. Was sind die Gründe dafür?

Weil in der Zeit des Kalten Krieges die Frontlinie immer auch durch den Süden lief. Im Fall Nicaraguas bin ich mir nicht sicher, ob es wirklich um Nicaragua ging. Die eine Seite unterstützte die Sandinisten, und damit die Kubaner, die andere Seite die Contras, und damit die Amerikaner. Diese Konflikte sind Übertragungen beziehungsweise Kopien der Ost-West-Auseinandersetzung gewesen. Heute fehlt diese Polarisierung. Wegen der Heteronomie der Länder des Südens ist es für sie so schwierig, eine einheitliche Verteidigungslinie einzurichten. Es fehlt das Zentrum, das früher existierte, wenn auch oft nur in Ansätzen. Denn Moskau hat immer wieder versucht, die Führung in diesem Lager zu übernehmen. Heute ist es für den Süden unmöglich, institutionelle Strukturen aufzubauen, eine eigene politische Identität zu entwickeln. Jedes Land des Südens bewegt sich isoliert auf der Bühne der internationalen Politik und verhandelt alleine mit dem Norden. Für die internationalen Institutionen wird das bald zu einem großen Problem, denn bei den Verhandlungen in Währungs- oder Wirtschaftsfragen haben die Länder des Südens keine einheitliche Verhandlungslinie mehr.

Jedes Land des Südens bewegt sich isoliert auf der Bühne der internationalen Politik und verhandelt alleine mit dem Norden.

Die Initiative von Bandung, die 1955 auf einen Zusammenschluß der blockfreien Staaten zielte, ist heute Geschichte. Es existiert keine wahrnehmbare oder erklärte Bewegung der Blockfreien mehr. Wenn wir heute versuchen, ein Gesamtkonzept von Entwicklung aufzustellen, finden wir nur Fragmente, Grüppchen, kleinere Zusammenschlüsse, wie zum Beispiel die Islamisten. Zwar sind sie in sich extrem gespalten, aber ihr Versuch, die marginalisierten und armen Volksschichten zu repräsentieren enthält Ideen, die sich an die Konzepte der Blockfreien anlehnen. Der Islamismus vertritt so in gewisser Weise den Süden, aber nicht mehr in seiner Gesamtheit. Er steht für ein kulturelles Fragment des Südens – wie Huntington sagen würde. Es gibt die Bewegung in Chiapas, deren Kampf den Widerstand gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik einschließt. Aber das ist sehr isoliert, auf die Indios in Chiapas beschränkt. Es fehlt die politische Zuspitzung, die einer Ideologie des Widerstands Allgemeingültigkeit verleihen könnte. Für den Augenblick jedenfalls gibt es sie nicht.

1 Literaturhinweis Fukuyama
2 Samuel P. Huntington: Kampf der Kulturen, Europaverlag München 1996

Antirassistische FrauenLesben-Aktionstage

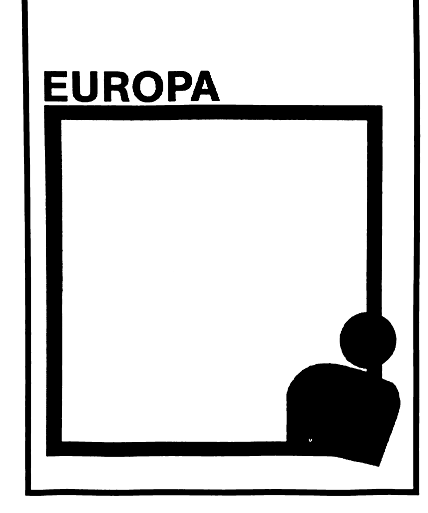
an der deutsch-polnischen Grenze vom 30. Juni bis 5. Juli 1998

Der Staat hat die Grenzen hochgerüstet, um Flüchtlingen und MigrantInnen die selbstorganisierte Einreise unmöglich zu machen. Die Toten in Oder und Neiße und der Frauenhandel sind Beispiele direkter Folgen dieser Politik. Die von der Bevölkerungsmehrheit vertretenen rassistischen und nationalistischen Positionen werden dabei aufgegriffen. Sie dienen dann zur weiteren Rechtfertigung von Verschärfungen der Gesetze und einer alltäglichen Praxis von Ausgrenzung. Antirassistische Politik muß deshalb konsequent sowohl die Interessen des Staates als auch die der deutschen Mehrheitsbevölkerung am Rassismus benennen und angreifen. Der in der Gesellschaft zur gleichen Zeit bestehende Sexismus ist auch in der antirassistischen Bewegung noch nicht überwunden. Wir haben uns deshalb bewußt als Frauen und Lesben organisiert, um der herrschenden Grenzpolitik etwas entgegenzusetzen. (...) Vom 30.6. – 5.7. werden wir in der Region Zittau/Görlitz antirassistische Aktionstage durchführen. Das Programm und weitere Organisation sind herauszufinden unter nebenstehender Adresse. Mit den Aktionen wollen wir gegen das Vorgehen des BGS, die herrschende Grenzpolitik und das Denunziationsverhalten in weiten Teilen der Bevölkerung Position beziehen.
Für Assistenzen soll gesorgt werden. Dazu werden noch Gebärdendolmetscherinnen etc. gesucht. Die Organisatorinnen freuen sich über jede Interessierte aber auch über zeitgleiche Aktionen anderswo und Geld- und Sachspenden.

Kontakt:
Stichwort „Sommerfrische“
c/o Symbiose e.V.
Kinzigstr. 9
10247 Berlin

Tel.: 030/2947688
FAX: 030/29492120

Spendenkonto:
Forschungsgesellschaft Flucht und Migration
Stichwort:
„Frauen/Lesben Camp '98“
KtoNr. 610024264
BLZ: 10050000
Berliner Sparkasse



Semdoc

Statewatch ist eine der wichtigsten Gruppen innerhalb der Europäischen Union, die Entscheidungen des Europäischen Justizrates, des Rates der Innenminister und des Schengen Exekutivkomitees überwachen. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auch auf den Auswirkungen, die die Politik dieser Institutionen auf die Rechte von BürgerInnen, Flüchtlingen und Asylsuchenden haben. Statewatch wurde 1991 gegründet als ein unabhängiger Zusammenschluß von RechtsanwältInnen, DozentInnen, JournalistInnen, ForscherInnen und AktivistInnen aus Basisgruppen. Das europäische Netzwerk dieser Organisation umfaßt MitarbeiterInnen aus 12 Nationen. Statewatch eröffnet nun SEMDOC (Statewatch European Monitoring and Documentation Centre), das ein europäisches Überwachungs- und Dokumentationszentrum für Fragen der Justiz und Innenpolitik in der Europäischen Union ist. SEMDOC wurde am 17.10.1997 offiziell gegründet. SEMDOC wird versuchen, der „Kultur der Heimlichtuerei" etwas entgegenzusetzen, die den Europäischen Justizrat und den Rat der Innenminister, das K4-Komitee und dessen Leitungsgruppe ebenso wie die Entscheidungen des Schengen Exekutivkomitees umwabern. Die Ziele von SEMDOC sind: Informationen zu sammeln, auszutauschen und zu verbreiten und zu einem kritischen und investigativen Journalismus zu ermutigen; Anfragen zu bearbeiten; innerhalb von Statewatchs eigener Datenbank-Recherchen zu spezifischen Themenstellungen durchzuführen und in gedruckter Form zur Verfügung zu stellen. Bei SEMDOC handelt es sich um die größte Sammlung von Dokumenten zur EU-Politik im Bereich der Innen- und Rechtspolitik außerhalb der offeiziellen EU-Strukturen. Die MitarbeiterInnen wünschen sich, daß das Material von möglichst vielen Menschen genutzt wird.

Weitere Informationen gibt es bei:

Statewatch
P.O. Box 1516
London N 16 OEW, United Kingdom
Tel.: +44 181 802 1882
FAX: +44 181 880 1727
e-mail:
statewatch-off@geo2.poptel.org.uk
Web database: http://www.poptel.org.uk/statewatch/

Rassismus am Pranger

Internationale Organisationen klagen an

von Aktion Courage e. V. – SOS Rassismus

Immer häufiger erscheint die Bundesrepublik Deutschland auf der Tagesordnung internationaler Menschenrechtsorganisationen.
Mangelnder Schutz von Ausländern vor Polizeiübergriffen und Diskriminierung sind weltweit nicht unbemerkt geblieben. In diesem Buch sind erstmals die aktuellen internationalen Berichte und Empfehlungen der letzten beiden Jahre zu Rassismus in Deutschland, aber auch in Europa und weltweit zusammengetragen, übersetzt und veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Analysen, Mahnungen und Empfehlungen an Deutschland steht das Verhalten der Regierung. Inhalt der Dokumentation ist die Kritik am deutschen Asylrecht, der Abschiebehaft und das Fehlen eines Antidiskriminierungsgesetzes. Vereinte Nationen, Europarat, Europäische Union und Menschenrechtsorganisationen machen nicht nur auf ein deutsches Problem aufmerksam. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind ein europäisches und weltweites Phänomen. Die Bundesregierung wurde vom UN-Ausschuß für die Beseitigung der Rassendiskriminierung zur Veröffentlichung und breiten Diskussion seiner Bemerkungen aufgefordert, „um eine Diskussion über die weiterhin bestehenden Probleme hervorzurufen." Dies ist bisher nicht geschehen. Wir kommen deshalb als Nichtregierungsorganisation mit vorliegender Dokumentation dieser Aufforderung nach.

Aktion Courage e.V. – SOS Rassismus (Hg.):
Rassismus am Pranger.
Zu beziehen über diese Organisation
PF 2644, 53016 Bonn
Tel.: 0228 – 21 30 61
FAX: 0228 – 26 29 78
e-mail:
akcourage@aol.com/akcourage
oder im Buchhandel:
ISBN 3-933247-00-4.
Preis: 19,80 DM

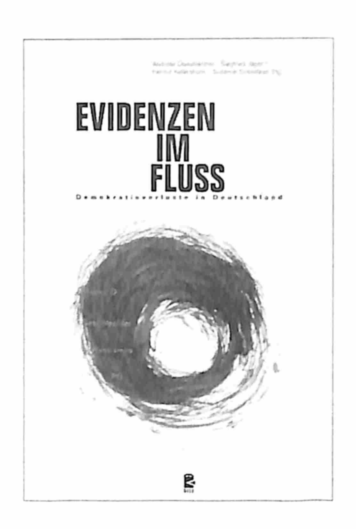
Evidenzen im Fluß

Der Titel ist ein Hammer! Einzige, trotzdem nicht tragende Entschuldigung für dieses Ding an Titel ist, daß unter ihm auch schon ein Kolloquium stattfand. Das Bedeutungsschwangere war vermutlich hilfreich für die Finanzierung des Kolloquiums, als Buchtitel spricht es höchstens Leute an, die so etwas nötig haben. Wer dennoch nicht nachhaltig abgeschreckt ist, bekommt zum Glück ein nicht ausschließlich mit knallhartem „Wissenschafts- Sprech" verschlüsseltes Buch. Die Entdekkung, daß ein Buch nicht den – in der Regel hohlen – Ritualen des demonstrativen Fachjargons von Diplomarbeiten und Dissertationen unterliegen muß, hat sich öfters durchgesetzt.[1]
Was mit dem Titel gemeint ist erläutert die Einleitung im ersten Satz: „In Deutschland sind viele Jahre gültige Maßstäbe ins Wanken geraten:... "(9). Die Themenstellung läßt sich also ohne inhaltliche Verluste auch anders formulieren.
Der erste, aus mehreren Beiträgen bestehende Teil des Buches – „Modell Deutschland" – handelt vom Umbau dieses Modells „im Namen von ‚Globalisierung' und ‚Standortdebatte'"(13). Die Popularität dieser Ausdrücke beruht zum großen Teil darauf, daß sie für die konservative neoklassische Wirtschaftspolitik ideal verwendbar sind. Die „Sozialpartnerschaft" der sozialdemokratischen Regierungszeit wurde bereits mit der kohlschen Wende '82 offiziell beendet. Das Bedrohungsszenario „Globalisierung" tritt nun in die Fußstapfen der „Konkurrenzfähigkeit". Es ist das neue Stichwort zum „Umbau des Sozialstaates", sprich seiner Abschaffung. Der zweite nützliche Gesichtspunkt der „Globalisierung", ist die Stärkung der Eliten. In welchem Umfang die „Globalisierung" wirklich Neues enthält, spielt keine Rolle, „denn neu ist das Verhältnis, das das Bürgertum mit dem Schlagwort der Globalisierung weltwirtschaftlichen Zusammenhängen gegenüber einnimmt."(63). Die Globalisierungsdebatte ist in Deutschland zu allererst ein identitätsstiftendes Ritual. Sie festigt die Sichtweise: „Wir gegen die Anderen" Wie die Produktion von nationalem Wir-Gefühl in Verbindung mit reaktionärem „Schluß mit lustig" funktioniert, und wie machtopportunistisch sich die „realistische" Linke wieder einmal verhält, stellt Alex Demirovic souverän in seinem Beitrag „Böse Welt – gute Nation"(63ff.) dar.
Im Abschnitt „Geschlechterkonstitution" ist die Rolle der feministischen Theorie und Forschung im Umbruch der Gesellschaft Leitlinie der Artikel. Im Mittelpunkt der Diskussion steht die zwiespältige Kategorie „Geschlecht". Problematisch sind die „exklusiven Geschlechtskategorien ‚Mann' und ‚Frau' (...) sowie deren systematische Kopplung entlang einer heterosexuellen Matrix, die jedes Geschlecht nur in – hierarchischer – Relation zum anderen repräsentierbar macht."(155) Die Kategorie „Geschlecht" ermögliche zwar, faßt Antke Engel die Kritik zusammen, „das hierarchische Moment dominanter Geschlechterordnungen ins Blickfeld zu rücken, trage jedoch ihrerseits dazu bei, eine normativ zweigeschlechtliche, rassistische und heterosexistische Ordnung festzuschreiben."(ebd.)

Jetzt zum Rassismus

Gegen Rassismus sind wir doch alle! Daß es ein paar arme irregeleitete Jugendliche und natürlich noch die paar Unverbesserlichen gibt, wissen wir auch. Das ist zur Zeit der offizielle gesellschaftliche Konsens. Der kritischere Teil der Gesellschaft ist da schon eher der Meinung, Rassismus stamme „aus der Mitte der Gesellschaft" und sei nicht „ein Ausnahmephänomen im gesellschaftlichen Funktionieren"(172). Damit taucht die Frage am Horizont auf, was denn nun diese „Mitte der Gesellschaft" eigentlich so ist und treibt? Wichtig wird das vor allem, wenn man dialektisch-materialistisch davon ausgeht, daß die Gesellschaft das Denken und Handeln bestimmt. Da die Urheber dieses Gedankens aber zur Zeit nicht sehr populär sind, zitiert Mark Terkessidis im Abschnitt über Rassismus lieber Louis Althusser. So wird daraus: „ daß die Existenz der Ideen seines Glaubens materiell ist" (173). Nun ja. Anschließend kommen jedoch einleuchtende Beispiele wie rassistisches Wissen nicht von der persönlichen Erfahrung, sondern von der Gruppenerfahrung und -praxis abhängt. Rassismus ist eben keine Ausnahmeerscheinung, sondern eine „funktionierende praktische Einheit von Wissen und Institution"(184). Um dem Vorwurf, die Rolle des „Überbaus" herunterzuspielen, etwas aus dem Weg zu gehen hält Terkessidis fest: „Auch Veränderungen des Wissens können Veränderungen in den Institutionen nach sich ziehen. Verschwinden allerdings wird der Rassismus erst mit den Institutionen, die ihn erzeugen."(185f.) Zum theoretischen Teil gehören auch die Beiträge über die „Öffentlichkeitsbilder des Islam" (von Kai Hafez) und die Untersuchung verschiedener Auslegungen der Begriffe „multikulturell" und „interkulturelle Kommunikation" (von Martin Ramstedt). Den ganz alltäglichen Rassismus analysieren die Beiträge von Thomas Niehr zur „Ausländerfeindlichkeit im Deutschen Bundestag" und Gabriele Cleve über „Völkisches Denken im Alltag", der alle Register des Fachjargons zieht. Daß „political correctness" in diesem Buch nicht fehlen darf, erklärt sich von selbst. Denn im Schwadronieren gegen diesen Kampfbegriff sammelt sich die „Tabubrecher-Fraktion", die neuen Rechten. Die verläßlichen Feindbilder nach dem Ende des Wettstreits der Systeme sind weg. Wie nun – ohne gleich auf Stammtischniveau zu landen – das „Geh doch

in die Sowjetunion" ausfüllen? Brigitta Huhnke sieht in dieser Lücke den Grund für die große Begeisterung mit der dieses neue Universalfeindbild aufgenommen wurde. Es bietet dem akademisch Vorgebildeten einfach alles: „Mit ‚pc' kann er kurz und knapp alle Übeltäter semantisch unter einem Dach versammeln: nicht nur die Feministinnen, Ausländer, Juden und Schwule, sondern mittlerweile auch diejenigen, die sich der selbstbewußten Nation verweigern wollen. (...) ‚pc' fiel günstig in eine Art Feindbild-Vakuum."(264) In den USA scheint der Höhepunkt der neokonservativen ‚pc'-Debatte vorbei zu sein. Brigitta Huhnke nimmt jedoch an, daß in Deutschland der völkische Nationalismus nicht so schnell verschwindet. Leute, die anhand sprachlicher Diffamierungen und Diskriminierungen auf gesellschaftliche Mißstände hinweisen – also Sprachkritik üben, müssen sich mit dem Standardvorwurf auseinandersetzen, sie wollten „durch sprachliche Aktionen" die Gesellschaft verändern. Daß es die gibt, sei unbenommen. Daß aber Rainer Wimmer die Reichweite seiner Ausführungen zur ‚pc'-Debatte auf sie beschränkt und darauf hinweist, daß die Änderung von Ausdrücken keine inhaltliche Änderung bedeutet, ist dann doch der Kategorie Dünnbrettbohrer zuzuordnen. Daß er dann auch noch keine Hemmungen hat, in die Kiste der „Inkorrekten" zu greifen und durch seine pauschalisierende Sicht im Prinzip allen Sprachkritikern autoritär-regulierendes Verhalten vorwirft, grenzt an die rechte Uminterpretation der Opfer in Täter. Denn die ‚pc'-Debatte hat keineswegs die Funktion auf Auswüchse hinzuweisen und sie einer berechtigten Kritik zu unterziehen. Das zu glauben wäre mehr als naiv. Die Hauptfunktion der ‚pc'-Debatte besteht in nichts anderem, als Gesellschaftskritik zu diffamieren und lächerlich zu machen. Wie unterschiedlich wissenschaftliche Untersuchungen formuliert sein können, wird in diesem Buch perfekt vorgeführt: vom kryptischen Fachchinesisch bis zu den hervorragend geschriebenen Ausführungen



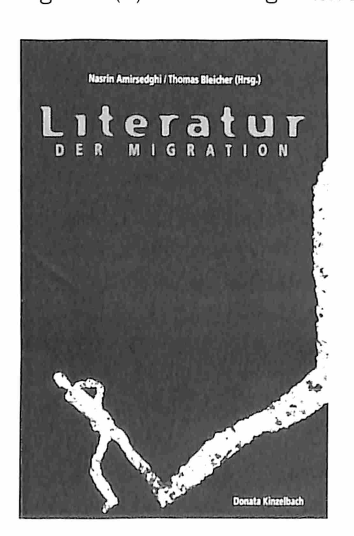
von Brigitta Huhnke. Also nicht vom Titel abschrecken lassen, es ist nicht durchgängig eine Strafarbeit, das Buch zu lesen.

Tobias Faßmeyer (ZAG)

Disselnkötter, A./Jäger, S./Kellershohn, H./Slobodzian, S. (Hg.), Evidenzen im Fluß – Demokratieverluste in Deutschland DISS, Duisburg 1997, 315 S., 39,– DM

Literatur der Migration

„Sie sind afro- deutsch?... ah, ich verstehe: afrikanisch und deutsch Ist ja 'ne interessante Mischung! Wissen Sie, manche, die denken ja immer noch, die Mulatten, die würden's nicht so weit bringen wie die Weißen". Das sind die ersten Zeilen des Gedichtes: „afro- deutsch I", welches May Ayim 1985 herausgab. May Ayim starb am 9. August 1996. Das gesamte Gedicht wurde in der ZAG Nr.20, 1996, zu ihrem Gedenken abgedruckt. Das hier vorgestellte Buch „Literatur der Migration" ist May Ayim gewidmet. Herausgegeben im Donata Kinzelbach Verlag von Nasrin Amirsedghi und Thomas Bleicher. Die Erscheinung ist verbunden mit der Gründung des Projektes „Deutschland von Innen und Außen", welches nach fünf Jahren fruchtbarer Arbeit als Verein für Kultur und Migration e.V. institutionalisiert wurde. Ein „interkultureller Dialog" ist das Ziel des Vereins. Kulturelle Grenzen sollen überschritten werden um interkulturelle Begegnungen zu ermöglichen. Diese bedeutungsvollen Begegnungen fanden statt bei der bisher „größten Veranstaltung des Vereins" vom 29. November bis 1. Dezember 1996. Es tagte die (1). Mainzer Migranten Litera-



Tour. In diesem Band, der im September 1997 erschien, befinden sich die gesammelten Beiträge der Tagung. Außerdem sind enthalten kontrovers geführte Debatten von Autoren und Verlegern über den literarischen „Standort" und den „Stellenwert" der Migrantenliteratur in Deutschland. Das macht den Schwerpunkt des Buches aus, und bedarf darüber hinaus Zukunftsvisionen: Wie wird eine Literatur im nächsten Jahrtausend[1] von „AutorInnen zu bezeichnen sein, die in der Bundesrepublik Deutschland bzw. in deutscher Sprache schreiben, gleichwohl aber Deutsch nicht als Mutter- oder Erstsprache kennengelernt haben" (Werner Nell, S.35). Dabei muß die Sichtweise auf die politischen und ökonomischen Konstellationen für MigrantInnen hier in Deutschland beachtet werden. Petra Fachinger vergleicht in ihrem Beitrag (ab S.49) die gesetzlichen Unterschiede der Mi-

grantInnen in Kanada und den USA, mit denen in Deutschland. Nasrin Amirsedghi und Thomas Bleicher stellen zehn Punkte zur Diskussion. Einer davon lautet: „Migrantenliteratur ist wie viele Literaturbestimmungen vorerst ein außerliterarischer Begriff, der die Literatur von MigrantInnen meint und klischeehaft impliziert, daß diese Literatur (nur) für Migranten interessant sei, weil es (nur) um Migration gehe"(S.187). Zum einen wollen die Autoren „Politik nicht aus der Dichtung verbannen" (Adel Karasholi, S. 127) und weiterhin das Thema Migration in „ihrer" Literatur erhalten. Zum anderen wollen sie nicht als „Wir" Migranten anerkannt werden, sondern eine bedeutende Eigenständigkeit al s AutorInnen anstreben und bewahren, auch Inhalte behandeln, die nicht unbedingt Migration als Thema aufweisen. Mit diesem Wunsch nach Individualität bleibt der Begriff Migrantenliteratur nach wie vor bedeutend, aber wäre nicht mehr notwendig. Hierbei müssen die Entwicklungsstadien von der sogenannten „Gastarbeiterliteratur" der ersten Generation bis hin zur „Profilierung" der Migrantenliteratur der dritten Generation bedacht werden. Ein „deutschsprachiger Text eines fremdsprachigen Schriftstellers" wäre demnach ein „Text der Literatur" und keinesw egs ein „Text eines Ausländers". Die Beschreibungen von Migrationserfahrungen in Lyrik und Prosa wären gleichberechtigt mit anderen Themen der Literatur. Die wiederum aufgerollte, schon in den 80iger Jahren diskutierte Debatte nach „Standort" und „Stellenwert" der Literatur von MigrantInnen, stellt sich in diesem Band nochmals mit aktuellen Thesen, Argumenten und Fragen eindrucksvoll und mit Spannung dar.

Anke Kopek (ZAG)

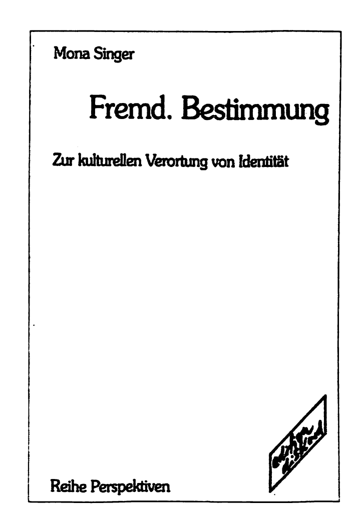
Nasrin Amirsedghi/Thomas Bleicher (Hrsg.), Literatur der Migration, Mainz 1997, 197 Seiten

1 siehe dazu: Tageszeitung Nr. 4749 Seite 14 u.15 vom 17.10.1995

Fremd. Bestimmung

Mona Singer zur kulturellen Verortung von Identität

Die Österreicherin Mona Singer legt mit ihrem Buch „Fremd. Bestimmung" eine aktuelle und verständliche Einführung in die Diskussion über Rassismus und kulturelle Differenz vor. Sie gibt einen weitgefächerten Überblick von den wichtigsten Vertretern der Aufklärung über die Poststrukturalisten, die sich mit der Definition des „Fremden" beschäftigt haben, bis zur aktuellen Diskussion um Rassismus und Identitätspolitik. Die Ausführungen sind dabei meist auf theoretisch anspruchsvollen Niveau, gleichzeitig aber auch für mit der Thematik Unbewanderte recht verständlich geschrieben, wenngleich den Lesern gelegentlich Sätze wie „ Fundamentalistisch ist Identitätspolitik dann, wenn kulturelle Differenzen im Sinne einer Essentialisierung verabsolutiert werden" nicht erspart bleiben. Ansonsten gibt es in fast jedem Kapitel erläuternde Beispiele aus der Literatur oder von realen Personen und Schicksalen, wodurch die komplexe Thematik anschaulich aufbereitet wird. Die Autorin zeigt auf, daß die kulturelle Herkunft einerseits eine wichtige Rolle für die individuelle Identitätsbildung spielt, andererseits das Hervorheben von kulturellen Differenzen oft zu Ausgrenzungen bis hin zum Nationalismus und Rassismus in seiner neuen Spielart des Kulturrelativismus führt. Singer betrachtet, wie Stuart Hall, kulturelle Identität nach innen als nicht homogen und nach außen als nicht abgeschlossen. Die Autorin versucht, Grenzlinien aufzuzeigen zwischen notwendigen Identitätskonstruktionen und ausgrenzender Identitätspolitik. Auch hier wandelt Singer auf den Spuren von Stuart Hall, indem sie von komplexen kulturellen Identitäten und der Rolle der kulturellen Übersetzer spricht. Dabei bleibt sie letztlich in der Tradi-



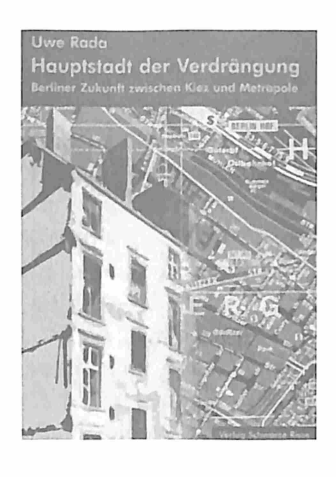
tion der Aufklärung und plädiert für einen modernen, differenzierenden Universalismus. Die Entwürfe, die Singer gegen den zunehmenden Nationalismus und immer subtileren Rassismus ins Feld führt, bleiben in ihrer Konkretisierung allerdings etwas dürftig, da sie sich meist auf den eigenen wissenschaftlichen Dunstkreis beschränkt und es bei Beispielen kosmopolitischer Intellektueller wie Edward Said, Stuart Hall oder Salman Rushdie beläßt. Dabei vergißt sie leider, daß die Rolle des umherjettenden, mehrsprachigen kulturellen Übersetzers immer eine exclusive war und auch bleiben wird. Zumal sie auch nicht gerade neu ist. Aber wer will einer theoretischen Abhandlung praktische Handlungsansätze abverlangen? Und dem eigenen Anspruch, einen Überblick über das Thema zu geben und auf die Fallstricke von Identitätspolitik aufmerksam zu machen, wird dieses Buch mehr als gerecht.

Jürgen Temming (ZAG)

Singer, Mona, Fremd. Bestimmung, edition diskord,1997, Tübingen, 172 S., 28,- DM.

Der Sieg der Steine über die Menschen?

Uwe Radas „Hauptstadt der Verdrängung"



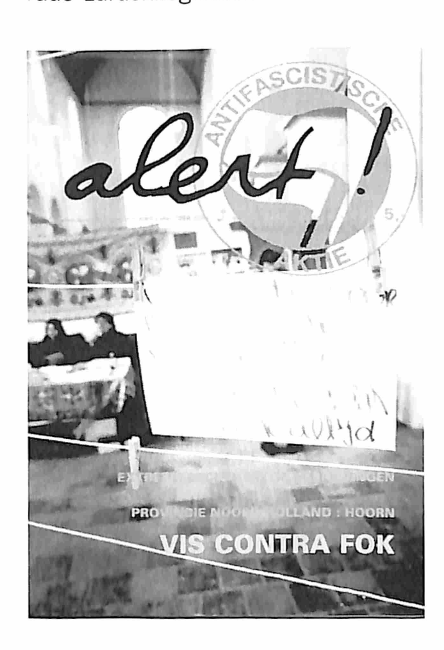
Uwe Rada, ehemaliger Hausbesetzer und seit Jahren kritisch-kompetenter Begleiter der Berliner Stadtentwicklung in der „taz", hat mit seinem Buch über die „Berliner Zukunft zwischen Kiez und Metropole" eine kenntnis- und faktenreiche Analyse zum Modethema Stadtentwicklung abgeliefert. „Individualisierung und Modernisierung sind zwei Seiten ein und derselben Verdrängungsleistung, bei der die Stadt als Ort des sozialen Zusammenlebens zu verschwinden droht", heißt es in der Einleitung. Rada zeigt die Dialektik der von der Politik herbeigeredeten neuen, glänzend-sterilen Metropolität Berlins wie sie der Potsdamer Platz versinnbildlicht, und der drohenden Realität einer Armutsmetropole und malt eine mitunter düstere Zukunftsprognose. „Nichts ist hier echt und doch alles wirklich. In der Stadt der Zukunft wird man sich einmal bewegen wie jetzt schon in der Infobox – nicht als städtischer Akteur, sondern als passiver Benutzer einer vorgegebenen, simulierten Erlebniswelt." Und all jene, die sich diesen postmodernen Realitätsersatz nicht leisten können, werden verdrängt. Verdrängt aus der Stadt und verdrängt aus dem Bewußtsein, zu einem störenden Phänomen erklärt, das entfernt werden muß. Eine Stadt der Steine, keine für Menschen. Rada zeichnet diesen Weg zur neuen schönen Stadt detailliert nach. Die nach dem Mauerfall von dem kurz darauf ermordeten Hanno Klein ausgerufene neue, rücksichtslose Gründerzeit, die Peinlichkeiten größenwahnsinniger Kommunalpolitiker bei der Olympiabewerbung, die Hauptstadteuphorie mit ihrem Bauboom und anziehenden Mieten. Er zeigt den Prozeß von der Stadtentwicklung zur Standortpolitik, wo postmodern historisierende Prunkbauten einhergehen mit der zunehmenden Verarmung ganzer Stadtteile, wo der öffentliche Raum privatisiert und der Aufenthalt darin ein Privileg wird und soziale Probleme zu einem Sicherheitsproblem deklariert werden. Das Buch beschreibt die Eroberung großer Teile des mythenreichen Prenzlauer Berges durch die westliche Einerlei-Kultur der Yuppies genauso wie das Scheitern des Achtziger-Jahres-Projektes „Behutsame Stadterneuerung". Hier leidet die sonst scharfe Analyse Radas allerdings daran, daß er die alte Nischenidylle hochsubventionierter West-Berliner Inseltage nicht ohne Melancholie und mit einer daraus resultierenden Unentschlossenheit betrachtet und gelegentlich zu vergessen scheint, daß diese „Idylle" genauso ein Ergebnis des von ihm an anderer Stelle dezidiert kritisierten Berliner Provinzialismus war. Denn wenn er von der Berliner Mischung im positiven Sinne als „ein vielfältiges, gemischtes Angebot für die Menschen vor Ort, ihr Quartier zu nutzen und soziales Handeln zu entwickeln" spricht, und in der Verdrängung von Kleingewerbe durch moderne Dienstleistung und Yuppisierung gerade nach der Wende die Ursache der Auflösung des „quartierbezogenen Lebens" von Wohnen, Arbeit, Freizeit und Öffentlichkeit sieht, dann mangelt es an einigen Stellen an einer kritischen Hinterfragung dieser „Mischung", deren Verlust er nicht zu Unrecht beklagt. Denn gerade in Kreuzberg, dem oft zitierten Paradebeispiel der Berliner Mischung, gab es spätestens seit Mitte der Achtziger einen Hegemonialanspruch links-alternativer Freizeit- und Kneipenkultur. Auch hier fand eine Verdrängung angestammter Bevölkerungsschichten statt, die eben Folge der behutsamen Stadterneuerung und nicht von Kahlschlagsanierung waren. Eine „Durchmischung" zwischen alteingesessener, türkischer und aus Westdeutschland zugezogener, junger Bevölkerung, entwickelte sich, bis auf wenige Ausnahmen, eben nicht. Es war ein Nebeneinander, in dem jede der Gruppen sich in ihrem eigenen Kreis bewegte, mehr nicht. Und die Frage, ob man die hungernden Kinder auf den Straßen Neuköllns, wie es in einer Kapitelüberschrift des Buches steht, auch noch woanders findet als in sensationsheischenden, schlecht recherchierten Spiegel-Artikeln, läßt der Autor leider unbeantwortet. Ansonsten ist dieses Buch sowohl frei von plakativem Sensationsjournalismus als auch von metatheoretischen Raum-Zeit-Virtualitäts-Floskeln, wie sie immer mehr in der Diskussion über Stadtentwicklung auftauchen. Radas Blick ist der von unten, seine Sichtweise die der Menschen, die in der Stadt leben und für die die Stadt da sein sollte. Die Einfluß- oder gar Widerstandsmöglichkeiten die Rada aufzeigt sind allerdings gering und für empfindsame Gemüter mag das Buch am Ende der Lektüre den fahlen Geschmack der Ohnmacht erzeugen, zumal auch er tatsächlich in vielen Teilen nicht frei von der speziellen, den deutschen Linken so eigenen Untergangsbeschwörungen ist. Dennoch rechnet er am Ende mit der „Kreuzberger" Befindlichkeits- und Selbstbezogenheitspolitik ab um zumindest andeutungsweise eine neue Form konkreter Opposition aufzuzeigen. „Es ist das Ende der Politik jener Kreuzberger, die über lange Zeit verdrängt haben, daß sie Teil der Verhältnisse waren und nun, da sie diese Verhältnissen zu den ihren gemacht, nicht recht glauben wollen, daß es womöglich noch eine politische Handlungsoption jenseits der eigenen Praxis und Erfahrung gibt: Das Einklagen des Rechts auf die eigene Existenz."

Jürgen Temming

Rada, Uwe, Hauptstadt der Verdrängung. Schwarze Risse/Rote Straße/Libertäre Assoziation, Berlin/Göttingen/Hamburg, 1997, 238 S., 32,- DM.

alert! april / mei 1998

Die Zeitschrift erscheint auf Niederländisch und erfordert also ein wenig Sprachkenntnisse. Sich die Mühe machen und sie zu lesen, ist empfehlenswert. Besonders für den nicht gerade kleinen Teil, der bezüglich der Niederlande illusionsbehafteten Linken. Daß die Niederlande keineswegs das Paradies der Freiheit und des sozialen Staates mehr sind (waren sie zwar auch nie, aber im Vergleich zur Bundesrepublik erscheint natürlich vieles paradiesisch, und zwar zu recht), ist wahrscheinlich langsam in die BRD durchgedrungen. alert! ist die Zeitschrift der „Anti-Fascistische Aktie Nederland" (AFA) mit Landessekretariat in Utrecht. Diese Organisation ist regional gegliedert und entstand 1992, um gegen den zunehmenden Rechtsruck in den politischen Parteien aktiv zu werden. Die neueste Nummer beschäftigt sich mit der Lage der extremen Rechten nach den gerade zurückliegenden Gemeinderatswahlen und es gab im Unterschied zum derzeitigen deutschen Trend einen Einbruch der Rechtsextremen. Nur in Schiedam, einem Vorort von Rotterdam, der eine Hochburg der Rechtsextremen ist, und in Utrecht wurden jeweils ein Faschist gewählt. Daß das rechtsextreme Potential zusammengeschmolzen wäre, wird aber nicht vermutet, der Grund wird eher in der Zersplitterung auf lokale Parteien gesehen. So wird von alert! kein Grund für eine Entwarnung gesehen, da die rassistischen und faschistischen Einstellungen in der Bevölkerung sich nicht geändert haben.



alert!, AFA-Landelijk Secretariaat Postbus 2884, 3500 GW Utrecht, E-mail: afa@mediaport.org, Web-site: http://www.mediaport.org/~afa/

Die „Depesche"

ist ein Presse-Info gegen Diskriminierung vom 1992 gegründeten Verein „Öffentlichkeit gegen Gewalt (Köln) e.V." dessen Ziel es ist, „über die Hilfe im Einzelfall hinaus benachteiligende und diskriminierende Strukturen in Behörden, Polizei und Institutionen aufzugreifen" und öffentlich zu machen. Ständiges Projekt des Vereins ist das mit zahlreichen Medien und Spielen zum Thema Rassismus ausgestattete „Infomobil gegen Rassismus". Es kann auf öffentlichen Plätzen, bei Aktionen und Veranstaltungen eingesetzt werden. In der „Depesche" werden aktuelle Einzelfälle aus dem Raum Köln dokumentiert und kommentiert.

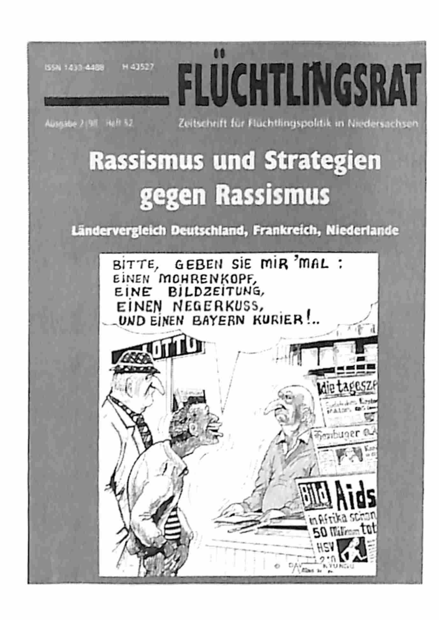
Öffentlichkeit gegen Gewalt (Köln) e.V., Antwerpener Str. 19-29, 50672 Köln, Fon: 0221/5101847, Fax: 0221/9521126, Spenden: Stadtsparkasse Köln, Kto 3002037, Blz 37050198



Swing- Autonomes Rhein-Main-Info

wird nun wieder nach der lang verzögerten Winternummer im dreimonatigen Rhythmus erscheinen. Dann eventuell etwas dünner. Die vorliegende März/April Ausgabe beschäftigt sich neben der Müdigkeit der autonomen und radikalen Linken, die sich in zwei Artikeln über die Schließung eines autonomen Zentrums und die finanzielle Gefährdung eines 3.Welthauses ausdrückt, mit aktuellen Geschehnissen, die gar keinen Anlaß zur Müdigkeit geben, z.B. der mittlerweile zwei Monate zurückliegende Landesparteitag der Reps, oder der ebenfalls schon geschehene Castortransport. Außerdem gibt es einen 10 Seiten starken Teil zur relativ gut laufenden Kampagne „kein Mensch ist illegal" dessen zweiter Teil der wenig bekannten Kampagne gegen die Umsetzung des Asylbewerbergesetzes gewidmet ist. Und um der o.g. Müdigkeit noch einmal entgegenzuwirken wird in Auszügen die Broschüre zur Militanzdebatte „Sabotiert" dokumentiert, die, obwohl bemüht und interessant, keinen zu Reaktion oder Diskussion veranlaßte.

Kontakt: Café Exzeß, Stichwort Swing, Leipziger Str. 91, 60487 Frankfurt



Der Flüchtlingsrat,

die Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen vergleicht im Aktuellen Heft 52 die Länder Deutschland, Frankreich und Niederlande unter dem titelgebenden Aspekt „Rassismus und Strategien gegen Rassismus". Das Heft beginnt mit einer Definition der Begriffe Rassismus und Antirassismus um sich dann auf etwa 100 Seiten sehr detailliert, beginnend mit einigen ausgewählten Beispielen von Rassismus in Europa, wie z.B. das europäische Jahr gegen Rassismus, dem Ländervergleich zu widmen. Im folgenden werden dann Strategien gegen Rassismus diskutiert, Institutionen im Kampf gegen Rassismus vorgestellt und Beispiele aus der Praxis gegeben.

Redaktion: Förderverein Niedersächsischer Flüchtlingsverein e.V., Lessingstr. 1, 31135 Hildesheim, Fon: 05121/15605, Fax: 05121/31609

Dokumentation

Lang hat es gedauert, aber nun ist sie da, die Dokumentation der internationalen antifaschistischen Radtour entlang des Todesmarsches die im Juli/August '96 von Berlin nach Schwerin stattfand. Die Idee der Radtour war die praktische Umsetzung eines Projekttutoriums an der Freien Universität Berlin dessen ursprüngliches Thema antirassistische Bildungsarbeit war. „Die Radtour sollte eine Möglichkeit bieten, nationalsozialistische Geschichte unter verschiedenen Aspekten zu betrachten." Zum einen sollten Besichtigungen symbolischer Orte der NS-Herrschaft, z.B. die Gedenkstätten Ravensbrück und Sachsenhausen, Einblicke in die Opfer- wie TäterInnenperspektive liefern, zum anderen wollte man mit ZeitzeugInnengesprächen persönlichen Zugang zum Thema bekommen. Die nun erschienene Dokumentation ist „eine unzensierte Sammlung von Essays, Chronologien, Berichten von TeilnehmerInnen, Presseartikeln, eigenen Presseerklärungen, Zeitzeugenberichten und Zitaten aus anderen Veröffentlichungen."

Radtourgruppe „Gegen das Vergessen", Service Civil International, Deutscher Zweig e.V.

Themenschwerpunkte:

1992
Nr. 2 Greift ein! – Schaut nicht länger weg
Nr. 3 Wer schweigt stimmt zu
Nr. 4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
Nr. 5 Roma/Rostock (vergriffen)

1993
Nr. 6 Gleiche Rechte für Alle/Lagerkampagne (vergriffen)
Nr. 7 Rassismus und Medien (vergriffen)
Nr. 8 Ausweisung und Abschiebungen (vergriffen)
Nr. 9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (vergriffen)

1994
Nr. 10 Rassismus und Bildung
Nr. 11 Innere Sicherheit
Nr. 12 Rassismus und Soziale Frage
Nr. 13 Polizei und Justiz

1995
Nr. 14 Deutscher Antirassismus? Gemeinsame Ausgabe mit Off Limits
Nr. 15 Illegalisierung
Nr. 16 Europa
Nr. 17 Alltag-Kultur-Rassismus

1996
Nr. 18 VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit Arranca!
Nr. 19 Einwanderungspolitik
Nr. 20 Ökologie
Nr. 21 Balkan, Krieg und Flucht

1997
Nr. 22 City 2000
Nr. 23 Mobilität
Nr. 24 Globale Migrationskontrolle
Nr. 25 Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität

1998
Nr. 26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt

ANTIRASSISTISCHE UND ANTIFASCHISTISCHE TELEFONE IN DER BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
02 41/3 48 68

Bayreuth
Neues AntiraTelefon
0951/603 08 74

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo 17.30h-21h, di 19-21h,
do 17–19h

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
05 21/6 40 94
mo-fr 10–13 & di 18–20h

Bonn
Antirassistisches Telefon
02 28/63 61 51
mo, mi, do, 18–20h

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
04 21/70 64 44
di 15–19h

Delmenhorst
Infotelefon
0 42 21/1 78 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
02 31/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
02 11/9 92 00 00
24 Stunden

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
0 91 31/20 22 68
di. 10–12

Essen
Anti-Rassismus-Büro
02 01/23 20 60

Giessen
Antirassistisches/– antifaschistisches Notruftelefon
04 61/79 14 64
mo–sa 19–20h, so 20–21h

Hamburg
Antirassistisches Telefon
0 40/43 15 87
mo–sa 9–23h

Kassel
Büro antirassistischer Initiativen
05 61/1 79 19

Lübeck
Antifaschistisches Telefon
04 51/7 02 07 48
täglich außer so & di,
18–21h

Passau
Infotelefon Antifa
08 51/3 61 06
fr 16–18h

ZAG-Bestellpostkarte:

Ich abonniere die ZAG ab der Nr....... und erhalte ein ZAG Jahresabo, vier Ausgaben zum Preis von 24,– DM.

- ❐ Auslandsabo zu 35,– DM
- ❐ Förderabo in Höhe von.......DM.
- ❐ Bitte schickt mir als Willkommen kostenlos den Jahrgang 1996 (Nr. 14 – 17)

Das Geld überweise ich auf das Konto der
Antirassistische Initiative Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft e.V.
BLZ 100 205 00
Stichwort ZAG
Konto: 303 96 01

❐ Ich benötige eine Rechnung
Name: ....
Straße: ....
Ort: ....

Datum: .... Unterschrift ....

ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH
D–10965 Berlin

ZAG im Abonnement

Wer die Zag regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren. Ein ZAG-Jahresabo, (4 Ausgaben) kostet 24,- DM, (Ausland 35,- DM) inkl. Versandkosten. Lieferung nur gegen Vorauskasse. Bitte füllt die Bestellung und die Überweisung vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. In der Abo-Verwaltung taucht immer wieder das Problem auf, daß wir wegen mangelnder Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen. Überweisungen ohne Angabe von Namen oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden. Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassitische Initiative. (Spenden sind steuerlich absetzbar). Laden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens 5 Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 % Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden.